

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
6. September 2012

Protokoll Nr. 33

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 5. Juli 2012, 8.30–16.15 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Korintha Bärtsch

Präsenz:
Anwesend sind 44 bis 46 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
Daniel Erni und Ali R. Celik (beide ganzer Tag), Josef Wicki (vormittags), Laura Grüter Bachmann (8.45 bis 9.30), Hugo Stadelmann (8.30 bis 9.00)

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst ist bis 9.00 Uhr entschuldigt. Im Übrigen ist der Stadtrat vollzählig erschienen.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	3
2. Bericht und Antrag 15/2012 vom 4. April 2012: Verkauf der Grundstücke 1323, 1324, 1325, 1574, 2147, 2191 linkes Ufer, Industriestrasse, Luzern sowie Volksinitiative: Ja zu einer lebendigen Industriestrasse (siehe StB 510 vom 6. Juni 2012)	3
3. Interpellation 284, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. Januar 2012: Wie ist die Finanzierung zum Erwerb strategisch relevanter Grundstücke langfristig sichergestellt?	23
4. Postulat 314, Marcel Budmiger, Nina Laky, Melanie Setz und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 28. März 2012: Duldungspflichten beim Steghof	26
5. Bericht und Antrag 21/2012 vom 2. Mai 2012: Abschreibung von Motionen und Postulaten	30
6. Bericht und Antrag 7/2012 vom 8. Februar 2012: Finanzinspektorat	32

7.	Interpellation 265, Melanie Setz und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Dezember 2011: Pflegeplätze für Menschen mit psychosozialer Beeinträchtigung	37
8.	Bericht und Antrag 16/2012 vom 4. April 2012: Baurechtsvertrag Stiftung Pilatus Akademie	41
	Dringliches Postulat 343, Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 25. Juni 2012: Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich – Zusammenarbeit mit der Kirche	48
	Dringliche Motion 340, Theres Vinatzer, Dominik Durrer, René Meier und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 15. Juni 2012: Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich	48
9.	Postulat 296, Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012: Ein Mega-Kreisel für Luzern	60
10.	Interpellation 273, Daniel Wettstein, vom 23. Dezember 2011: Werden die Christbaumverkäufer aus der Stadt getrieben?	62
11.	Postulat 291, Christian Hochstrasser und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 6. Februar 2012: Nachtleben Luzern: Parkhäuser auslasten, Wohnquartiere entlasten	37

Eingänge

1. Dringliches Postulat 343, Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 25. Juni 2012: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich – Zusammenarbeit mit der Kirche“

Beratung der Traktanden

Das dringliche Postulat 343 und die dringliche Motion 340 werden nach Traktandum 8 behandelt.

Traktandum 11 wird vor Traktandum 8 behandelt.

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung des Jahres und der Legislatur. Sie gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Deckblatt).

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des folgenden Vorstosses nicht:

Dringliches Postulat 343, Edith Lanfranchi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 25. Juni 2012: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich - Zusammenarbeit mit der Kirche“

Da kein anderslautender Antrag aus dem Rat vorgebracht wird, wird das Postulat dringlich behandelt. Ratspräsidentin Korintha Bärtsch schlägt vor, das Postulat mit der an der letzten Ratssitzung für dringlich erklärten Motion 340: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich“ nach dem Traktandum 8 am Nachmittag zu behandeln. **Dem Vorschlag wird nicht opponiert.**

Philipp Federer weist darauf hin, dass auf der heutigen Traktandenliste ein Traktandum fehlt. Am 31. Mai 2012 hat sich die GPK gegen die Fristverlängerung des Postulats 271: „Keine Sparmassnahmen auf Kosten unserer Kinder“ ausgesprochen. Die GPK hat das mit 8 : 2 Stimmen beschlossen gegen den Antrag des Stadtrats. Des Weiteren hat die GPK beschlossen, die Kinder einzuladen und das Postulat sowie dasjenige des Kinderparlaments an der heutigen Parlamentssitzung zu behandeln. Das wurde nicht traktandiert. Die Kinder sind auch nicht eingeladen worden. Man hat uns unnötige andere Traktanden vorgesetzt. Der Stadtrat macht was er will und nicht, was politische Organe ihm vorgeben. Das ist das Fazit des Sprechenden.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Das ist nicht traktandiert, weil wir zuerst eine Delegation des Kinderparlaments in eine Sitzung der GPK einladen wollten. Das war in der Frist nicht mehr möglich. Darum ist das Traktandum für den Herbst 2012 vorgesehen.

Philipp Federer: Das wäre an der letzten GPK-Sitzung möglich gewesen. Die GPK selbst hatte das so vorgesehen. Aber der Stadtrat wollte das nicht.

2. **Bericht und Antrag 15/2012 vom 4. April 2012:**
Verkauf der Grundstücke 1323, 1324, 1325, 1574,
2147, 2191 linkes Ufer, Industriestrasse, Luzern
sowie Volksinitiative:
Ja zu einer lebendigen Industriestrasse (siehe StB 510 vom 6. Juni 2012)

Eintreten

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Zusammen mit dem Eintreten wird der StB 510, also die Initiative, behandelt.

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 21. Juni 2012 dem Verkauf der Grundstücke 1323, 1324, 1325, 1574, 2147, 2191 linkes Seeufer, Industriestrasse Luzern mehrheitlich zugestimmt. Gleichzeitig erklärte sie die Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ für gültig und empfiehlt den Stimmberechtigten deren Ablehnung. Das Areal an der Industriestrasse mit einer Fläche von rund 8'700 m² gilt als so genanntes Schlüsselareal. Es sollen dort Dienstleistungen und Gewerbeflächen sowie Mietwohnungen entstehen.

Der entsprechende Wettbewerb umfasste verschiedene Vorgaben: Der Wohnanteil sollte beispielsweise maximal 45% betragen und ein Drittel dieser Wohnungen müssen 4½-Zimmerwohnungen oder grösser sein. Es sind zudem Dienstleistungsflächen von 4'000 bis 5'000 m² vorzusehen, um einen oder mehrere grössere Betriebe anzusiedeln. Das Projekt musste sowohl der alten BZO entsprechen, gleichzeitig jedoch die Voraussetzungen der neuen BZO auch erfüllen.

Siegerin des Investorenwettbewerbs war die Allreal Generalunternehmung AG Zürich. Der Stadtrat beantragt, der Allreal Generalunternehmung AG die Grundstücke zum Preis von 17,2 Mio. zu verkaufen. Es wurde eine Mehrwertabschöpfung, eine etappierte Überbauungsverpflichtung sowie ein Rückkaufsrecht bei Nichteinhaltung der Überbauungsverpflichtung vereinbart. Zudem wurde im Grundbuch eine Duldungspflicht für Immissionen der Gassenchuchi angemerkt.

Gegen den Verkauf regt sich Widerstand. An der Industriestrasse lebende und arbeitende Personen befürchten eine Gentrifizierung des Gebiets und den Verlust eines lebendigen Quartiers mit zahlbarem Wohn- und Gewerberaum mitten in der Stadt. Sie fordern mit ihrer Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ daher die Abgabe des Landes im Baurecht an eine Wohnbaugenossenschaft.

Die GPK hörte eine Delegation der Initianten an. Die drei anwesenden Personen, die ehemalige Bewohnerin Raphaela Felder, der Künstler mit Atelier an der Industriestrasse Stefan Davi und der Unternehmer Heinz Marti erhielten Gelegenheit, ihr Anliegen zu erläutern. Im Wesentlichen befürchten sie, dass in dem Gebiet Industriestrasse eine zweite Tribschenstadt entstehen könnte. Ihrer Meinung nach wäre für die heutigen Bewohner, für die Künstler und das Kleingewerbe, aber auch für Mittelstandsfamilien mit Kindern nach der Überbauung kein Platz mehr, weil die Mieten zu teuer seien. Zudem wehren sie sich dagegen, dass die Stadt kostbares Bauland an die Investoren verkauft und somit kurzfristige Buchgewinne verzeichnet, jedoch für die Zukunft kein strategisches Bauland mehr zur Verfügung hat.

Eine Mehrheit der GPK lehnte die Initiative ab. Im Wesentlichen wurde vorgebracht, dass Luzern aus wirtschaftlichen Gründen auf die Entwicklung dieses Schlüsselareals unbedingt angewiesen sei und grössere zusammenhängende Gewerbeflächen dringend nötig habe. Bei einem Ja zur Initiative müsste mit der Planung zudem wieder von vorne begonnen werden und das Areal läge nochmals mehrere Jahre brach. Zudem wurde das Projekt der Siegerin Allreal sehr positiv gewertet.

Der Stadtrat schlägt vor, den Verkauf und die Initiative gleichzeitig an die Urne zu bringen, Doppelabstimmung mit Stichfrage. Die GPK begrüsst dieses Vorgehen sehr, nachdem zuerst

vorgesehen war, dass die Initiative durch den Verkauf allenfalls ungültig werden könnte.

Die GPK beschloss zusammenfassend Folgendes: Die Ablehnung der Motionen 251 und 252 mit 6 Ja bei 4 Nein und 1 Enthaltung. Die Gültigkeit der Initiative mit 11 Ja, die Ablehnung mit 6 Ja bei 2 Nein und 1 Enthaltung, den Verkauf der Grundstücke mit 6 Ja bei 4 Nein und 1 Enthaltung.

Am Schluss hat die GPK auch der Abstimmungsvorlage, also der Doppelabstimmung mit Stichfrage einstimmig zugestimmt.

Dominik Durrer: Die Geschichte der Industriestrasse werden sicher andere Sprecher sehr detailliert und sehr wahrscheinlich mit einer gewissen Einseitigkeit in der Perspektive vorstellen. Was aber auch dort klar sein wird, ist eine Geschichte von hohen Erwartungen, von Enttäuschungen und verpassten Chancen. Auf der anderen Seite ist es auch eine Geschichte von genutzten Freiräumen, kreativen Ideen und grossem Engagement. Der Sprechende möchte mit seinem Votum für die SP/JUSO-Fraktion auf die letzte Dekade der Geschichte der Industriestrasse eingehen und aufzeigen, wie die Industriestrasse in der nahen Zukunft zu einem Symbol einer offenen, nachhaltigen Stadtentwicklung werden kann, die auf Bewohner/innen Rücksicht nimmt, die ökonomische und ökologische Notwendigkeit akzeptiert und als Chance für die Stadt Luzern nützt.

Nach dem Verzicht der Firma Bucherer auf eine Entwicklung an der Industriestrasse, nachdem man für die besagte Firma eine Umzonung gemacht hatte, ist die Industriestrasse aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Die Quartierkräfte aber, Kleingewerbler, Künstler/innen und Bewohner haben bald damit angefangen, eine Entwicklung des Areals anzudenken, zu diskutieren und auch zu planen. Das haben diese im Bewusstsein gemacht, dass die Zwischenphase, die sie erhalten haben, mit den Zwischennutzungen an dem Ort auch wieder ein Ende haben kann. Das gehört ja auch zu den Zwischennutzungen.

Die Kräfte haben Ideen entwickelt, wie eine Weiterentwicklung an dem Ort möglich wäre. Zu dem Zeitpunkt, wo die Ideen eine gewisse Konkretisierung erfahren haben, ist dann auch die Politik wieder auf die Industriestrasse aufmerksam geworden. Am 2. Juli 2008, vor 4 Jahren, haben die Grossstadträte /innen von der SP, den Grünen und der FDP namens ihrer Fraktionen gefordert, die Planung an der Industriestrasse sei unverzüglich anzugehen. Der Forderungskatalog des Postulats 420 lautete:

- Wir wollen eine optimale Durchmischung von Wohnen und Arbeiten.
- Wir wollen den Einbezug von Gewerbe und weiteren interessierten Kreisen an der Weiterentwicklung der Industriestrasse.
- Wir wollen ein Wohnungsangebot für Familien, für Jüngere und für Ältere.
- Wir wollen, so weit möglich, öffentliche Nutzungen in den Erdgeschoss.
- Wir wollen die Realisierung nach Möglichkeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern.
- Wir wollen, dass das Land im Baurecht abgegeben werden soll.
- Wir wollen eine Etappierung der Realisierung, auch mit Rücksicht auf Zwischennutzungen.

Der Vorstoss hat im Parlament eine Mehrheit gefunden. Die die Baudirektion der Stadt Luzern, hat im Anschluss, auch mit Blick auf die BZO-Revision, einen Investorenwettbewerb aus-

gelöst, und versucht, die Forderungen aufzunehmen. Ob das gelungen ist, ist die Frage. Das Ergebnis des Wettbewerbs ist so ausgefallen, wie wir es von Seiten der SP/JUSO-Fraktion befürchtet haben. Die gemeinnützigen Wohnbauträger haben den Kürzeren gezogen und das Land soll verkauft werden. Für die ansässigen Gewerbler, für die Ateliernutzer und für die Bewohnenden gibt es keine Zukunft im Siegerprojekt. Die Industriestrasse wird vollständig umgestaltet.

Das bedeutet, dass der Wohnraum an dem Ort schon in der mittleren Zeit 20% teurer wird als es bei einer Abgabe an Genossenschaften wäre. Das bedeutet, dass die Atelierräume, die in dem Siegerprojekt vorkommen, in den Dachkonstruktionen für Anwälte, für Ärzte und Architekten bezahlbar und nutzbar sind.

So hat sich das die SP/JUSO-Fraktion nicht vorgestellt und so hat auch der Impuls, der ausgesendet wurde, das nicht gewollt.

Bei der Beurteilung des Geschäfts, und heute können wir das tun, Verkauf oder Zustimmung zur Initiative, ist auch die politische Aktualität einzubeziehen. Diese zeigt auf, dass die Wohnrauminitiative vom Mieterverband, von der SP und den Grünen im Juni mit 58% Zustimmung eine klare Mehrheit in der Bevölkerung gefunden hat. Seitdem ist klar: Die Stadt Luzern muss in den nächsten 25 Jahren mit unterschiedlichen Instrumenten auf unterschiedlichen Ebenen, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf 16% steigern. Das ist ein klares Mandat der Stimmberechtigten an die Stadt, an den Stadtrat und an das Parlament. Und die SP/JUSO-Fraktion begrüsst auch ausserordentlich dankend das Einlenken vom Stadtrat, heute über den Verkauf an einen privaten Investor oder über den Auftrag zur Abgabe im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger entscheiden zu können. Es mag nicht erstaunen, wenn die SP/JUSO-Fraktion in ihrer Haltung klar und konsequent bleibt. Das heisst, sie unterstützt das Verkaufsgeschäft nicht, sie lehnt es ab. Ihre beiden Motionen, die auch im B+A abgehandelt werden, zeigen klar auf, wie die SP/JUSO-Fraktion sich die Entwicklung an der Industriestrasse vorstellt. In Konsequenz auch in ihrer Haltung zu anderen Veräusserungsgeschäften der Stadt Luzern unterstützt sie die Initiative für eine lebendige Industriestrasse.

Diese ist in der Form einer allgemeinen Anregung formuliert und fordert im Initiativtext: *„Das Areal ist im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abzugeben.“* Das ist eine klare Anregung, eine eindeutige Aussage, ein unmissverständlicher Auftrag. Die Perspektive dabei ist auch klar und das haben die Initianten auch schriftlich allen Parlamentsmitgliedern noch einmal zugesichert. Es geht bei der Initiative nicht darum, die Erhaltung des heutigen Status Quo festzuschreiben, sondern eine quartierverträgliche Weiterentwicklung zu ermöglichen. In der Konsequenz heisst das natürlich, nach einer Zustimmung zur Initiative, es braucht eine neue Ausschreibung mit klaren Rahmenbedingungen. Keine Gewinnmaximierung, sondern eine nachhaltige Stadtentwicklung in Partnerschaft mit Wohnbaugenossenschaften mit Baurechtszins. Dort heraus entstehen bezahlbare Wohnungen für Familien, ältere und jüngere Nutzer. Es entstehen Büro- und Werkräume für bereits ansässige Unternehmungen und es entstehen, wenn der Bedarf vorhanden ist, grosse zusammenhängende Büroräumlichkeiten für steuerkräftige Unternehmen. Und es entstehen bezahlbare Atelier ohne Luxus und wenn gewünscht im Rohbau für Künstler und Handwerker.

Ja, es gibt Veränderungen an der Industriestrasse, auch mit der Initiative. Aber alle, die jetzt

an der Industriestrasse ansässig sind, werden auch nach der Annahme der Initiative nicht bleiben können. Jedoch für viele werden gute Lösungen gefunden.

Mit dem Verkauf an Allreal bleibt nichts wie es ist. Alles wird umgekrempelt, und die Gefahr besteht, dass ein steriles austauschbares Wohnquartier entsteht. Die Alternative haben der Sprechende in seinem Votum und auch die Initianten aufgezeigt. Dafür steht die SP/JUSO-Fraktion ein, heute im Rat und im September an der Urne.

Rolf Krummenacher: Es wurde schon angetönt: Vor uns liegt ein Geschäft mit einer sehr wechselvollen Geschichte. Eine grosse Hektik vor 10 Jahren, im Prinzip ein bisschen „Trial and Error“ – nachdenken, abwarten, etwas versuchen. Dann, mit dem Druck des Parlaments in den letzten Jahren, die Entwicklung des Schlüsselareals in geordneten Bahnen.

Der Wettbewerb, der durchgeführt wurde, ist aus Sicht der FDP professionell aufgelegt und auch abgewickelt worden. Das zeigt auch die Reaktion des Markts. Die Vorgaben, die gemacht wurden, liegen einer Linie mit der Gesamtplanung und der Liegenschaftenpolitik.

Wohnen und Arbeiten nebeneinander, 45% zu 55%, ein klares Bekenntnis zu Mietwohnungen, auch zu Familienwohnungen mit der Vorgabe von über 30% 4 Zimmer und mehr. Und auch die grösseren zusammenhängenden Büroflächen sind völlig kongruent mit der Gesamtplanung und mit den 4'000 bis 5'000 m² Gewerbefläche, auch Thema Minergie Eco und der Auflage mindestens 40% erneuerbare Energie. Das Ergebnis ist überzeugend. Es gibt ein klares Gewinnerprojekt, das städtebaulich überzeugt und die Nutzungsvorgaben, die Nutzungsflexibilitäten, die gewünscht wurden, erfüllt.

Der Preis ist aus Sicht der FDP angemessen. Man muss immer berücksichtigen, vor allem, was das Wohnen betrifft, dass es sich nicht um eine Toplage handelt.

Der Versuch Baurecht ist nicht zum Durchbruch gekommen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass trotz einem Einschlag/Abschlag der Markt nicht vorhanden ist.

Der Vertrag mit der Überbauungsverpflichtung, dem Rückkaufsrecht und auch mit der Duldungspflicht für Immissionen der Gassenchuchi, überzeugt. Für die FDP ist das ein schlüssiges Projekt, das eigentlich schon lange hätte realisiert werden sollen. Vor allem weil es im Büroflächenbereich eklatante Defizite in der Stadt gibt. Hier ergäbe sich eine Voraussetzung, um wenigstens ein bisschen von der Steuergesetzesrevision profitieren zu können. Die Attraktivität für juristische Personen; der Sprechende war davon nie begeistert, weil er immer gesagt hat, dass diese nur etwas bringt, wenn man mit der Infrastruktur parat ist. Das wäre ein Teil davon.

Für den Sprechenden ist auch klar, es wäre viel wichtiger, wenn wir die Flächen schon längst hätten. Es geht nicht nur darum, neue Firmen anzuziehen, sondern es geht sehr wahrscheinlich auch darum, die bestehenden zu halten, diesen die Möglichkeiten zu weiterer Expansion zu geben.

Jetzt haben wir eine Initiative, die aussagt, dass dieser Weg nicht richtig ist, bzw. es ergäbe sich nichts Nachhaltiges. Es sei vor allem eine Gewinnorientierung von Unternehmungen. Es würde eine Gewinnmaximierung angestrebt. Es würde vor allem nicht breiten Bevölkerungsschichten dienen. Preisgünstiger Wohnraum und vor allem Kleingewerbe und Kulturschaffende kommen nicht zum Zug.

Zur Gewinnmaximierung: Man meint natürlich immer die Gewinnabschöpfung durch Private, also der Geldgewinn. Für reine Gewinnmaximierung hätte man das ganz anders aufziehen müssen. Dann hätte man nämlich Eigentumswohnungen erstellen müssen. Man hätte mit dem Wohnungsanteil möglichst hoch gehen müssen. Man hätte keine Auflagen in Bezug auf die Wohnungsgrößen machen dürfen. Man hätte bei den Büroflächen sagen müssen, dass erst 8 Jahre ab rechtskräftigem Gestaltungsplan eine Umnutzung möglich ist.

Dass den Gewinn bei diesem Modell jetzt ein Privater realisiert und nicht die Stadt als Investor, damit kann die FDP-Fraktion leben. Der Gewinn, der dabei erzielt wird, wird für die Stadtentwicklung eingesetzt. Die FDP-Fraktion kann den Verkauf auch nur unterstützen, wenn man sieht, dass das im Rahmen einer Stadtentwicklung passiert, was hier auch der Fall ist. Mit den gegebenen Vorgaben, findet eine Stadtentwicklung statt, die aus Sicht der FDP auch nachhaltig ist.

Baurecht: Das ist einfach nicht marktfähig. Es ist so, dass es z.T. in den Anlagerichtlinien gar nicht vorgesehen ist. Man hat immer das Gefühl, das sei nachhaltig. Natürlich läuft ein Baurecht über eine gewisse Zeit. Man meint auch, man habe noch die Hand auf dem Grundstück. Aber es ist ein Heimfallrecht nach 50 Jahren und wir haben noch gar keine grosse Rechtsprechung, wir wissen noch gar nicht, wie damit umzugehen ist. Es ist aus heutiger Sicht ein Illusionsglauben, dass man da auch Freiheiten hätte. Wenn man aber das Baurecht will und daran glaubt, dass nur das nachhaltig ist, dann muss man der Öffentlichkeit bewusst machen, dass, wenn man heute auf so ein Instrument eingeht, ein finanzieller Verzicht gemacht wird.

Zu der Initiative „Preisgünstiger Wohnraum“: Auch da ist es ein Illusionsglaube, dass eine Wohnbaugenossenschaft das viel billiger machen kann. An dieser Lage macht das Land vielleicht 20 oder 25% aus, der bestimmende Faktor aber ist der Ausbaustandard. Was da angeboten wird, ist nicht top. Das ist kein Luxus, das findet auch gar keinen Markt an der Industriestrasse. Das ist nicht die Lage für Luxuswohnungen.

Büroflächen gibt es in der Initiative und im vorliegenden Projekt. Was aber richtig ist, die heutigen bestehenden Kleingewerbe und die Kulturschaffenden kommen im vorliegenden Projekt nicht unter. Nicht nur vom Preis her, sondern auch von der Art der Fläche geht das in eine andere Richtung.

Jetzt ist natürlich die Frage, wie man von einer sehr billigen Zwischennutzung mit sehr viel Raum für Eigeninitiative zu einer befriedigenden Lösung in einem Neubau – allenfalls Renovierung – kommt. Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass ein Neubauprojekt eigentlich diese Anliegen nie erfüllen kann. Eine Lösung wäre, einiges so zu belassen. Aber eine Oase dort wäre auch wie ein Fremdkörper. Aber es ist eben so – das ist eine Entwicklung, die passiert. Dass die Art aus der Kernstadt verdrängt wird. Man kann sagen, das ist eine Verarmung, eine Ghettoisierung, wenn man es umgekehrt ansieht. Es geht sicher etwas verloren. Das ist schade. Es ist der FDP-Fraktion bewusst, dass Angebote, Freiraum bereitgestellt werden muss – der Sprechende hört das auch von seinem Sohn, der im Musikbereich tätig ist. Dieser sagt auch immer, die Stadt bietet wenig Raum an, wo man einen Event machen kann. Da besteht sicher ein Nachholbedarf.

Die FDP sieht aber im vorliegenden Projekt keine Stadtentwicklung für wenige, sondern für breite Bevölkerungskreise und vor allem auch für die Stadt als Ganzes. Die FDP unterstützt die

Verkäufe; die Initiative ist für sie gültig und sie lehnt sie ab, wie auch die beiden Motionen. Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung im Herbst ist für die FDP aber klar, es muss wieder im neuen Parlament, im neuen Stadtrat diskutiert werden, wie es mit der städtischen Entwicklung zum Wohl der Stadt – um die Lebensqualität, wie wir sie zurzeit haben, zu halten – weitergehen soll. Das muss in die Gesamtplanung einfließen. Für den Sprechenden ist es ganz klar, die Liegenschaftspolitik, die vor Jahren einmal bestimmt worden ist, mit dem Leistungsauftrag, muss überdacht und angepasst werden.

Joseph Schärli: Was hier vor uns liegt ist ein B+A, der eine lange Geschichte hat, eine Leidensgeschichte. Bereits vor 10 Jahren haben der Stadtrat, das Parlament und die Stimmberechtigten die Umzonung dieser Grundstücke in eine flexible Arbeits- und Wohnzone gutgeheissen. Im Rahmen der Gesamtplanung und des Entwicklungskonzepts Schlüsselareal Steghof ist das Areal Industriestrasse für wertschöpfungsintensive Unternehmen im Dienstleistungsbereich mit dem Ziel entwickelt worden, das wirtschaftliche Wachstum zu stärken, das die Stadt dringend nötig hat. Darum ist auch die Industriestrasse als Schlüsselareal definiert worden. In der Zwischenzeit hat der Stadtrat zu äussert günstigen Konditionen für die auf dem Gelände bestehenden Gebäude eine Zwischennutzung erlaubt. Es war aber ganz klar, dass die, die die Nutzung eingehen, damit rechnen müssen, dass sie nicht dort bleiben können. Sie müssen mit einem Abbruch der Gebäude rechnen oder mit einem Verkauf. Der Stadtrat hat dann veranlasst, dass eine Gesamtplanung und das Entwicklungskonzept Schlüsselareal Steghof einem Projektwettbewerb für Architekten und Investoren unterzogen wurde. Der Wettbewerb ist in allen Teilen gesetzes- und reglementsconform durchgeführt worden und hat auch sehr viel Geld gekostet. Viele haben teilgenommen und jeder Teilnehmer – so hat man uns gesagt – hat im Minimum 100'000 Franken investiert. Daraus ist dann ein anspruchsvolles Projekt entstanden, dass die gesetzten Vorgaben erfüllt. Auch ein Investor konnte gefunden werden. Das ist für so eine grosse Überbauung nicht einfach. Der Investor geht bewusst auch ein Risiko ein. Er weiss nämlich, dass es trotz der Planung letztlich ein Volksentscheid ist, der Ja oder Nein sein kann.

Am 21. November 2011 sind die beiden Motionen 251 und 252 eingereicht worden. Mit diesen wurde gefordert, einerseits das Gebiet Industriestrasse einem gemeinnützigen Wohnbauträger zu überlassen und andererseits das Areal langfristig dem öffentlichen Interesse im Baurecht zur Verfügung zu halten. Und am 21. Mai 2012 ist schliesslich die Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ in der Stadtkanzlei deponiert worden. Der Inhalt und die Forderungen sind im StB 510 dargelegt.

Namens der SVP-Fraktion nimmt der Sprechende zu dieser Leidensgeschichte Stellung: Mit dem aus dem Wettbewerb hervorgekommenen Projekt wird das angestrebte Ziel „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ ganz klar erreicht, weil man eine gute Durchmischung von Wohnen und Dienstleistung hat. Es wäre total falsch, zum jetzigen Zeitpunkt für die Überbauung die Notbremse zu ziehen und den „Projektzug“ anzuhalten. Es ist einfach zu spät, jetzt zu kommen und zu sagen, jetzt wollen wir noch einmal etwas anderes. Das wäre eine Verschwendung von sehr viel Geld. Und die Leute, die auf dem Gelände sind, haben alle gewusst, dass sie nicht bleiben können. Es wäre auch ein Widerspruch zu den bisher gefassten

Beschlüssen, nämlich die erwähnte gute Durchmischung des Schlüsselareals.

Eine Sanierung der bestehenden Bauten, wie es in der Initiative heisst, kommt für die SVP-Fraktion schon aus Kostengründen nicht in Frage. Die Verlagerung der Zwischennutzung bedeutet ein Verstoss gegen Treu und Glauben, wenn man das verlängern will, und das trotz eindeutiger Vereinbarungen durchsetzen will.

Durch die Überbauung mit dem Projekt Industriestrasse wird ein grosses Bauvolumen ausgelöst. Es entstehen Arbeitsplätze und Wohnraum für den Mittelstand. Auch die nötigen Geschäftsräumlichkeiten für Dienstleistungsbetriebe werden damit geschaffen. Diese sind dringend notwendig, weil die Nachfrage heute sehr gross ist. Damit wird auch die Steuerkraft der Stadt verstärkt, auch das haben wir nötig.

Das kann schlichtweg nicht sein, dass man jetzt auf den Grundstücken eine anderweitige Nutzung oder das Ganze gar im Baurecht abgeben will, nachdem sich beim Wettbewerb gezeigt hat, dass dafür die Interessenten in dem Ausmass nicht vorhanden sind. Entweder stehen wir jetzt raschestmöglich zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung und Wirtschaftsförderung oder wir erteilen der Zielsetzung eine klare Absage und verharren einfach im Stillstand. Der vorgelegte B+A ist sehr aufschlussreich und aussagekräftig und lässt uns auf die Realisierung des Projekts hoffen.

Den Verkaufspreis und die im Kaufvertrag enthaltenen Auflagen und Verpflichtungen unterstützt die SVP-Fraktion. Sie ist klar der Meinung, wenn man einen Schritt in die Zukunft zu einer prosperierenden Wirtschaft in der Stadt Luzern machen will, dann muss das Projekt realisiert werden. Darum kommt die SVP zu folgenden Anträgen: Die Initiative ist gültig, die Motionen 251 und 252 lehnt die SVP-Fraktion ab und stimmt dem Verkaufsvertrag zu.

Katharina Hubacher: Wenn es an einer Industriestrasse keine Industrie mehr geben soll, wenn dort stattdessen Dienstleistungen angeboten und gewohnt werden soll, heisst das, es gibt eine grosse Veränderung. Einen Teil der Geschichte haben wir jetzt bereits gehört.

Diese Veränderung, oder wie es in der heutigen Sprache heisst "Entwicklung des Schlüsselareals", haben die Grünen immer mitgetragen. Sie stehen zu ihrer Vision, dass im städtischen Raum verdichtet werden soll, dass Grünflächen innerhalb aber auch rund um die Stadt erhalten werden sollen. Es ist ein langer Prozess, der nicht immer ohne Stolpersteine vor sich geht. Für das Gebiet der Industriestrasse gab es einmal eine fantastische Idee, das Konzept „Wohnwerk“. Das Konzept hat vorgesehen, dass Arbeiten und Generationen übergreifendes Wohnen auf sinnvolle Weise verbunden werden sollen. Dass es Platz hat für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, für Kulturschaffende, Singels, Familien und WGs usw. Eine bunte und lebendige Idee. Die Stadt hat die Idee zwar gehört, ist den Entwicklungsprozess aber etwas nüchterner angegangen, auch unter dem Druck des Parlaments, wie man vorhin gehört hat. Die Stadt hat eine städtebauliche Entwicklungsstudie in Auftrag gegeben, und dann das Gebiet mit einem Investorenwettbewerb öffentlich ausgeschrieben.

Die Stadt stellte die Kriterien für den Wettbewerb zusammen:

- Es sollen städtebaulich attraktive Objekte entstehen.
- Es sollen Mietwohnungen entstehen, also nicht Wohneigentum.
- Es soll eine enge Verknüpfung zwischen Wohnen und Arbeiten geben.

- Die Dienstleistungsfläche von 4'000 bis 5'000 m² für eine grosse Firma, die jetzt schon in Luzern ist oder kommen soll, soll zur Verfügung gestellt werden können.

Zur Wahl im Wettbewerb stand, dass man das Gebiet im Baurecht übernehmen kann bzw. einen Teil im Baurecht und einen Teil kaufen.

Wie wir alle wissen, hat die Bietergemeinschaft Allreal mit ihrem Projekt den Wettbewerb gewonnen. Diese wollen die Grundstücke nicht im Baurecht übernehmen, sondern kaufen. Im November 2011 hat die SP eine Motion eingereicht, die verlangt, dass die Industriestrasse nicht zum Verkauf angeboten, sondern nur im Baurecht abgegeben werden soll, und dass das Bauland einem gemeinnützigen Wohnbauträger übergeben werden soll. Diese Forderung kam erst, nachdem der Wettbewerb ausgeschrieben war.

Die Bewohner/innen des heutigen Areals haben gleichzeitig eine Volksinitiative eingereicht, die ebenfalls fordert, dass das Areal der Industriestrasse einem gemeinnützigen Wohnbauträger im Baurecht abzugeben sei.

So liegen heute die beiden Anliegen zur Diskussion vor.

Die Grünen haben sehr grosse Sympathie für das Anliegen der Volksinitiative. Sie haben mit dieser Geschichte auch viel gelernt. Das wahlweise Angebot von Baurecht und Kauf in diesem urbanen Kontext funktioniert nicht. Da können die Berechnungen für das Baurecht noch so attraktiv sein. Die Anleger auf dem Immobilienmarkt sind im Moment dicht gesät und diese wollen kaufen.

Wir werden also in Zukunft fordern, dass die Stadt entscheidet: Entweder gibt sie die Grundstücke zum Verkauf frei; oder sie macht von Anfang an klar, dass nur das Baurecht in Frage kommt. Die G/JG-Fraktion wird sich sicher dafür einsetzen, dass nur das Baurecht angeboten wird.

In Bezug auf die gemeinnützige Wohnbauförderung haben wir ja die Initiative, wo wir aufgefordert sind, diese umzusetzen. Damit dürfen wir uns in diesem Parlament in den nächsten Monaten und Jahren noch vermehrt auseinandersetzen. Wie man merkt, war es innerhalb der Fraktion eine schwierige Diskussion. Man ist zum Schluss gekommen, dass zwei verschiedene Meinungen bestehen. Die Sprechende redet jetzt vor allem für die Meinung, die besagt, wir stimmen dem Verkauf trotz all den Vorgaben und der Vorgeschichte zu. Stefanie Wyss wird später zum anderen Teil noch etwas sagen.

Für die Grünen gibt es drei Argumente, die doch für den Verkauf sprechen. Man stellt sich einerseits auf den Standpunkt, dass mitten im Spiel die Regeln nicht geändert werden sollen. Im Investorenwettbewerb wurden diese beiden Kriterien angeboten, Baurecht, gemeinnütziger Wohnungsbau, aber sie sind nicht explizit gefordert worden.

Man sieht, dass das Projekt, das gewonnen hat, in der Ausgestaltung wie im Energiebereich gute Lösungen bietet. Der G/JG-Fraktion ist aber auch bewusst, dass das Kleingewerbe, das jetzt in der Industriestrasse tätig ist und auf möglichst billige und einfache Räume angewiesen ist, in diesem neuen Projekt keinen Platz finden wird. Aber auch in einem Neubau von einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft würde der eine oder andere ausgeschlossen, weil auch diese andere Preise verlangen werden müssen.

Man weiss, dass es in dieser Stadt sehr schwierig ist, günstige Wohnungen zu finden. Hier entstehen Mietwohnungen, die wir gut brauchen können und die wir jetzt brauchen können,

wenn das Projekt möglichst zügig umgesetzt werden kann.

Aus diesen drei Gründen stimmt ein Teil der G/JG-Fraktion dem Verkauf zu und wird die Motionen und die Initiative ablehnen.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion steht hinter der Haltung des Stadtrats und der GPK.

Die Bevölkerung der Stadt Luzern hat beschlossen, dass in der Stadt Luzern der genossenschaftliche Wohnungsbau in den nächsten Jahren stark gefördert werden soll. Die konkrete Umsetzung wird uns in der nächsten Legislatur noch stark fordern. Das bezieht sich auf den Teil Wohnen.

Die Stadt Luzern hat aber noch ein anderes Defizit. Wir haben keine grossen Firmen und keine grossen Büroflächen auf dem Platz Luzern. Die einen mögen sagen, dies sei gar kein Problem. Die jüngere Generation jedoch kennt das Luzerner Dilemma nur zu gut. Sie haben zwar eine gute Ausbildung, finden aber keine guten Jobs. Entweder Frau pendelt nach Zug/Zürich/Bern oder Mann geht zu einem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber, zum Kanton oder zur Stadt. Das ist die andere Leidensgeschichte der Stadt Luzern.

Wie in vielen Voten schon gesagt wurde, kann die GLP-Fraktion die Art und Weise des späten Vorgehens der Initiative auch nicht unterstützen. Sie findet es falsch, die Spielregeln während des Spiels zu ändern, das gäbe eine grosse Unsicherheit. Das ganze Verfahren und die aktuellen Bemühungen für nötige Investitionen im Wohnbausektor wären umsonst. Zudem entstünde grosse Unsicherheit bei Investoren. Es besteht die Gefahr, dass man Luzern im wahrsten Sinne des Wortes links liegen lässt und die Investoren besser anderswo an Wettbewerben teilnehmen.

Ein weiterer Punkt ist ein aktuelles Thema. In Luzern ist es häufig so, dass wir uns selber Steine in den Weg legen. Man konnte das in dieser Woche sehen, am Montagabend in der Diskussion zur Zentralbibliothek. Die Ohnmacht konnte man in allen Gesichtern erkennen. Das Dümme dabei ist, dass einfach nichts mehr geschieht, ausser Gutachten und Abklärungen. Alles ist blockiert. Die GLP-Fraktion sieht Ähnlichkeiten mit dieser Initiative. Es kann genau das Gleiche passieren. Die so wichtige und seit Jahren von vielen Seiten dringend geforderte Entwicklung im Bereich von Geschäftsflächen und Wohnungen würde auf Jahre hin kurzfristig begraben. Das will die Fraktion der Grünliberalen nicht mittragen.

Die GLP-Fraktion findet, dass die ganze Diskussion etwas emotional wird. Wenn man das ganze Entwicklungsgebiet ewl-Bahnhof-Steghof-Hallenbad anschaut, wird klar, dass es nun um eine erste Teilfläche des Entwicklungsgebiets geht. Die Energie, welche nun mit der Initiative aufgebracht wird, um das als ersten Schritt wieder zu stoppen, sähe man besser für Vorbereitungen und für die Entwicklung von Vorhaben eingesetzt, die noch kommen. Die GLP-Fraktion versteht nicht, dass die Initiative so kurzfristig eingereicht wurde. Diese hätte eigentlich 2008/2009/2010 kommen müssen bzw. heute für Vorhaben, die in drei Jahren reif werden. Das hätte die GLP-Fraktion dann auch unterstützt.

Die GLP-Fraktion möchte lieber vorwärts schauen. Das heisst, auch Zwischennutzungen zu akzeptieren, aber auch wieder loslassen zu können.

Mit dem Initiativ-Vorgehen gewinnen wir aber gar nichts. Eine gegenseitige Blockierung will die GLP-Fraktion um jeden Preis verhindern. Sie will das Projekt unterstützen, und als Ergän-

zung sollen und müssen Teilbereiche des Entwicklungsschwerpunkt Steghof für genossenschaftliches Wohnen und Arbeiten entwickelt werden.

Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass man das Ziel innert nützlicher Frist eben nur gemeinsam erreicht. Dazu braucht es gegenseitiges Vertrauen. Wir sollten alle am gleichen Strick ziehen, nur so ist es möglich. Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass man dann gute Lösungen für die Stadt Luzern findet.

Die GLP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A, sie lehnt aber die Motionen und die Initiative ab.

Thomas Gmür: Es wurde bereits einiges zur Geschichte der Industriestrasse in den letzten Jahren gesagt. Es gibt aber auch etwas zur Industriestrasse als solche zu sagen.

Es gab eine Zeit, da lag die Industriestrasse peripher in der Stadt Luzern und es kam dazu, dass dort ein Teil der Geschichte des Luzerner Gewerbes, aber auch der Luzerner Industrie geschrieben wurde.

Damals als die Industriestrasse peripher lag, machte es Sinn, dass Druckereien und Gaswerke sich dort ansiedelten. Es war auch verständlich, dass sich ein Sauerstoff- und Wasserstoffwerk dort hinten befand, und eine der grössten Luzerner Baumeisterfirmen, die Keller AG, hatte dort ihren Sitz, weshalb die Strasse Kellerstrasse heisst.

Dann kam eine Zeit, wo es nicht mehr sehr sinnvoll war, dass inmitten der Stadt Luzern Industrie und Gewerbe angesiedelt waren. Nach und nach verliessen Firmen dieses Gebiet. Wir haben vor 10 Jahren miterlebt, dass der Werkhof an der Tribschenstrasse und die anliegenden Firmen weggezogen sind und damit die Entstehung der Tribschenstadt ermöglicht haben.

Diese Tribschenstadt ist nun auch Vorbild für das, was an der Industriestrasse geschehen kann, nämlich ein urbanes Wohnen, gleichzeitig verbunden mit Arbeiten, mit Dienstleistern, die sich dort ebenfalls ansiedeln können.

Vorhin hat der SP-Sprecher moniert, es sei ein steriles Bauvorhaben. Nach Meinung von Thomas Gmür zeigt das Vorbild Tribschenstadt, dass es alles andere als steril ist, denn dort herrscht wirklich mit dem gemeinsamen Nebeneinander, dem sinnvollen Miteinander von Wohnen und Arbeiten, eine Vielfalt, die eine Stadt wie Luzern braucht.

Die CVP-Fraktion wollte vor 10 Jahren diese Vielfalt bereits ermöglichen. Damals war eine Initiative, die von den Sozialdemokraten bekämpft wurde, vor dem Volk siegreich. Diese Initiative forderte, dass gleichzeitig eine Arbeitszone mit Wohnen und Arbeiten möglich würde. Das hat man dann so umgesetzt.

Jetzt haben wir 10 Jahre zugewartet, bis wir jetzt ein Projekt haben, das wir realisieren können. Mit diesem Projekt verfolgt die CVP-Fraktion auch eine Strategie der Stadt Luzern, dass wir Entwicklungsareale auch wirklich entwickeln. Diese Strategie hat die CVP-Fraktion immer unterstützt, sowohl in der Gesamtplanung wie auch im Budget und dem Budgetprozess in den nächsten Jahren. Die CVP-Fraktion hat das letzten Herbst bereits gesagt. Mit dem deutlichen Ja zum Budget des Soveräns im Mai haben wir auch die Zustimmung der Bevölkerung zu dieser Strategie, welche nicht nur zum Budget Ja gesagt hat, sondern eigentlich auch zur Kenntnis genommen hat, wohin die Strategie führen soll.

Die CVP-Fraktion hat sich das Projekt angeschaut und findet, es ist ein sehr gelungenes Pro-

jekt. Es macht Sinn, dieses Areal zu entwickeln und damit den Verkaufspreis von rund 17 Mio. zu generieren. Die CVP-Fraktion unterstützt den Verkauf dieses Areals an die Allreal und ist der Meinung, dass es wichtig und nötig ist, wenn wir weiter unsere Strategie verfolgen wollen, dass wir dieses Objekt auch verkaufen.

Die CVP-Fraktion hat diese Strategie immer mitgetragen. Diese Strategie ist in den letzten Jahren auch von den anderen Fraktionen und Parteien mitgetragen worden. Die CVP-Fraktion erachtet es als nicht sehr klug, wenn die Stadt jetzt während des Spiels die Spielregeln ändert. Das wurde von gewissen Sprechern bereits angetönt. Wir haben eine gewisse Verantwortung und müssen diese auch jetzt tragen und nicht einfach sagen, wir ändern die Spielregeln, nur weil jemand da hinten günstigen Wohnraum für sich möchte.

Zur Initiative: Die Initiative moniert, es sei möglich, eine lebendige Industriestrasse zu erhalten und zu erreichen. Der Sprechende hat während Jahren an der Industriestrasse gewohnt. Lebendig war Donnerstag-, Freitag-, Samstagabend die Bar 59 mit dem üblichen Lärm, den eine Bar generiert. Sonst untertags war in diesem Quartier nicht sehr viel Lebendiges. Das Lebendigste waren die Dienstleiter, das Amt für Migration oder die Caritas. Diese haben noch eine Dienstleistung für Kundinnen und Kunden erbracht, die sich in dieses Quartier begeben durften oder mussten.

Es ist nötig, dass wir Wohnungen bauen können und auch Dienstleistern ermöglichen, sich dort anzusiedeln. Das bringt Leben in dieses Quartier und ermöglicht, dass wir die Strategie, wie wir sie bereits seit Jahren an der Tribschenstrasse umgesetzt haben, dort erfolgreich weiterführen können. Das bedingt aber auch, dass wir dieses Areal verkaufen können. Würden wir es im Baurecht abgeben, zu den Bedingungen wie sie die Initianten gerne hätten, müssten wir wohl einen negativen Baurechtszins verlangen. Denn sonst könnten diejenigen, die sich dort angesiedelt haben, sowieso nicht zu den bisherigen Bedingungen dort angesiedelt bleiben.

Die CVP-Fraktion ist auch der Meinung, Baurechtszinse verlangen wir dort, wo wir Interesse an späteren strategischen Entwicklungen haben. Das haben wir in diesem Areal nicht. Baurechtszinse können wir auch verlangen, wenn wir Interesse haben, Wohnraum zu entwickeln für Baugenossenschaften. Aber ausschliesslich hier Baugenossenschaften anzusiedeln macht auch deshalb keinen Sinn, weil die CVP-Fraktion die Strategie des Stadtrates, die Stadt Luzern finanziell zu stärken auch weiterhin mittragen möchte. Die CVP ist für Eintreten auf die Vorlage, sie wird dem Verkauf zustimmen. Die Motionen wird sie ablehnen wie auch die Initiative, die sie vorgängig als gültig erklären wird.

Stefanie Wyss: Wie schon gehört, beurteilt die G/JG-Fraktion den B+A und die Initiative unterschiedlich. Die Sprechende möchte für diesen Teil der Fraktion sprechen, der den Verkauf ablehnt und der Initiative zustimmen wird.

Dieser Teil der G/JG-Fraktion ist gegen den Verkauf, weil städtische Landreserven für weitere Generationen erhalten bleiben sollen und noch keine Strategie für ausgleichende Landankäufe vorliegt. Man begrüsst es, dass in der Ausschreibung des Wettbewerbs die Möglichkeit einer Abgabe im Baurecht bestand. Leider hat das Siegerprojekt von dieser Option nicht Gebrauch gemacht. Der Stadtrat hat sich für den Verkauf entschieden und nun liegt es an uns

Parlamentarier/innen über die Vorlage zu befinden.

Die G/JG-Fraktion ist sich bewusst, dass die Initiative eine Minute vor zwölf eingereicht worden ist. Sie ist dem Stadtrat daher dankbar, dass er die Initiative für gültig erklärt hat und den demokratischen Prozess ermöglicht. Sie versteht, dass die Allreal frustriert ist, dass ihr Projekt nun eventuell nicht zum Zug kommt. Aber die Bevölkerung hätte dem Verkauf so oder so zustimmen müssen. Und nun kann der Stimmbevölkerung auch noch eine Alternative zum Verkauf unterbreitet werden, was die G/JG-Fraktion als einen Demokratiegewinn betrachtet. Auch die Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ hat ihre Tücken. So verlangen die Initiantinnen und Initianten einerseits, dass die Industriestrasse im Baurecht und an gemeinnützige Wohnbauträgerinnen und Wohnbauträger abgegeben werden müsse. Andererseits verlangen aber die Initianten/innen in der Erläuterung zur Initiative, dass die bestehenden Gebäude erhalten und renoviert werden müssen. Der am 4. Juli 2012 an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier verschickte Brief hat aber einiges zur Klärung beigetragen.

Wie Sie ja wissen, wurde am 17. Juni 2012 die Initiative „Für zahlbaren Wohnraum“ von der Luzerner Stimmbevölkerung mit 58.2% Stimmenanteil angenommen. Die Umsetzung dieser Initiative wird die Stadt Luzern in den nächsten Jahren beschäftigen. Nun haben wir die einmalige Chance eine Vollbremsung einzulegen und eines der letzten Areale, das noch die Stadt besitzt, dem gemeinnützigen Wohnungsbau zuzuführen. Der Auftrag der Bevölkerung ist klar und deutlich: Die Stadt Luzern muss in den nächsten Jahren dringend preisgünstigen Wohnungsraum zur Verfügung stellen. Mit dem in der Initiative geforderten Richtungswechsel hätte die Stadt zusätzlichen Raum, um die Initiative „Für zahlbaren Wohnraum“ umzusetzen. Das hat Dominik Durrer von der SP/JUSO-Fraktion beim Eintreten schon erwähnt.

Wie gesagt hätte die Luzerner Stimmbevölkerung ohnehin im Herbst über den Verkauf der Industriestrasse abgestimmt. Nun hat sie nebst der Möglichkeit, Nein zum Verkauf zu sagen, auch noch die Möglichkeit zu sagen, was mit der Industriestrasse zukünftig gemacht werden soll, nämlich – wie das in der Initiative gefordert wird – das Land im Baurecht abzugeben und gemeinnützigen Wohnungsbau zu ermöglichen.

Ein Teil der G/JG-Fraktion möchte

- I. die Motionen 251 und 252 überweisen,
- II. die Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ für gültig erklären,
- III. die Initiative annehmen,
- IV. den Verkaufsvertrag ablehnen.

Dominik Durrer hat drei Punkte beim Eintreten gehört, zu denen er etwas sagen möchte:

András Özvegyi hat sich beklagt, dass die Diskussion zu emotional sei. Der Sprechende hat den Eindruck, dass bis jetzt sehr sachlich und ruhig diskutiert wurde. Man hat die Argumentationen ausgetauscht und einander zugehört. Dominik Durrer hat zugehört, was András Özvegyi zum Thema ZHB gesagt hat, und der Sprechende sieht tatsächlich auch eine Analogie zwischen der Bibliothek und der Industriestrasse.

Bei der Bibliothek ist jemand gekommen und hat Unterstützung zu seinem Anliegen gefunden, ein bestehendes Gebäude abzureissen, einen bestehenden öffentlichen Raum – das Vögeligärtli – zu gefährden und keine Rücksicht auf die Anliegen der Bevölkerung zu

nehmen. Analog sieht Dominik Durrer das auch an der Industriestrasse. Das Bestehende gefährdet man, man reisst es ab und man nimmt keine Rücksicht auf die Leute, die sich dort engagieren und den Weg für die Industriestrasse sehen.

Der zweite Punkt, der auch mehrfach angesprochen wurde, ist der vom Zeitpunkt und den Spielregeln, die man jetzt ändern will. Da möchte der Sprechende auch klar dagegen halten. Die Vorstösse der SP/JUSO-Fraktion wurden dringlich eingegeben, weil sie der Meinung ist, man muss genau zu dem Zeitpunkt eine Entscheidung fällen können. Der Stadtrat und das Parlament wollten das nicht. Jetzt sind diese Vorstösse in den B+A hineingeraten und heute müssen wir darüber entscheiden. Die SP/JUSO-Fraktion hat das nicht gesucht, das war der Entscheid des Parlaments.

Jetzt zu sagen, die SP/JUSO-Fraktion will die Spielregeln ändern, geht auch an der Realität vorbei. Es war klar, das Projekt wird ausgearbeitet und es muss am Schluss der Bevölkerung vorgelegt werden. Dann kann Ja oder Nein gesagt werden. Das passiert jetzt. Auch dem Parlament wird es vorgelegt und dieses kann zustimmen oder ablehnen. Es gibt keine Änderung der Spielregeln. Die Initiative, behauptet der Sprechende, bringt sogar eine Beschleunigung. Und zwar haben wir die Möglichkeit im September den Verkauf abzulehnen und gerade zu sagen, was wir wollen. Im Normalfall lehnen wir ab, das Volk lehnt ab und nachher ist es offen und man kann interpretieren, was man will. Wenn man die Initiative im gleichen Zeitpunkt annimmt, gibt man einen klaren inhaltlichen Auftrag, mit dem Gebiet an der Industriestrasse im Baurecht weiter zu verfahren und gemeinnützige Wohnbauträger zu berücksichtigen.

Der dritte Punkt, der eigentlich mit der Industriestrassengeschichte nicht so viel zu tun hat, aber Thomas Gmür hat das schon zum zweiten Mal in einer Ratssitzung gebracht, ist die Umdeutung vom Entscheid zum Budget. Da möchte Dominik Durrer hier drin, losgelöst von der Industriestrasse, schon auch sagen, mit der Deutung von demokratischen Entscheiden muss man schon eine gewisse Vorsicht walten lassen. Wenn man jetzt behauptet, dass die Zustimmung der Stadtluzerner/innen zum Budget alle inhaltlichen Punkte aus der Gesamtplanung beinhalten würde, begibt man sich auf ein sehr wackeliges Terrain. Das Argument zieht heute nicht, und das zieht auch bei nächsten Diskussionen nicht, wo irgendwelche Anliegen und Vorstellungen von gewissen Parteien in der Gesamtplanung integriert sind.

Baudirektor Kurt Bieder möchte vorab für die sehr differenzierte Auseinandersetzung mit dem B+A herzlich danken. Es sind eine Menge sehr guter Sachen gesagt worden. Der Sprechende möchte aus seiner Sicht aus aufzeigen, dass die Vorlage Industriestrasse lange vorbereitet wurde, vor dem Hintergrund der politischen Grosswetterlage in der Stadt Luzern, die wir immer miteinander in der Gesamtplanung diskutiert haben.

Wir haben in der Gesamtplanung x mal aufgezeigt, was wir für Probleme haben. Wir haben in der Gesamtplanung aufgezeigt, dass wir das Selbstverständnis, das Leistungsangebot nicht mehr einschränken wollen. Wir wollen das Niveau behalten. Wir wollen mit anderen Worten bei den Konsumausgaben keine Abstriche mehr machen. Wir haben dem Parlament auch aufgezeigt, und der neue Stadtrat wird das im Budget wieder aufzeigen, dass wir um die

anstehenden umfassenden Investitionen finanzieren zu können, das nicht auf der Konsumausgabenseite einsparen wollen, sondern dass wir die Ertragsseite stärken wollen. Wir machen das nicht nur in dem Bereich, dass man eine Steuererhöhung vorschlägt. Das haben wir schon länger angekündigt, aber wir sehen einfach, dass man noch zusätzlich die Ertragsseite massiv stärken muss. Um das zu erreichen, bleibt eigentlich nur ein Punkt zum Handeln übrig. Wir müssen unbedingt stärker bei der Ansiedlung bzw. beim Erhalt von grossen Firmen werden, die, ob einem das jetzt passt oder nicht, ein grosses Steuersubstrat beinhalten. Nur wenn das der Stadt Luzern gelingt, kann diese so weiterfahren wie in den erfolgreichen vergangenen Jahren. Es ist jetzt sogar noch akzentuiert worden, nachdem die Starke Stadtregion, wie wir sie in der Stadt gesehen haben, nicht zustande kommt. Daher müssen wir die Bemühungen aus eigener Kraft solche Büroflächen, 4'000 bis 5'000 m² zusammenhängend, zu schaffen, noch verstärken und entsprechend aktiv werden.

Der Sprechende darf keine Namen nennen, aber es macht ihm unglaublich weh, wenn Firmen, die den Hauptsitz in der Stadt Luzern haben, aber einfach nicht über genügend Platz verfügen, um alle Büroflächen zu besetzen und hier zu agieren, in die Agglomeration gehen müssen. Die Steuerauscheidung, die damit verbunden ist, und die x Mio. Franken, die der Stadt Luzern dadurch entgehen, sind ein echtes, grosses Problem für die Stadt Luzern.

Das haben wir miteinander schon vor ein paar Jahren diskutiert und es hat sich nichts geändert wie aufgezeigt. Im Gegenteil, es ist noch viel aktueller geworden, weil man die Stadt Luzern stabilisieren muss. Das ist die gefestigte Auffassung des Stadtrats.

Weil die Analyse vor ein paar Jahren so gewesen ist und jetzt noch Bestätigung erfahren hat, sind wir mit dem Vorgehen an der Industriestrasse genau auf dem richtigen Weg. Für den Stadtrat macht es überhaupt keinen Sinn, nachdem sich der Handlungsbedarf noch akzentuierter zeigt, jetzt auf dem Weg plötzlich eine Kehrtwendung zu machen. Wir müssen noch mehr geradeaus gehen und das, was wir eingeleitet haben, jetzt zu einem Abschluss bringen. Das ist ein Beitrag, es ist natürlich nicht die endgültige Lösung, um das Problem etwas zu minimieren.

So weit haben wir es richtig eingeleitet, Dominik Durrer hat das wohl so anerkannt, bei dem Wettbewerb haben wir all die Vorgaben, die mit dem Postulat dem Stadtrat mitgegeben wurden, respektiert und berücksichtigt. An dieser Stelle möchte der Sprechende Beat Heggli, der dabei die Federführung hatte, bestens danken. Er hat überhaupt nicht eine Gewinnorientierung angestrebt – also den grössten Gewinn zu realisieren –, das hat wohl auch das Parlament erkannt, sondern all das, was an Forderungen im Postulat mitgegeben wurde, hat man berücksichtigt und im Wettbewerb aufgenommen. Wohnen und arbeiten zusammenbringen, das berücksichtigt das Projekt in einer hervorragenden Art und Weise und setzt es um.

Wohnungen werden gebaut, Dienstleistungsflächen und Ateliers stehen zur Verfügung, die Mischzone wird dort realisiert in einer schlichtweg vorbildlichen Art und Weise. Da von „steril“ zu reden, sieht der Sprechende überhaupt nicht so, sondern es ist genau das, was wir wollten und was wir in dem Wettbewerb vorgegeben haben: Einbezug des Gewerbes, also der Arbeitswelt. Dort war aber der Kristallisationspunkt, dass wir die 4'000 bis 5'000 m² zusammenhängende Fläche so einmal anbieten können. Das Wettbewerbsergebnis hat in

einer hervorragenden Art und Weise aufgezeigt, wie man das machen kann. Da von einem ungenügenden Ergebnis zu reden, geht nach Erachten von Baudirektor Kurt Bieder nicht an. Gleichzeitig – wir haben auch eine Wohnraum-Offensive und Wohnraum-Initiative, und wir wollen den Wohnraum stärken –, zeigt sich auch da ein hervorragendes Ergebnis. Gegen 100 Wohnungen im mittleren Segment. Wir hatten vorgegeben, nicht Eigentumswohnungen sondern Mietwohnungen, also auch da haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass auch Baugenossenschaften mitmachen können, was diese auch getan haben. Also auch diese Forderung aus dem Postulat ist eingelöst. Öffentliche Nutzung im Erdgeschoss, der Sprechende ist sehr zuversichtlich, dass die öffentliche Nutzung stattfinden wird. Damit die gemeinnützigen Wohnbauträger mitmachen können, hat man auch explizit die Wettbewerbsbedingungen so definiert, dass das möglich geworden ist. Man hat explizit vorgegeben, dass im Baurecht offeriert werden kann. Man hat sogar bei der Umrechnung, weil der Baurechtszins immer jährlich geschuldet wird, den Kapitalisierungssatz und alle Bedingungen derart zu Gunsten des Baurechts gemacht, dass man eine echte Chance für das Baurecht eröffnen wollte und trotzdem hat das Baurecht deutlich schlechter abgeschnitten. Dass kein gemeinnütziger Wohnbauträger gewinnen konnte, war nicht zu antizipieren. Man hat den Wettbewerb anonym gemacht und erst ganz am Schluss, wo alles städtebaulich funktional geprüft wurde, alle Preise inklusive Anpassung und Vergleichbarkeit von Baurecht und Volleigentum, vorhanden waren, hat man die Couverts aufgemacht. Jeder Bewerber hatte genau die gleiche Chance. Also da ist der gemeinnützige Wohnungsbau gleich behandelt worden und hat einfach nicht reüssiert.

Von dort her muss Baudirektor Kurt Bieder sagen, der Wettbewerb hat in einer wirklich guten Art und Weise, ohne auf Gewinnoptimierung aus zu sein, die Ziele, die wir miteinander vor ein paar Jahren definiert haben, nämlich, dass wir ein grosses Defizit der Stadt Luzern überwinden wollen, eingelöst. Daher ist der Sprechende sehr froh, dass der Stadtrat dem Parlament so einen guten Vorschlag unterbreiten darf.

Dass die Zwischennutzung, die über viele Jahre stattfinden konnten, ein Ende findet, war absehbar. Das haben wir immer so kommuniziert und das war den Betroffenen auch bewusst. Wir haben aber auch – das möchte der Sprechende noch einmal hervorheben – und sind dabei, die Zwischennutzungen in der Stadt Luzern zu etablieren. Einerseits haben wir beim Hallenbad eine Chance eröffnet. Das ist etwa 300m von der Industriestrasse entfernt, also im gleichen Quartier, dort soll eine Zwischennutzung stattfinden.

Und das Zweite ist – und das bittet Baudirektor Kurt Bieder zu beachten – wir wollen mit der BZO die Voraussetzungen schaffen, – und das wird der Rat im Herbst, wenn er die neue BZO behandelt –, dass man viel einfacher als bis anhin auf der Grundlage der heutigen Nutzungsplanung Zwischennutzungen zulassen kann. Bis jetzt konnte man Zwischennutzungen nur machen, wenn das zonenkonform war. Das Parlament wird in der neuen BZO, wie sie der Stadtrat vorschlägt, sehen, dass ein Artikel enthalten sein wird, dass zeitlich befristete Zwischennutzungen überall unabhängig von den Zonenvorschriften zugelassen werden können. Das ist natürlich dann eine enorme Ausweitung der Möglichkeiten dieses Potenzials. Der Sprechende glaubt, der Stadtrat darf für sich in

Anspruch nehmen, dass das, was man machen kann, um auch die Zwischennutzungssituation stadtweit zu verbessern, auch gemacht wird.

Wir haben schon ein paar Mal gesagt, an der Eichwaldstrasse, am Heimbachweg usw. sehen wir überall auch städtische Areale vor, die Möglichkeiten für Alternativkultur als Zwischennutzung bieten. Aber an der Industriestrasse steht der Stadtrat ganz klar und eindeutig dahinter, dass wir damit eines der grössten Defizite der Stadt Luzern – zusammenhängende Büroflächen – schliessen müssen. In dem Sinn gibt es vom Sprechenden aus gesehen keinerlei Begründung von dem Pfad, den wir jetzt vor ein paar Jahren eingeschlagen haben, der mit dem Wettbewerb sehr erfolgreich umgesetzt werden konnte, abzuweichen.

Es ist richtig, dass man da die Motionen und die Initiative einreichen durfte. Das ist absolut im Rahmen der Regeln der Demokratie. Das hat der Stadtrat nicht kritisiert, dass man die Möglichkeiten schafft. Baudirektor Kurt Bieder hat sich nur immer dagegen gewehrt, Dominik Durrer, dass man mit den Motionen verhindern wollte – das war ja das Ziel, das Spiel unterwegs zu stoppen –, dass wir unseren Vorschlag zur Industriestrasse, der eben noch nicht so weit war, hätten präsentieren dürfen. Das hat uns nicht fair gedünkt, dass man uns so lange vom Parlament aus auf den Weg geschickt hat, und noch bevor wir ganz fertig sind, mit den Motionen die Voraussetzung geschaffen worden wäre, dass wir gar nicht mehr das Resultat mit dem Parlament diskutieren dürfen.

Alles in allem ist der Sprechende froh, dass das jetzt so aufgenommen worden ist. Es zeichnet sich ja ab, dass zumindest im Rat die Vorlage des Stadtrats angenommen wird und die Initiative, über die schlussendlich das Volk abstimmen muss, hier drin abgelehnt wird. Dann sehen wir voraussichtlich im September, wie das Volk das sieht. Es ist einfach wichtig, dass diese Zusammenhänge, die wir jetzt miteinander diskutiert haben, auch dem Volk so nahegebracht werden.

Philipp Federer erlaubt sich, noch ein paar Entgegnungen zu machen. Zu Joseph Schärli: Die Industriestrasse, die Nutzer, die sollen doch dankbar sein, dass sie die Zwischennutzung bekommen haben. Dem ist aber nicht ganz so. Es gibt Unternehmer, die sind seit 25 Jahren dort ansässig. Sie besitzen langjährige Mietverträge. Und sie waren ansässig, bevor die Stadt das Land bekommen hat, bevor es der Stadt gehörte.

Zu Thomas Gmür: Eine Abgabe im Baurecht sei nur möglich mit einem negativen Baurechtszins. Thomas Gmür erkennt, die Basisofferte war 2,1 Mio. und für die Verzinsung sind 3,25% gerechnet gewesen. So steht es im B+A.

Zu Baudirektor Kurt Bieder: Warum ziehen Firmen fort? Ist es nur die fehlende Fläche oder könnte es nicht auch die zu teure Fläche sein? Der Sprechende würde sagen, das Zweite spielt auch klar mit und nicht nur das Erste.

Und warum hat die Stadt immer weniger Einnahmen? Die Frage wurde auch gestellt. Ist es erstens eine Frage von zu wenig Büroflächen? Oder sind es, wie es der Sprechende eher ansieht, die Steuersenkungen? Die Steuersenkungen der Unternehmensgewinnsteuern, die man für Holdinggesellschaften 50fach gesenkt hat und es hat trotzdem nichts genützt. Die Trafigura ist trotzdem nach Genf gegangen und hat jetzt einen Sitz von Genf nach Singapur

verlegt. Im Gegenteil, die 50fache Senkung der Unternehmenssteuern hat dazu geführt, dass sogar „Elektrobuden“ sich als Holdinggesellschaften aufstellen lassen, damit sie weniger Steuern zahlen müssen.

Da hat man ein Instrument angefasst, wo man sich selber ins Fleisch geschnitten hat und man kann jetzt nicht einfach nur noch kausal darauf hinsteuern, dass wir zu wenig Einnahmen haben, weil es zu wenig Büroflächen gibt. Diese Kette stimmt so nicht.

Marcel Budmiger: Es wurde behauptet, die Debatte werde emotional geführt und nicht sachlich. Der Sprechende ist sich da noch nicht ganz schlüssig, nachdem man das flammende Plädoyer von Baudirektor Kurt Bieder zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und der zusammenhängenden Büroflächen gehört hat.

Auch Joseph Schärli, der Luzerns wirtschaftliche Zukunft eigentlich jetzt mit der Vorlage verbinden will.

Um die zusammenhängenden Büroflächen sieht der Sprechende auf dem Initiativbogen der Initiativforderung, geht es gar nicht. Diese könnten genau so realisiert werden, ob die Initiative angenommen wird oder nicht. Gemeinnützige Wohnbauträger haben auch bei dem Wettbewerb mitgemacht. Nach Information des Sprechenden haben diese die Bedingungen erfüllt und hätten die Büroflächen auch erstellen können.

Es sollte bitte diskutiert werden, um was es in der Initiative geht, sonst geht es uns ähnlich wie bei der äusserst emotional geführten Wohnraumdebatte betreffend der Initiative, zu der 58% der Luzerner Stimmbevölkerung Ja gesagt hat. Wenn man dort den Gegnern der Initiative zugehört hat, hätte man meinen können, es müsste alles Land verkauft werden. Man müsste Millionen investieren, um Grundstücke zu kaufen. Das hat nach Meinung der SP/JUSO-Fraktion von den Initianten her genau so wenig mit der Wohnraum-Initiative zu tun gehabt wie die Büroflächen mit der Industriestrasen-Initiative.

Also bitte sachlich bleiben, sonst müsste man die Drohung auch umsetzen. Die Wohnraum-Initiative hat eine Mehrheit gefunden. Wenn man wirklich alles Land abgeben müsste, dann wäre die Industriestrasse der erste Tatbeweis, der umgesetzt werden müsste.

Joseph Schärli: Die Tatsache ist doch die, dass der Druck von Zürich nach Zug gekommen ist und von Zug weg nach Luzern, Rotkreuz-Luzern. Und wenn wir nichts anzubieten haben, dann können wir auch nicht weitere Arbeitsplätze schaffen. Wir sind doch aber dringend auf Arbeitsplätze angewiesen, auch innerhalb der Stadt Luzern. Der Sprechende kann verschiedene Firmen nennen, die im Zentrum Platz suchen, zu mieten oder zu kaufen, um sich dort ansiedeln zu können.

Auf der anderen Seite, unsere Steuerkraft, das haben wir jetzt x mal gesagt, ist gesunken, bei den natürlichen Personen, aber nicht bei den juristischen Personen. Genau die brauchen wir in unserer Stadt, damit das Steuersubstrat wieder gestärkt und erhöht werden kann. Wenn man dann zum jetzigen Zeitpunkt sagt, man debattiere etwas emotional, genau aus den Kreisen, wo jetzt der Ruf gekommen ist, fordert man nachher wieder, wir müssen Arbeitsplätze haben, wir müssen Beschäftigung haben, wir müssen mehr Steuern haben und eine Steuererhöhung ist der einfachste Weg.

Aber man nimmt dem Bürger Kaufkraft weg und darum geht es ja mit unserer Wirtschaft immer wieder abwärts. Wir müssen etwas tun, damit es aufwärts geht. Darum müssen wir den Mut haben, jetzt Ja zu etwas zu sagen, was so lange vorbereitet worden ist und tatsächlich einen Gehalt hat, zu dem man stehen und sagen kann, das bringt unserer Stadt Luzern etwas und darauf können wir stolz sein, wenn wir das realisieren können. Der Sprechende ist überzeugt, dass man die Flächen wirklich gut anbringt, mit guten Firmen, die gute Arbeitsplätze haben und damit auch die Kraft der Stadt wieder stärken kann.

Detail

StB 510 Kapitel 6a Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“, Seite 2 ff.

Thomas Gmür: Es ist schon einmal angetönt worden. Der Begleittext zur Initiative sagt Folgendes aus: *„Geschichtsträchtige Gebäude und Ensembles sollen nicht abgerissen, sondern erhalten, verbessert und weiterhin optimal genutzt werden.“* Der Sprechende möchte von Baudirektor Kurt Bieder wissen, was das konkret zur Folge hätte.

Baudirektor Kurt Bieder: Das ist im Moment schwierig zu beantworten. Das müsste man die Initianten fragen. Es wurde aus der Begründung des Initiativtextes zitiert: *„Geschichtsträchtige Gebäude und Ensembles sollen nicht abgerissen, sondern erhalten, verbessert und weiterhin optimal genutzt werden.“* Wenn die Initiative angenommen würde, dann müssten wir uns mit den Initianten unterhalten, was sie darunter verstehen, welche Gebäude auf diesem Areal von den Initianten als geschichtsträchtig betrachtet werden, um dann den Intentionen der Initiative gerecht zu werden. Im Moment kann das der Sprechende nicht definieren. Es ist natürlich dann schon auslegungsbedürftig und man müsste dann diese Punkte miteinander klären, um eine entsprechende Vorlage ausarbeiten zu können.

Dominik Durrer: Wenn man aus dem Blatt der Initiative zitiert, müsste man natürlich noch etwas weitergehen. Dort heisst es dann auch: *„Deshalb soll das Areal der Industriestrasse von gemeinnützigen Wohnbauträger zu einem weiterhin lebenswerten, bezahlbaren Lebensraum weiterentwickelt werden.“*

Der Sprechende glaubt, Thomas Gmür probiert, die Argumentationslinie für den Abstimmungskampf zu markieren. Und zwar zu behaupten, dass die Initiative vorhabe, das Gebiet unter eine Glasglocke zu stellen und den Status Quo zu erhalten.

Dominik Durrer hat beim Eintreten schon gesagt, die Initiative ist eine Form einer Anregung. Es gibt eine Anregung, die ist in der Formulierung klar und deutlich und braucht keine Auslegung. Es heisst, das Areal der Industriestrasse ist gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abzugeben. Daran kann man sich halten und dann kann man auch noch die Rückseite anschauen und die verschiedenen Punkte aufnehmen, wo es auch um die Gestaltung der Wohnräume geht. Dazu haben wir, wie bereits erwähnt, einen Brief vom

Initiativkomitee bekommen, in dem ausgeführt wird, dass auch eine Weiterentwicklung ermöglicht werden soll.

Wenn man fair und sachlich bleibt, muss man auf dieser Ebene diskutieren, auch im Abstimmungskampf.

Stefanie Wyss: Dominik Durrer hat es gerade angesprochen. Der Brief, den wir gestern bekommen haben, sagt es noch einmal ganz klar. Es steht darin: *„Wir setzen uns für eine Abgabe im Baurecht ein, nicht weil es uns um den Erhalt des Status Quo, sondern um eine Weiterentwicklung des Areals im Dienst breiter Bevölkerungskreise geht.“*

Thomas Gmür, das sagt eigentlich alles aus, was die Initiative will und was sie nicht will, wie es im Titel auch steht.

András Özvegyi möchte zu diesem Punkt noch etwas sagen. Wenn man das an gemeinnützige Wohnbauträger abgeben soll, fragt sich der Sprechende, wie dann grosse Büroflächen entstehen können. Das muss ja dann heissen, dass sich die gemeinnützigen Wohnbauträger ins Bürogeschäft begeben müssen. Das ist auf eine Art für die GLP-Fraktion ein Widerspruch, der nicht aufgeht.

Thomas Gmür möchte überhaupt keinen Abstimmungskampf führen. Dominik Durrer, im Unterschriftenbogen, der den Stimmberechtigten vorgelegt wurde, hiess es ganz klar: *„Geschichtsträchtige Gebäude und Ensembles sollen nicht abgerissen werden.“* Und es hat keiner derjenigen, die unterschrieben haben, irgend so einen roten „Fackel“ bekommen, sondern man hat den Unterschriftenbogen mit der Begründung und den Erläuterungen gesehen und dann unterschrieben. Wir müssen uns an das halten und nicht an irgendwelche nachträglichen Formulierungen des Initiativkomitees. Die Sprecherin der jungen Grünen hat vorhin aus den *„geschichtsträchtigen Gebäuden und Ensembles“* die *„bestehenden Gebäude“* gemacht. Das ist bereits eine Weiterdeutung eines eh schon problematischen Sachverhalts. Wir müssen uns hier an die Fakten halten und die Initianten haben gesagt: Die Gebäude sollen teilweise erhalten bleiben und müssten saniert werden. Der Sprechende meint, bitte, das ist ein Problem. Das wird uns schon noch beschäftigen und dann kommt man mit dem Abstimmungskampf.

Zum Antrag des StB 510, Seite 7

I. Der Ablehnung der Motionen 251 und 252 wird zugestimmt.

II. Die Initiative wird einstimmig für gültig erklärt.

III. Der Ablehnung der Initiative wird mit 29 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

IV. Dem Verkaufsvertrag wird mit 29 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisaufnahme vom Bericht und Antrag 15 vom 4. April 2012 und StB 510 vom 6. Juni 2012 betreffend

Verkauf der Grundstücke 1323, 1324, 1325, 1574, 2147, 2191 linkes Ufer, Industriestrasse, Luzern,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004, § 86 Abs. 2 des Stimmrechtsgesetzes vom 25. Oktober 1988, Art. 11 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 und 4 und Art. 67 lit. b Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 86 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

In eigener Kompetenz:

- I. Die Motionen 251 und 252, Luzia Vetterli, Dominik Durrer, Melanie Setz und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 21. November 2011: „Industriestrasse: Bevorzugung von gemeinnützigen Wohnbauträgern“ (251) und „Industriestrasse: Abgabe im Baurecht“ (252), werden abgelehnt.
- II. Die Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ ist gültig.

Zuhanden der Stimmberechtigten:

- III. Die Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse“ wird abgelehnt.
- IV. Dem Verkaufsvertrag zwischen der Stadt Luzern und der Allreal Generalunternehmung AG, Zürich, über die Grundstücke 1323, 1324, 1325, 1574, 2147, 2191, GB Luzern, linkes Ufer, Industriestrasse, wird zugestimmt.
- V. Die Beschlüsse gemäss Ziffern III und IV unterliegen dem obligatorischen Referendum. Sie werden den Stimmberechtigten in Form einer Doppelabstimmung mit Stichfrage unterbreitet.

**3. Interpellation 284, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. Januar 2012:
Wie ist die Finanzierung zum Erwerb strategisch relevanter Grundstücke langfristig sichergestellt?**

Daniel Furrer beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Daniel Furrer dankt dem Stadtrat für die aufschlussreiche Antwort zur Interpellation. In der Antwort wird ersichtlich, und der Stadtrat hat das zum Glück auch erkannt, dass in der letzten Zeit das Verhältnis Kauf und Verkauf nicht ausgewogen war. Der Sonderkredit für Liegenschaftskäufe ist seit 2002 fast unangetastet geblieben. Käufe haben praktisch keine stattgefunden. Dabei hat das Parlament selber die Leitplanken für die städtische Liegenschaftspolitik festgelegt. Im B+A 35/2005 ist dies ausführlich dargelegt und vom Parlament verabschiedet worden.

Oberste Priorität hat gemäss dem Beschluss eine nachhaltige Liegenschaftspolitik, die sich auf 4 Teilstrategien, Halten, Entwickeln, Verkauf und eben auch Kauf, stützt. Im B+A 1/2012 zur städtischen Wohnraumpolitik – das ist ja noch nicht so lange her – ist die Strategie noch einmal bestätigt worden, mit der Aussage, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Veräusserungen und Erwerb von Liegenschaften angestrebt wird. Klarer kann man nach Meinung des Sprechenden nicht formulieren.

Ebenso klar ist, das wird in der Antwort des Stadtrats ersichtlich, dass der Auftrag so nicht erfüllt worden ist. Es wäre aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion wünschenswert und entspricht auch dem Auftrag, dass das in der Antwort auf die Interpellation geäusserte Versprechen, künftig vermehrt wieder Grundstücke zu erwerben, auch von der neu dafür zuständigen Stadträtin Manuel Jost ernst genommen wird. Der Sprechende möchte auch darauf hinweisen, dass falls, wie das auch in der Interpellation erwähnt wird, der Stadt die nötigen Mittel oder die nötigen Grundlagen für einen flexiblen Auftritt auf dem Immobilienmarkt fehlen, man gern bereit ist, das zu unterstützen, die notwendigen Instrumente für eine aktive Liegenschaftspolitik zu erstellen.

Das Beispiel der Industriestrasse zeigt, ob das jetzt Baurecht ist oder nicht, dass man nur auf eigenem Land auch wirklich bestimmen kann, was darauf stattfindet, wer dort wohnt, arbeitet und ein Gewerbe betreibt

Monika Senn Berger: Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Wie gesagt zeigt sie gut auf, dass die Abgabe im Baurecht in ungleichem Verhältnis zur Veräusserung von Liegenschaften steht und erst recht in einem sehr ungleichen Verhältnis zu Land-Ankäufen, schon bei der Anzahl und noch mehr bei der Grösse.

Erfreulich ist, dass hier mal nicht mit der Finanzlage argumentiert wird. Für Liegenschaftskäufe stehen seit 1994 10 Mio. und zurzeit noch ein Rahmenkredit von 7,6 Mio. zur Verfügung. Immerhin soll sich das Missverhältnis in Zukunft ändern. Im B+A Städtische Wohnraumpolitik ist festgehalten, dass die Stadt eine Ausgewogenheit anstrebt. Als die Sprechende im letzten Abschnitt der Antwort gelesen hat, dass für die Beeinflussung der Zukunftsentwicklung nicht primär Grundeigentum der Stadt notwendig sei, hat sie sich gefragt, wie ernst dieses Anliegen genommen wird.

Wie in der letzten Ratssitzung andere Parteien angekündigt haben, ist es auch für die G/JG-Fraktion an der Zeit, die städtische Liegenschaftsstrategie von 2005 genauer anzuschauen und eben auch Details der Ankäufe zu realisieren. Aufgrund der angenommenen Wohnrauminitiative werden in Zukunft Liegenschaften, die zahlbaren Wohnraum ermöglichen, von strategischer Bedeutung sein. Da in unserer Stadt nur wenige Grundstücke gehandelt werden, und, wie aus der Antwort hervorgeht, oft „unter der Hand“, findet die G/JG-Fraktion es wichtig, dass die Stadt proaktiver wird und sich frühzeitig einmischt.

Wenn es dann für eine höhere Flexibilität am Immobilienmarkt eine Aufstockung des Sonderkredits und/oder eine Anpassung der GO braucht, ist die G/JG-Fraktion bereit, sich für Lösungen einzusetzen. Für sie ist es selbstverständlich, dass die Stadt nicht spekulativ auf dem Immobilienmarkt auftritt. Gerade deshalb wehrt sich die G/JG-Fraktion auch gegen den Verkauf von Grundstücken an Meistbietende.

Rolf Krummenacher: Die Fragen sind aus Sicht der FDP-Fraktion klar und nachvollziehbar beantwortet worden. Was sie mitnimmt, ist, dass etwa 50% für Wohnbau im Baurecht abgegeben worden ist. Man tut jetzt so, als könnte man die ganze Stadtentwicklung mit ein paar Liegenschaften der Stadt gestalten. Stadtentwicklung geht erstens überwiegend über Liegenschaften von Privaten und sie funktioniert primär gar nicht über so viele Liegenschaften, sondern über Steuerinstrumente, die wir in der Hand haben, nämlich über Richtpläne, Verkehrsthematik, Zonenpläne, sicher auch über Steuern. Sicher geht eine Entwicklung auch über das Leistungsangebot, was auch aus der Antwort hervorgeht. Die FDP-Fraktion hat darauf schon mehrmals hingewiesen, ist aber damit etwas untergegangen.

Die Handlungsfähigkeit des Stadtrats ist etwas eingeschränkt. Weniger wegen dem Topf von 5, 7, 10 Mio., den könnte man ja noch aufstocken. Mit seiner Kompetenz ist er schlichtweg nicht in der Lage, aktiv oder proaktiv zu sein, weil er in dem Markt mit diesen Preisen und mit der Geschwindigkeit, mit der Kompetitivität ist er handlungsunfähig und hinkt immer hinterher. Ein Beispiel ist die Pilatusstrasse. Das war ein Objekt, das man wirklich hätte kaufen können, was auch Sinn gemacht hätte. Das ist aus den genannten Gründen nicht gegangen und da würde man gerne noch breitere Unterstützung durch das Parlament sehen, dem Stadtrat, wenn man das schon will, auch die Handlungsfreiheit und die Kompetenzen zu geben.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion dankt für die Antworten und die Informationen zu diesem Postulat.

Zum Thema noch zwei Bemerkungen:

- Selbstverständlich findet die GLP-Fraktion auch, dass man die Liegenschaftsstrategie von 2005 wieder einmal überprüfen oder neu analysieren könnte.
- In der Interpellation wird von unbekannten Bedürfnissen zukünftiger Generationen gesprochen. Es ist schwierig, so etwas abzudecken. Anders gesagt, das ist wie Lotto. Aus Erfahrung weiss der Sprechende, dass grössere Investitionen für später, wo man noch unbekannte Bedürfnisse hat, wo man noch nicht weiss für was, meistens falsch sind. Es braucht oft grosses Glück, um das Richtige zu machen. Man kann aber auch verlieren. Das abzuwägen ist eben die Schwierigkeit.

Baudirektor Kurt Bieder war froh um den Vorstoss. So hat man doch ein paar Sachen aufzeigen können. Der Sprechende quittiert das sehr gerne zuhänden Manuela Jost. Wir haben bei der Revision der Gemeindeordnung, so wie sich der Sprechende erinnert, sehr deutlich darauf hingewiesen, wenn das Parlament wünscht, dass der Stadtrat etwas aktiver sein soll, dass man mit anderen Kompetenzen ausgestattet werden muss. Das Parlament hat dann verhältnismässig sehr bewusst den Stadtrat an die kurze Leine genommen. Wenn da jetzt ein Gesinnungswandel stattfindet, mag der Sprechende dem neuen Stadtrat das sehr gönnen, aber Manuela Jost kann das Parlament dann auch aufgrund der heutigen Sitzung behaften, dass es das dann auch entsprechend mittragen muss.

Baudirektor Kurt Bieder findet es auch richtig, dass das Parlament die Liegenschaftspolitik von 2005 wieder einmal überprüfen will. Er ist über die Aussage etwas überrascht, bei all den Geschäften, die da aufgeführt sind. Ganz wenige konnte der Stadtrat in eigener Kompetenz

abhandeln. Bei all den Geschäften haben wir auf die Liegenschaftspolitik Bezug genommen und aufgezeigt wie das mit der Strategie der Liegenschaftspolitik bündig ist und das Parlament hat jeweils zugestimmt. In aller Regel mit recht grossen Mehrheiten. Das möchte der Sprechende in Erinnerung rufen. Wir haben in unserer Liegenschaftspolitik immer einen sehr strategischen Ansatz gehabt, wie wir mit dem städtischen Grundbesitz umgehen wollen. Darum erstaunt es Baudirektor Kurt Bieder manchmal, wenn da ein derartiger Ausverkauf der Heimat behauptet wird.

Eins noch einmal zur Erinnerung, wir haben immer, wenn es um Wohnraumfragen ging, darauf hingewiesen, dass wir einen Beitrag leisten wollen, um die Angebotsseite zu stärken, also Angebot und Nachfrage in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen. Das war immer die Haltung des Stadtrats. Das Dümme, was man machen kann, ist Liegenschaften unbebaut lassen. Das ist alles andere als ein haushälterischer Umgang. Das wollten wir nicht und das Parlament hat das auch so gesehen.

Was man auch in Erinnerung rufen sollte, das liegt allerdings lange zurück; etwa vor 80 Jahren hat die Stadt sich entschlossen, dass nicht die Stadt selber Wohnraum schaffen will, sondern dass das Baugenossenschaften machen sollen. Das ist auch so ausgeführt worden und deshalb haben wir heute 14% gemeinnützigen Wohnraum in der Stadt Luzern, der viertbeste Wert schweizweit. Bei all den Verkäufen, die wir getätigt haben, nicht im Baurecht, sondern im Volleigentum abgegeben haben, haben wir uns miteinander geeinigt, die Grundstücke sind nicht von strategischer Bedeutung und man kann diese ohne weiteres im Volleigentum abgeben. Es ist schön, dass wir aufgrund des Vorstosses die Diskussion wieder etwas versachlichen konnten. Und doch konnten wir trotz allem noch viele strategisch wichtige Grundstücke dazu erwerben, beispielsweise das ganze Trasse der Zentralbahn im Ausmass von knapp 26'000 m². Das ist für die Stadt von strategischer Bedeutung. Also auch der Stadtrat in der bisherigen Zusammensetzung hat sicher einiges vernünftig gemacht und es war nicht alles völlig daneben.

Die Interpellation 284 ist damit erledigt.

- 4. Postulat 314, Marcel Budmiger, Nina Laky, Melanie Setz und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 28. März 2012:
Duldungspflichten beim Steghof**

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Damit ist Diskussion gegeben.

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort auf ihr Postulat. Erfreut hat sie zur Kenntnis genommen, dass zumindest ein Teil der Forderungen bereits im B+A zur Industriestrasse, den wir vorher behandelt haben, erfüllt wurde. Die SP/JUSO-

Fraktion geht davon aus, dass die Duldungspflicht für die Gassechuchi auch für die Kontakt und Anlaufstelle gelten wird. Beide befinden sich ja im gleichen Gebäude.

Bei einem weniger heiss diskutierten Thema hätte sich der Stadtrat vielleicht zu einer teilweisen Entgegennahme durchgerungen. Faktisch hat er dies ja gemacht, weil dieses Anliegen umgesetzt worden ist.

Die SP/JUSO-Fraktion hat sich aber mit dieser teilweisen, wenn schon nicht Entgegennahme, dann doch Umsetzung nicht zufrieden gegeben. Parallelen zum Emmi-Areal mit dem anliegenden Treibhaus und dem Spielleutepavillon sind nicht von ihr konstruiert, sondern werden auch vom Stadtrat in seiner Antwort erwähnt. Hier wurde nachträglich eine Dienstbarkeit erwirkt, was vom Baudirektor als grosser Erfolg verkauft worden ist. Die SP/JUSO-Fraktion hat schon bei der Beratung der Volksmotion „Kein zweites Boa-Debakel“ darauf hingewiesen, dass dies mit 250'000.- Franken ein teuer erkaufter Erfolg ist. Nun schreibt der Stadtrat, dass dieses Geld voraussichtlich nie ausgegeben werden muss. Die SP/JUSO-Fraktion hofft das natürlich auch. Bei einer früheren klaren Positionierung des Stadtrates hätte aber eine Beteiligung der Stadt gar nie zur Diskussion gestanden. Und 250'000 Franken sind immerhin eine stolze Summe.

Genau wie das Emmi-Areal, Treibhaus und Spielleute-Pavillon, befinden sich die im Postulat erwähnten Kulturbetriebe, die Gassechuchi und die Areale ewl und Industriestrasse in der Wohn- und Arbeitszone mit Lärm-Empfindlichkeitsstufe III. Die SP/JUSO-Fraktion sieht deshalb nicht ein, warum eine Dienstbarkeit gegenüber Bar 59, Privé oder Uferlos Bundesrecht widersprechen soll, während dieselbe Dienstbarkeit in derselben Empfindlichkeitsstufe gegenüber vergleichbaren Objekten wie dem Treibhaus und dem Spielleute-Pavillon ohne weiteres möglich waren. Auch hier geht es in erster Linie um den Menschenverhaltenslärm und gemäss Kenntnis des Sprechenden gibt es schon heute Lärmklagen bei der Industriestrasse. Bei einer Überbauung der beiden Areale – egal, ob das im Baurecht ist, durch Allreal oder durch einen gemeinnützigen Wohnbauträger- wird dies wohl eher zu- als abnehmen.

Hier würde die Überweisung des Postulats ein Zeichen setzen gegenüber den zukünftigen Anwohnern. Der Stadtrat hätte dann auch den Auftrag, die Dienstbarkeiten einzufordern, wenn ein gemeinnütziger Wohnbauträger das Industriestrasen-Areal überbauen würde. Das ist bei diesem B+A konkret das Allreal-Projekt. Dasselbe würde auch für das ewl-Areal gelten, welches vermutlich in der Hitze des Abstimmungskampfes scheinbar vergessen gegangen ist. Es wurde aber in diesem Postulat auch erwähnt. Den Postulanten geht es jedoch nicht um den Abstimmungskampf, sondern um unnötige Kosten für die Stadt, wo eben eventuell die 250'000 Franken beim Emmi-Areal ausgegeben werden müssen – gerade in Zeiten von Sparpaketen und Steuererhöhungen wäre nach Meinung der Postulanten mehr Vorsicht angebracht.

Stefanie Wyss: Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Allerdings stellt sie diese nicht zufrieden. Ein Grundbucheintrag auf den Parzellen Industriestrasse und ewl-Areal wäre ein eleganter Weg, um mögliche zukünftige Konflikte im Bereich von Lärmemissionen zumindest teilweise vorzubeugen.

Die Gassenküche, die Bar 59, das Uferlos etc. sind bestehende Kulturinstitutionen, die eigent-

lich das Recht des schon länger Anwesenden geniessen dürften. Es darf nicht sein, dass diese verdrängt werden, nur weil die neuen BewohnerInnen der Industriestrasse sich doch an gewissen Lärmemissionen stören. Um diesen Konflikt zu umgehen, wäre der Grundbucheintrag ein guter Anfang gewesen, der von Beginn an aufzeigen würde, dass die bestehenden Kulturinstitutionen geduldet werden müssen.

Die G/JG-Fraktion findet es fast ein wenig naiv, wie der Stadtrat hier argumentiert. Die Siegerin des Wettbewerbs sehe im allfälligen Lärm kein Problem, schreibt der Stadtrat. Die Allreal sieht das Problem vielleicht nicht, aber vielleicht zukünftige BewohnerInnen. Ausserdem sprechen die Postulanten ja in ihrem Vorstoss ja nicht nur von der Gassenküche, sondern auch von Kulturinstitutionen wie Bar 59 oder Uferlos.

Was ist das Fazit daraus? Wir müssen alles daran setzen, dass die Gebäude und Grundrisse optimal angeordnet werden. Weiter sollte bei der Baubewilligung ein seriöses Gutachten vorgenommen werden. Da ist die neue Wohnüberbauung in der Pflicht und nicht die bestehenden Gebäude. Ausserdem sollte man sich um ein Agreement mit den darin aufgezeigten finanziellen Beteiligungen bemühen, um einen Rechtsstreit zu verhindern.

Die G/JG-Fraktion hält an der Überweisung des Postulats fest.

Ernst Zimmermann: Auch die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die überzeugende Antwort. Die Zone, wo das Grundstück liegt, ist gemäss BZO klar definiert. Es ist eine Misch- und Arbeitszone und es gilt die Empfindlichkeitsstufe III. Die Stufe lässt mässig störende Betriebe zu. Die CVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die zulässigen Masse an Emissionen feststehen und geregelt sind.

Die Forderung des Postulats, die Duldungspflichten gegenüber den benachbarten Betrieben sollen grundbuchlich eingetragen werden, führt der CVP-Fraktion zu weit und ist absolut überzogen. Wo liegt da die Grenze, was alles erduldet werden muss? Stellen Sie sich vor, würden Sie als Investor eine derartige Forderung eingehen? Das glaubt der Sprechende nicht. Das Risiko kann man als Investor gar nicht tragen. Die Gefahr wäre sehr gross, dass bei grösseren Emissionen die Wohnungen leer bleiben würden, bzw. die Mieter nach kurzer Zeit ausziehen würden.

Die Vorgaben und Rahmenbedingungen in einem Wettbewerb stellen heute schon eine enorme Herausforderung für den Planer und Investor dar. Da sind viele Auflagen und gesetzliche Vorschriften zu erfüllen und jetzt will man auch noch Duldungspflichten aufbürden. Mit solchen Massnahmen wäre das Fuder klar überladen.

Wenn Sie dazu einen tieferen Einblick erhalten wollen, sprechen Sie einmal mit professionellen Investoren und Architekten und fragen Sie, wie Wettbewerbsbedingungen ablaufen. Diese können manche Geschichte erzählen.

Die CVP-Fraktion ist klar der Meinung, es gibt ein Bau- und Planungsgesetz, an das man sich halten muss. Darin sind die zu erfüllenden Parameter festgelegt. Zu erwähnen ist noch, dass die Dienstbarkeit gegenüber der Gassenchuchi besteht und auch erfüllt werden muss. Diese Sicherheit ist gegeben. Ein weiterer Punkt, der gegen die Überweisung des Postulats spricht, ist der Verstoss gegen das öffentliche Recht. Die CVP-Fraktion lehnt darum das Postulat ab.

Ivo Durrer: Der Stadtrat erklärt einerseits die rechtliche Situation schlüssig und umfassend andererseits stehen wir in der politischen Verantwortung, hier nicht eine Sonderduldungspflicht zu provozieren.

Wir müssen eine städtebau-politische Gesamtschau vornehmen und deren Ziele sind vorab:

- Nachhaltige Entwicklungsschwerpunkte schaffen
- Mischzonen fördern
- Die Stadt Luzern weiterentwickeln und attraktiven Wohn- und Arbeitsraum schaffen
- Verdichtung

Der Sprechende hegt den Verdacht, dass die Postulanten mit ihrem Vorstoss nicht die Gassenchuchi und die bestehenden Betriebe schützen, sondern das ganze Bauvorhaben verhindern wollen.

Die FDP-Fraktion möchte, dass die Stadt zukunftsorientiert weiterentwickelt und Wohn und Arbeitsraum geschaffen wird.

Das Gebiet zwischen Steghof und Industriestrasse wird zu einem neuen Stadtteil. Das ist eine grosse Chance zur weiteren Entwicklung unserer Stadt.

Die neuen Nutzenden, Bewohnerinnen und Bewohner dieser Räume werden mit den bisherigen Nutzerinnen und Nutzern zusammenleben müssen und es auch können. Schutz vor Lärm und Immissionen ist weit förderlicher als das Recht auf Lärm.

Das Postulat entspricht nicht den freisinnigen Werten und ist im Sinne des Stadtrats abzulehnen.

Baudirektor Kurt Bieder möchte einiges richtig stellen. Der Sprechende hat im Zusammenhang mit der Emmi-Angelegenheit nie triumphiert, dass man die Dienstbarkeit erwirken konnte und dass das eine „ganz tolle Sache“ sei. Worüber er sich gefreut hat, ist, dass man in dem Mediationsprozess einander so weit bringen konnte, dass man gegenseitig die Bedürfnisse einerseits der Emmi andererseits des Treibhauses anerkannt hat; und dass man mit dem Prozess die Voraussetzungen geschaffen hat, dass ein Nebeneinander ermöglicht wird. Man hat Positionen bezogen, innerhalb des Prozesses hat man die gegenseitigen Bedürfnisse verifiziert, akzeptiert, und die Grundlage geschaffen, dass man miteinander zusammenleben kann.

Die Dienstbarkeit, Marcel Budmiger, wenn man es ganz genau betrachtet, hat rechtlich nicht eine neue Wirkung. Die Lärmschutzvorschriften muss man einhalten. Das sind öffentlich rechtliche Bestimmungen, wie Ernst Zimmermann richtig gesagt hat. Das sind zwingende Bestimmungen zum Schutz der jeweils Betroffenen. Wir haben das seinerzeit in eine Dienstbarkeit gekleidet, um das gegenseitige Verständnis, damit man weiss, von was man redet, zu dokumentieren und hat es so ins Grundbuch eintragen lassen.

Darum, Stefanie Wyss, es ist nicht einfach naiv. Es sind einfach Rechtslagen, die man entsprechend einhalten und bei der Lösungsfindung berücksichtigen muss. Auch diese Dienstbarkeit hat nicht für sich eine neue Bedeutung. Es ist auch hier deklaratorisch, aber man hat es miteinander diskutiert, sensibilisiert und das noch vertieft dargestellt, was öffentlich rechtlich sowieso schon gilt. Das ist der Fakt.

Marcel Budmiger: Eine Verständnisfrage an Baudirektor Kurt Bieder: Dann haben wir jetzt die 250'000 Franken eventuell zusichern müssen, und man hofft immer noch, dass man sie nicht zahlen muss, damit Emmi, die das Projekt baut, öffentliches Recht einhält?

Baudirektor Kurt Bieder erklärt gerne: Wir haben jetzt 250'000 Franken gespart. Die Emmi hat ein zonenkonformes Projekt gemacht. Was Schwierigkeiten geboten hat, ist die Nutzung der städtischen Areale, Treibhaus und Butterzentrale. Die Emmi hat völlig korrekt gearbeitet. Sie haben einfach darauf hingewiesen, dass die Stadt aufpassen muss, wenn sie in ihrer nutzungskonformen Nutzung eingeschränkt sind und Emissionen von Treibhaus und Spielleute-pavillon entstehen, die nicht korrekt sind – dann hat die Stadt Handlungsbedarf. So ist die Rechtslage. Der Handlungsbedarf, das haben wir ausgerechnet, Luzia Vetterli, hätte die Stadt etwa 500'000 Franken gekostet. Die Emmi hat sich dann in dem Mediationsprozess bereit erklärt, obwohl die Störung von städtischen Liegenschaften ausgehen könnte, an das Ganze 250'000 Franken zu zahlen.

Luzia Vetterli versteht die Argumentation von Baudirektor Kurt Bieder nicht ganz, wenn er sagt, der Eintrag der Dienstbarkeit im Grundbuch habe nur deklaratorische Wirkung. Es wäre sowieso so, auch wenn man die Dienstbarkeit nicht im Grundbuch eintragen würde. Das stimmt ja nicht. Die Mitarbeitenden der Emmi bzw. die Leute, die dort wohnen, müssen etwas dulden, was sie nach öffentlichem Recht so nicht dulden müssten. Deswegen muss man entsprechend etwas zahlen, das ist logisch. Die Sprechende versteht den deklaratorischen Charakter nicht ganz. Nach Meinung der Sprechenden müsste man es ja sonst auch nicht machen.

Baudirektor Kurt Bieder erklärt das Luzia Vetterli gerne noch einmal bilateral, um die Debatte nicht unnötig zu verlängern. Das ist falsch. Das steht auch in der Dienstbarkeit. Im Rahmen der öffentlich rechtlichen Bestimmungen ist das zu dulden. Etwas, was schon vom öffentlichen Recht vorgeschrieben ist, wird jetzt noch untermauert, was eh schon gilt, in einer privatrechtlichen Vereinbarung.

Das Postulat 314 wird abgelehnt.

5. Bericht und Antrag 21/2012 vom 2. Mai 2012: Abschreibung von Motionen und Postulaten

Eintreten

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat den B+A behandelt und mit zwei Abweichungen genehmigt. **Position 1 und 9 will die GPK nicht abschreiben. Somit lautet der Beschlussvorschlag der GPK die Postulate gemäss I, Ziffern 2 bis 8 und 10 bis 12 werden abgeschrieben. Den Verlängerungen im Anhang 1 Ziffern 1 bis 5 hat die GPK zugestimmt.**

Detail

Zu I. Abzuschreibende Motionen und Postulate, Seite 3ff.

Katharina Hubacher: Die Wunschliste der G/JG-Fraktion ist etwas länger. **Sie beantragt das Postulat 27 auf Seite 3 nicht abzuschreiben**, weil sie der Meinung ist, die Stadtreparatur am Kasernenplatz ist eigentlich nicht erfüllt. Von dort her würde die G/JG-Fraktion die Forderung gern aufrecht erhalten.

Der Antrag wird mit 24 : 18 Stimmen abgelehnt.

Daniel Furrer: Beim nächsten Postulat 30, Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes, geht es um das Gleiche, was Katharina Hubacher vorher schon erwähnt hat. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass das Eingangstor von Luzern immer noch keine Augenweide ist. Eine eigentliche Entwicklung dieses Gebiets bzw. eine städtebauliche Planung hat noch nicht stattgefunden. **Darum wäre der Antrag das Postulat 30 auf Seite 4 nicht abzuschreiben.**

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Antrag der GPK,
Nichtabschreibung von I. 1 und 9:
Dem Antrag der GPK wird zugestimmt.

Zu II. Der Verlängerung der Erledigungsfrist wird zugestimmt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 21 vom 2. Mai 2012 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Postulate gemäss I., Ziffern 2–8 und 10–12, werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–8, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2, Ziffern 1–4, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

6. Bericht und Antrag 7/2012 vom 8. Februar 2012: Finanzinspektorat

Eintreten

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Dieser B+A 7/2012 Finanzinspektorat war ein etwas spezieller für die GPK. Dies, weil sie ihn zumindest mit ausgearbeitet hat. Es war bereits seit längerer Zeit das Anliegen der GPK, das Finanzinspektorat unabhängiger zu machen und somit eine verbesserte parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen. Dem entsprechend wurde auch eine Motion der GPK, die Alice Heijman als GPK-Präsidentin namens der GPK eingereicht hat, vom Parlament überwiesen. Der nun vorliegende B+A legt für die verbesserte parlamentarische Kontrolle den Grundstein. Gleichzeitig mit der Ausarbeitung des B+A wurde auch die Zusammenarbeit zwischen der GPK und dem Finanzinspektorat verbessert. Eine Delegation von drei GPK-Mitgliedern besucht den Finanzinspektor nun regelmässig etwa alle drei Monate.

Die für die GPK dringendste Frage im Zusammenhang mit dem B+A war diejenige nach der Zuordnung des Finanzinspektorats. Bis anhin war das Finanzinspektorat als eigene Dienstabteilung der Finanzdirektion zugeordnet. Neu soll es der Stadtkanzlei unterstellt sein. Dies hat die GPK gegen den Widerstand aus der Verwaltung so entschieden. Die Neuordnung soll eine grössere Unabhängigkeit zur Finanzdirektion gewährleisten und gleichzeitig die Nähe des Finanzinspektors zum Parlament markieren.

Das Finanzinspektorat ist neu keine eigene Dienstabteilung mehr, sondern wird durch Toni Göpfert administrativ und indirekt dem Stadtpräsidenten unterstellt.

Nach den Wahlen stellte sich aber insofern die Situation etwas neu und anders dar, da der Finanzdirektor nun gleichzeitig auch der Stadtpräsident ist. Die GPK hat daher der Stadtkanzlei und dem Finanzinspektor den Auftrag gegeben, bis in einem halben Jahr darzulegen, durch welche Massnahmen die Unabhängigkeit allenfalls noch betont werden kann.

Weitere Neuerungen im Zusammenhang mit dem B+A sind die, dass die Zusammenfassungen der Dienststellen-Revisionen neu auch den Präsidenten der zuständigen Kommissionen zugestellt werden. Diese sollen im Rahmen der Verwaltungsbesuche beachtet werden.

Weiter wird über den Finanzhaushalt eine ausdrückliche Bringschuld verankert. Auch diese erscheint der GPK sehr wichtig. Stellt der Finanzinspektor Beanstandungen von erheblicher Bedeutung fest – da muss man sich etwa vorstellen, dass ein leitender Beamter der Stadt irgendwelche Unterschlagungen gemacht hat o.ä. –, muss der Finanzinspektor neben der zuständigen Direktion und dem Stadtrat auch die zuständige Kommission informieren. Normalerweise wird dies die GPK sein.

Schliesslich verlangte die GPK noch, dass das Finanzinspektorat neben der traditionellen Revision, die sie bis anhin gemacht hat, auch vermehrt die Effektivität und Effizienz der Prozesse untersucht. Zusammenfassend ist die GPK der Ansicht, dass die parlamentarische Kontrolle durch diese Neuerung gestärkt werden kann. Die Sprechende möchte die Gelegenheit auch noch nützen und Beat Landis für die angenehme Zusammenarbeit danken. Er war gegenüber den Vorschlägen der GPK sehr offen und stellte ihr sämtliche verlangten Unterlagen zur Ver-

fügung. Zudem beantwortete er auch gerne ihre Fragen und hat immer eine offene Tür für kritische Geister aus der GPK.

Sonja Döbeli Stirnemann: Das ist wirklich ein B+A, der aus dem Gären der GPK herausgekommen ist. Für die anderen, die nicht in der Kommission sind, vielleicht eine etwas trockene Sache und man fragt sich, um was geht es dabei. Es geht darum, dass wir als 11er-Gremium der GPK rund 750 Mio. irgendwie überwachen sollen – das sieht das Gesetz vor – und dafür sind wir extrem darauf angewiesen, dass wir gut und professionell unterstützt werden und dass auch das Vertrauen des Finanzinspektorats und der GPK gegenseitig vorhanden ist. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr so ganz gut gepflegt worden. Es war nicht optimal. Man hatte auch ein paar Informationen nicht, was man erst nachträglich herausgefunden hat, und das hat das Verhältnis gestört.

Mit der Erarbeitung des B+A haben wir viele Sachen klären können. Wir haben das auch von unserer Seite machen können, dass wir eine fixe Delegation haben, dass wir das Gespräch viel enger suchen. Wir waren auch mit der Unterstellung unglücklich, dass der Angestellte seinen Chef kontrollieren muss. Das Problem haben wir jetzt leider wieder neu. Wir waren der Meinung, wir hätten es gelöst, aber durch die Rochade hat es sich neu gestellt. Trotzdem sind wir mit dem Bericht jetzt wirklich zufrieden. Wir hoffen, dass Verbesserungen eintreten, dass die Harmonie wieder kommt. Die FDP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und zustimmen.

Katharina Hubacher: Das Finanzinspektorat ist für uns Parlamentarier/innen eine wichtige Anlaufstelle. Wir haben gehört, das ist z.T. nicht mehr so ganz gut gelaufen. Es ist das Organ, das die Rechnungen und Abläufe in der Stadtverwaltung prüft, es ist die Stelle, die obschon sie in der Stadtverwaltung angesiedelt ist, mit einer Aussensicht kritische Fragen stellt.

Die Unabhängigkeit muss auch in der Struktur abgebildet sein, darum hat die GPK gefordert, dass diese Stelle der Stadtkanzlei angegliedert wird. Die zweite Forderung, die aus Sicht von Katharina Hubacher wichtig ist, war, dass neben der eigentlichen Rechnungsprüfung, auch die Prozesse der Verwaltung und der Projekte geprüft werden und dazu Rückmeldungen erfolgen sollen. Beide Anliegen werden mit diesem B+A aufgenommen. Das ist gut so.

Die Zusammenarbeit zwischen der GPK und dem Finanzinspektorat ist in der Zwischenzeit auch neu aufgegleist worden. Diese Zusammenarbeit muss gepflegt und neu gestaltet werden. Nur wenn auf dieser Ebene der Austausch gut funktioniert, können wir auch von der sorgfältigen Arbeit und vom Wissen des Finanzinspektorats profitieren.

Das Finanzinspektorat ist zwar jetzt strukturell neu eingegliedert, aber wie man gehört hat, mit der neuen Verteilung der Direktionen ist nicht ganz alles so herausgekommen, wie man gedacht hat. Das Finanzinspektorat ist jetzt wieder einem Finanzdirektor, der gleichzeitig auch Stadtpräsident ist, unterstellt. Die Sprechende denkt aber, dass durch die strukturelle Veränderung doch etwas passiert ist und von dort her ist man froh, dass man jetzt den B+A verabschieden kann, damit sich das in der neuen Legislatur einspielen kann.

Die G/JG-Fraktion wird dem B+A zustimmen.

Joseph Schärli: Bereits heute hätte die GPK grosse Möglichkeiten gehabt, mit dem Finanzinspektorat zusammenzuarbeiten, aber man war sich dessen zu wenig bewusst. Mit der neuen Regelung, mit den Änderungen ist es jetzt klar festgehalten, wer was zu tun hat und welche Möglichkeiten vorhanden sind. Die SVP-Fraktion hat ja bereits im Vorfeld des B+A in der GPK dazu Stellung nehmen und ihre Wünsche anbringen können, die auch im B+A entsprechend berücksichtigt worden sind. Auch die SVP-Fraktion hat gewünscht, dass die administrative Unterstellung an die Stadtkanzlei geht.

Katharina Hubacher hat schon erwähnt, welche Überlegungen man sich jetzt nach der Departementsverteilung gemacht hat. Man hofft, dass das gut kommt und die Abgrenzung klar ist. Die Aufträge an das Inspektorat sind auch klar festgehalten. Das Finanzinspektorat übernimmt auch zusätzliche Aufgaben, wie das im B+A dargelegt wird.

Der Sprechende hat in der damaligen Kommissionssitzung gesagt, eigentlich bräuchte es noch eine Person zusätzlich. Damals hat man gesagt, es reicht. Jetzt hat Joseph Schärli aber festgestellt, dass neustens eine Revisorenstelle in den Medien für das Finanzinspektorat ausgeschrieben ist. Ob dort jemand weggeht oder ob man das Finanzinspektorat personell verstärkt, ist ihm nicht bekannt. Das Anforderungsprofil für die Stellenbesetzung ist auf jeden Fall klar definiert. Man hat uns in der GPK auch gesagt, dass das Anforderungsprofil bei einer Neubesetzung des Chefs des Inspektorats zur Anwendung kommt, und dass die jetzige Situation, so wie es ist, eigentlich bleibt. Es kommt zu keinen grossen Veränderungen bezüglich Anforderungsprofil.

Wie gesagt wurde, haben wir alle Auskünfte auch wirklich erhalten, auch die entsprechenden Berichte, die das Finanzinspektorat bestellt hat. Positiv findet die SVP-Fraktion auch die Berichterstattung, die uns die Möglichkeit gibt, in der GPK darauf hinzuwirken, dass insbesondere, wenn gravierende Vorfälle auftreten, neu die GPK informiert werden muss. Die eingebrachten Vorschlägen von allen Fraktionen sind bei dem Ganzen mitberücksichtigt worden und darum kann auch die SVP-Fraktion zur Position 1 der Reglementsänderung, Position 2 Abschreibung der Motion 527 und Position 3 fakultatives Referendum zustimmen.

Thomas Gmür: Die CVP kann sich nicht wirklich am B+A Finanzinspektorat erwärmen. Dies nicht, weil der Inhalt ziemlich trocken wäre, sondern weil der B+A suggeriert, dass die bisherige Praxis zu Problemen geführt hätte, dass der Finanzinspektor allenfalls seine Arbeit nicht so gemacht hätte, wie er das hätte tun sollen. Jetzt gibt es eine neue Unterstellung unter die Stadtkanzlei und insofern dann auch wieder unter den Stadtpräsidenten.

Die CVP-Fraktion hat eigentlich bis jetzt immer die Praxis, wie sie gelebt wurde, und auch die administrative Nähe zur Finanzdirektion nicht wirklich als Schaden für den Finanzinspektor und seine Arbeit aufgefasst. Der Sprechende glaubt, wie es jetzt mit der Neuunterstellung sein wird, wird sich wahrscheinlich auch nichts gross daran ändern.

Die CVP-Fraktion wird dem B+A nolens volens zustimmen. Nicht sehr erfreut, aber man nimmt zur Kenntnis, dass scheinbar hier etwas gewollt wird, was nicht wirklich Probleme bereitet hätte.

Daniel Furrer: Sonja Döbeli Stirnemann hat es vorhin gut auf den Punkt gebracht, was der B+A soll und wieso es ihn gibt. Wir konnten die Entstehung auch in der GPK begleiten. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion sind alle wesentlichen Punkte aufgenommen worden. Sie wird eintreten und zustimmen, und man ist auch überzeugt bzw. zählt darauf, dass man die nötige Sensibilität mit der neuen Zusammensetzung des Stadtpräsidiums Finanzdirektion und der Unterstellung walten lässt. Dass die Unabhängigkeit des Finanzinspektorats gewährleistet werden kann.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion dankt für den vorliegenden B+A. Für sie ist es im Gegensatz zur CVP sehr wichtig, dass in der modernen Verwaltung eine unabhängige Stelle existiert, die mit einem neutralen Blick die Finanzen kontrolliert. Es ist wichtig, dass es ein Controlling gibt, das ausserhalb der Buchhaltung angesiedelt ist. Der Finanzinspektor muss den Fokus auf die Art und Weise der erledigten Arbeiten legen, ohne dabei eine politische Wertung vorzunehmen. Die Art und Weise umfasst die Frage, inwiefern die Aufgaben effizient wahrgenommen wurden und wie wirksam sie sind.

Mit der Einrichtung des Finanzinspektors, die in der Revision des Finanzhaushalts vorgeschlagen wird, wird dem Anliegen Rechnung getragen. Die administrative Zuordnung des Finanzinspektors an die Stadtkanzlei begrüsst die GLP-Fraktion. Sie befürwortet die Neuregelung des Finanzinspektorats und die Anpassung des Reglements über den Finanzhaushalt. Die GLP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und ihm auch geschlossen zustimmen.

Stadtpräsident Urs W. Studer: Es gibt eigentlich inhaltlich zum B+A nicht mehr viel zu sagen. Wir sind ihren Wünschen nachgekommen und Sie haben das auch so bestätigt. Wir haben das in enger Kooperation mit Mitgliedern aus der Ratsmitte, mit Geschäftsprüfungskommissionsmitgliedern so erarbeitet und ihre einstimmige oder grösstmehrheitliche Akzeptanz der Teilrevision im B+A bringt das zum Ausdruck.

Informationshalber an Joseph Schärli: Dieser hat die Frage in den Raum gestellt, ob das ausgeschriebene Revisorat eine Verstärkung sei? Wir arbeiten mit der GPK im Frühling jeweils die Budgetrichtlinien aus und einer der Punkte in den Budgetrichtlinien heisst: „*Der Stellenstopp gilt weiterhin.*“ Mit anderen Worten ist für den Sprechenden völlig klar, dass es bei der Ausschreibung nicht um eine Ausweitung der personellen Kapazitäten im Finanzinspektorat geht, sondern es muss Ersatz für jemand geschaffen werden, der entweder in Pension geht oder irgendwo anders eine berufliche Herausforderung gefunden hat.

Detail

Keine Wortmeldungen

Antrag, Seite 21

I. Der Reglementsänderung wird zugestimmt.

II. Der Abschreibung der Motionen 527 und 170 wird zugestimmt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 7 vom 8. Februar 2012 betreffend

Finanzinspektorat

- **Aufgaben und Organisation**
- **Änderung Reglement über den Finanzhaushalt,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1, Art. 28 Abs. 1 und Art. 66 Abs. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 87 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

VI. 1. Das Reglement über den Finanzhaushalt vom 15. Juni 2000 wird wie folgt geändert:

Art. 16 *Aufgaben des Finanzinspektorats*

¹Das Finanzinspektorat wird von einer in Finanzaufsichtsfragen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesenen Fachperson gemäss dem Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren geleitet. Es ist fachlich selbstständig und unabhängig und administrativ der Stadtkanzlei zugeordnet.

²Es erfüllt die Aufgaben der Rechnungskommission gemäss Gemeindegesetz: Es prüft den Finanzhaushalt, namentlich

a.–h. (bleiben unverändert)

i. mittels Evaluationen die Effektivität und Effizienz der Prozesse in den Dienstabteilungen.

^{3–5} (bleiben unverändert)

Art. 21 *Erläuterungsbericht*

¹Der Erläuterungsbericht nimmt Bezug auf die geprüfte Jahresrechnung und enthält Ausführungen über Durchführung und Ergebnis der Abschlussprüfung sowie eine Analyse des Rechnungsergebnisses.

² (bleibt unverändert)

Art. 22 *Bereichsberichte*

¹ (bleibt unverändert)

²Das Finanzinspektorat stellt den Mitgliedern der zuständigen Kommission des Grossen Stadtrates eine Kurzfassung der Bereichsberichte zu und gewährt ihnen auf ihr Begehren Einsicht in die Berichte und die Stellungnahmen gemäss Art. 25.

Art. 23 *Ergänzungsbericht zum Controlling*

¹bisheriger Text von Art. 23

²Das Finanzinspektorat stellt den Mitgliedern der zuständigen Kommission des Grossen Stadtrates eine Kurzfassung des Ergänzungsberichtes zum Controlling zu und gewährt ihnen auf ihr Begehren Einsicht in die Berichte und die Stellungnahmen gemäss Art. 25.

Art. 25 Beanstandungen

¹ (bleibt unverändert)

² Bei Beanstandungen von erheblicher Bedeutung informiert das Finanzinspektorat umgehend die zuständige Direktion, den Stadtrat und die zuständige Kommission des Grossen Stadtrates.

³ (bleibt unverändert)

2. Diese Änderung tritt am 1. September 2012 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

VII. Die Motionen 527, Alice Heijman namens der Geschäftsprüfungskommission, vom 30. Juni 2009: „Für die Neuordnung des Finanzinspektorats“, und 170, Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. März 2011: „Verbesserte parlamentarische Kontrolle: Verstärkung der Finanzkontrolle“, werden von der Geschäftskontrolle als erledigt abgeschrieben.

VIII. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**7. Interpellation 265, Melanie Setz und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Dezember 2011:
Pflegeplätze für Menschen mit psychosozialer Beeinträchtigung**

Melanie Setz: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Sie ist froh, dass er das Bedürfnis für solche Plätze anerkennt und man ist auf die angekündigten Informationen in der Sozialkommission sehr gespannt. Es ist der SP/JUSO-Fraktion wichtig, dass die Stadt Hand bietet, solche Projekte finanziell zu unterstützen bzw. auch voranzutreiben.

Damit ist die Interpellation 265 erledigt.

**11. Postulat 291, Christian Hochstrasser und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 6. Februar 2012:
Nachtleben Luzern: Parkhäuser auslasten, Wohnquartiere entlasten**

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Martin Merki: Eine Mehrheit der FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Mehrheit befürchtet Einschränkungen, damit könnte auch die Luzerner Bevölkerung betroffen sein, und sie glaubt nicht, dass es möglich ist, den Verkehr so unterirdisch zu versorgen.

Es wurde auch gesagt, Frauen ziehen es vor, lieber draussen zu parkieren als im 3.UG eines

Parkhauses. Eine kleine Minderheit unterstützt den Vorstoss zu Gunsten der Bevölkerung und dessen Ruhebedürfnis.

Christian Hochstrasser: Eigentlich ist die Idee des Vorstosses ja, dass man das Nachtleben der Stadt Luzern und die Wohnstadt Luzern nicht gegeneinander ausspielt, sondern nach Lösungen sucht. Die Strategie, dass man während des Tages und nachts vermehrt in den Parkhäusern parkiert, ist schon länger festgelegt und kommt in der Postulatsantwort entsprechend zum Ausdruck.

Wir haben Nutzungskonflikte vorwiegend in der Nacht aufgrund des Nachtlebens in der Stadt Luzern. Da braucht es kreative Ideen, anstatt gegenseitiger Beschuldigungen. Das Nachtleben bringt Luzern viel, auch volkswirtschaftlich. Trotzdem wollen die Anwohner/innen auch Ruhe. Ein Grossteil der Probleme entsteht auf dem Heimweg vom Lokal zum parkierten Auto, das häufig heutzutage in den Wohnquartieren steht. Das betrifft Verunreinigungen auf dem Weg vom Lokal bis zum Auto und so genannter Sekundärlärm wie Autotüren zuwerfen, also Lärm von Menschen.

Um das Problem mit den verschiedenen Parkhäusern zu lösen, müsste es Anreize und Lösungen geben und die Postulanten haben dazu ein paar vorgeschlagen. Diese soll man jetzt prüfen. Es ist eigentlich schade, wenn man diese jetzt schon als unmöglich oder ungeschickt beurteilt, bevor man das angeht. Wenn es der Sprechende richtig mitbekommen hat, wäre das das Fazit der FDP-Fraktion, dass man nicht an einer Lösung des Problems interessiert ist.

Wenn ein Nachtfahrverbot in den Quartieren oder teurerer Preis für das Parkieren in den Wohnquartieren eine Möglichkeit sind, soll sich die Stadt dazu etwas überlegen und uns Vorschläge unterbreiten, wenn eine Lösung sichtbar ist. Dass man natürlich andere Bedürfnisse berücksichtigen muss, wie z. B. Sicherheitsbedürfnisse für die Leute, die parkieren, ist für die Postulanten selbsterklärend. Selbstverständlich kann es für die einen oder anderen gewisse Einschränkungen geben, wenn man versucht Nutzungskonflikte zu lösen. Aber genau deswegen geht die G/JG-Fraktion das Thema an.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion ist wie der Stadtrat der Ansicht, dass man nicht hinter allen im vorliegenden Postulat geforderten – oder zumindest angedachten – Massnahmen stehen kann. Und doch, das Thema 24-Stunden-Gesellschaft ist ein sehr grosses Anliegen für die vor Ort lebende und somit auch schlafende Bevölkerung.

Der Sprechende hat vor mittlerweile 13 Jahren in einer Semesterarbeit zum Thema der 24-Stunden-Gesellschaft festgestellt, dass die Städte neue Instrumente bzw. auch Planungsinstrumente brauchen. Auch wenn es die Stadtkasse nicht gerne hören wird, auch die Stadt Luzern wird sich nicht vor einer aktiven „Be-Planung“ der 24-Stunden-Gesellschaft verschliessen können. Wenn sich der Sprechende richtig erinnert, hat letzthin selbst die SVP einen Vorstoss betreffend 24-Stunden-Gesellschaft und Vögelgärtli eingereicht.

In einer wachsenden Stadt wie Luzern wird der öffentliche Raum sehr stark genutzt und nachgefragt, daher ist die Abwägung von Einzel- und Gruppeninteressen gegenüber den so genannten „öffentlichen Interessen“ besonders wichtig. Ein durch Veranstaltungen, Aktionen

und Gastronomie genutzter öffentlicher Raum macht die Stadt lebendig – im Grundsatz sind wir alle froh darum.

Allerdings braucht es geeignete Steuerungsinstrumente, um die Ausgewogenheit zwischen kommerziellen Nutzungen, Ansprüchen einzelner Gruppen und der Benutzbarkeit im Sinne des Gemeinwesens zu gewährleisten.

Beispielsweise sind klare Regeln und konkrete Vereinbarungen für die Benutzung von öffentlichen Flächen, welche von Privaten intensiv genutzt werden – oder durch den Betrieb von privaten Veranstaltungen intensiv beansprucht werden – abzuschliessen. Insbesondere ist dabei das Management (d.h. die Möblierung, die Reinigung, der Betrieb, die Sicherheit usw.) zwischen der Stadt und den Besitzern und/oder Betreibern klar zu regeln.

Die Stadt ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die GLP-Fraktion ist froh, dass auch der Stadtrat erkennt, dass die Zeit überreif ist und konkrete Massnahmen gefordert sind. Sie betrachtet die Klärung der vorliegenden Forderungen jedoch nur als einen ersten Schritt zu weiteren Anstrengungen, Anreizen, Festlegungen und – falls wirklich gar nicht anders lösbar – Verboten.

Wie gesagt kann die GLP-Fraktion nicht vorbehaltlos hinter allen Massnahmen stehen, aber im Sinne einer ergebnisoffenen Klärung ist sie bereit, das Postulat zu unterstützen.

Für **UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst** ist es ein Anliegen. Die Sprechende ist etwas überrascht über den Ablehnungsantrag der FDP-Fraktion. Ein Postulat fordert den Stadtrat auf, etwas zu überprüfen. Es werden dem Parlament Vorschläge unterbreitet. Wir sagen in der Antwort, dass wir nicht sehen, dass man alle Vorschläge umsetzen kann, aber man will diese überprüfen. Gerade die FDP-Fraktion hätte sich vielleicht noch mit den Parkhausbetreiber/innen kurzschliessen können und dann müsste es eine einstimmige Zustimmung zu dem Postulat geben – Auftrag an den Stadtrat, das zu überprüfen und dann, was in der Zuständigkeit des Parlament liegt, diesem vorzulegen. Sonst empfiehlt die Sprechende Art. 84 Geschäftsreglement des Grossen Stadtrats.

Nina Laky ist immer etwas über den Zickzack-Kurs überrascht. Man fordert die totale Liberalisierung bzw. die Jungparteien fordern es. Dann moniert man mit Vorstösse die 24-Stunden-Gesellschaft beim Vögeligärtli, wie es Jules Gut schon erwähnt hat. Wenn aber konkrete Lösungen vorliegen, um die Lärmemissionen einzuschränken, will man sie eigentlich nicht annehmen.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Vorstoss der G/JG-Fraktion. Es sind ganz klar Lösungen aufgezeigt, die das Problem beheben könnten, sogar kostengünstig, und wenn es um die Sicherheit der Frauen in den Parkhäusern geht, muss man sich eben zu dem Thema vertiefter Gedanken machen. Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass auch der Stadtrat das Problem aufgenommen und erkannt hat.

Pius Suter: Das Postulat bringt durchaus ein diskutables Problem auf den Tisch. Es bringt auch prüfenswerte Vorschläge, die mit der Verkehrspolitik der Stadt Luzern kongruent sind. Die „Nebenwirkungen“ der Partys wurden im Rat schon oft diskutiert. Die CVP-Fraktion ist für die

Überweisung des Postulats, weil sie das geprüft haben möchte, was aber nicht heisst, dass sie dann auch automatisch mit der Sperrung von gewissen Strassen einverstanden ist.

Bei der Überprüfung ist dann aber auch zu berücksichtigen, dass sich, wenn Partygänger ihre Autos heute in Quartieren verteilt parkieren, natürlich eine viel eine geringere Konzentration derselben ergibt. Wenn man diese dann in ein Parkhaus kanalisiert, ergibt sich im Gegensatz eine grössere Konzentration. Probleme könnten verlagert werden, d.h. des einen Freud, des Anderen Leid.

Die Vor- und Nachteile möchte die CVP-Fraktion ganz genau geprüft haben. Ein Parkhaus hat natürlich den Vorteil, dass man die Partygänger besser lokalisieren kann. Das heisst, man könnte mit begleitenden Massnahmen den Problemen etwas entgegen wirken. Das ist alles in die Prüfung einzubeziehen. Dann sind der Nachfolger von Pius Suter bzw. die anderen Ratsmitglieder im Herbst wahrscheinlich gespannt, was dabei herauskommt.

Daniel Wettstein: Der Stellungnahme der UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst wegen dem Art. 84 kann er nicht ganz folgen. Die FDP-Fraktion hat effektiv zu diesem Postulat die Parkhäuser nicht angefragt.

Sie sieht das Spannungsfeld und darum bringt sie auch ab und zu etwas zur 24-Stunden-Gesellschaft. Was die FDP-Fraktion befürchtet – Pius Suter hat es vorhin gesagt –, ist das Salami-mässige. Der Sprechende glaubt, dass man in der Stadt mittelfristig eine Diskussion darüber führen wird, wie das aussehen soll. Die FDP-Fraktion möchte das aber ganzheitlich betrachten.

Man hat festgestellt, dass die Tendenz besteht, damit anzufangen, Gemeindestrassen in der Nacht zu sperren. Darum ist man etwas skeptisch und ein Teil der FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab. Es ist irgendwo ein Anlass und dann heisst es, wir machen die Strasse zu – ab 22 Uhr Fahrverbot.

An zwei Orten haben wir das aus anderen Gründen gemacht. Das hat die Wirkung, dass man vom Bahnhof nachts nicht mehr hinten durch fahren kann. Auch Taxis können nicht mehr durchfahren. Der Sprechenden hat von Leuten gehört, die angehalten werden. Logisch, wenn ein Verbot besteht, muss man das auch kontrollieren. Deshalb ist die Polizei dort. Dann heisst es, dass man jemand besucht hat und jetzt kann man das nicht mehr.

Das ist das, wovon ein Teil der FDP-Fraktion findet, dass das Postulat ihr nicht so ganz zusagt. Das heisst aber nicht, dass die FDP-Fraktion nicht das Spannungsfeld sieht, dass da entsteht. Der Sprechende findet, man muss das ganzheitlich diskutieren und wenn man am Schluss sagt, ja, in allen unsere Quartierstrassen – letztlich sind alle Quartierstrassen betroffen, vielleicht nur die oben am Berg nicht – ist ab 22 Uhr einfach fertig, da wird nicht mehr herumgefahren, ist die FDP-Fraktion nicht so sicher, ob das der richtige Weg ist. Deshalb hat sie das Postulat abgewiesen.

Marcel Lingg: Auch die SVP-Fraktion hat das Postulat sehr intensiv diskutiert. Es ist ihr gleich gegangen wie der FDP-Fraktion. Es hat auch zwei verschiedene Ansichten gegeben.

Wie schon Daniel Wettstein gesagt hat, wirklich harte geforderte Massnahmen wie Strassensperrungen oder Einbahnstrassen sind bei der SVP-Fraktion nicht so gut angekommen. Einige

Stimmen meinten, eigentlich sollte man das Postulat ablehnen. Aber auch die andere Sicht wurde diskutiert, wo die Meinung vorherrschte, wieso sollte man sich für irgendwelche Partybesucher wehren, die mit ihren Schlitten in die Stadt hineinfahren, dreimal um den Block herumfahren, um einen Parkplatz zu finden; und nachdem sie den Club besucht haben, mit grossem Lärm wieder ins Auto steigen, den Motor aufheulen lassen und losfahren. Was kann man dagegen machen? Ist es wirklich notwendig, dass die Besucher die Freiheit haben, direkt vor das Lokal zu fahren oder ist es nicht auch ihnen zumutbar, in ein Parkhaus zu gehen? In der Fraktion wird auch die Ansicht vertreten, dass man die Massnahmen prüfen sollte, wie man die Automobilisten dazu bewegen kann, die Parkhäuser zu benutzen. Aber vermutlich sind die von den Postulanten vorgeschlagenen Massnahmen doch etwas zu hart. Der Stadtrat hat in der Antwort geschrieben, dass er einem Teil der Forderungen kritisch gegenüber steht.

Summa summarum die SVP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich ablehnen. Es kann sein, dass der eine oder andere anders stimmt oder sich der Stimme enthält.

Jules Gut sieht das Problem nicht ganz, Daniel Wettstein, warum ein FDP-Wähler abends um 22 Uhr etwas dagegen hat, dass sich die Bevölkerung einer Zentrumsstadt dagegen wehrt, wenn irgendwelche Aargauer, Basler oder Nid- bzw. Obwaldner mit ihrem Schlitten in den Quartieren herumfahren. Dass ihr die Ruhe an der schönen Lage oben am See habt, ist dem Sprechenden klar. Auch wir unten am See möchten auch gerne die schöne ruhige Lage haben. Dass man da jetzt einfach Nein sagt, ist nicht ganz verständlich. Selbstverständlich darf die FDP-Fraktion dagegen sein und das Postulat ablehnen, aber man kann auch ergebnisoffen sein und einfach mal der Prüfung zustimmen. Man kann ja auch einmal über seinen Schatten springen, wie das ja offenbar auch einzelne von der SVP machen, und einsehen, dass es auch andere Bewohner/innen in der Stadt gibt, die gern in der Nacht schlafen würden.

Das Postulat 291 wird an den Stadtrat überwiesen.

8. Bericht und Antrag 16/2012 vom 4. April 2012: Baurechtsvertrag Stiftung Pilatus Akademie

Eintreten

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Der Baurechtsvertrag mit der Pilatus Akademie, B+A 16/2012, wurde ebenfalls an der Sitzung vom 21. Juni 2012 in der GPK behandelt. Die GPK stimmt dem Baurechtsvertrag der Stiftung Pilatus Akademie zu.

Auf dem Grundstück 3938, linkes Ufer Luzern, ehemaliges Turnerhaus Allmend, soll ein neues Gebäude für die so genannte Talent Academy Pilatus entstehen. Dieses soll Raum bieten für die Talent School der FREI'S Schulen Luzern sowie für die Unterbringung des talentierten Nachwuchses des FCL. Zu diesem Zweck wollte der Stadtrat den Projektverantwortlichen un-

entgeltlich das Baurecht im Wert von rund 60'000 Franken im Jahr verleihen. Die GPK sistierte jedoch das Geschäft und forderte den Stadtrat auf, wegen der momentan angespannten Finanzlage über eine Entschädigung zu verhandeln, sowie eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen. In der Leistungsvereinbarung sollte sichergestellt werden, dass beispielsweise Quartiervereine die Räumlichkeiten im zu erstellenden Gebäude zu günstigen Konditionen nutzen können. Ebenfalls sollte es im Gebäude eine öffentliche Cafeteria geben. Die Baudirektion nahm daraufhin Verhandlungen mit der Stiftung Pilatus Akademie auf. Die Leistungsvereinbarung ist im StB 491 wiedergegeben, der integrierter Bestandteil des vorliegenden B+A ist.

In dieser Leistungsvereinbarung hat sich die Stiftung bereit erklärt 1000 Franken pro Monat als pauschalen Kostendeckungsbeitrag zu zahlen. Zudem wurde vereinbart, dass das Gebäude Räume für die Allgemeinheit enthalten soll, die künftig beispielsweise Quartierveranstaltungen dienen können. Ferner entsteht ein kleiner Gastronomiebetrieb, der öffentlich zugänglich ist.

Die GPK war mehrheitlich mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen einverstanden. Sie verlangte jedoch in einer zusätzlichen Protokollbemerkung, dass in der Leistungsvereinbarung ergänzt wird, die Benützung der Räume müsse zu günstigen Konditionen erfolgen. Der Stadtrat war mit dieser Protokollbemerkung einverstanden und wird dies nun mit der Stiftung bereinigen. Eine kleine Minderheit der GPK war der Ansicht, dass der verhandelte Zins von 1000 Franken pro Monat nicht genügend hoch ist und lehnte die Einräumung des Baurechts daher ab.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion hat die Idee vom Baurecht für die Stiftung Pilatus Akademie eingehend diskutiert.

Zugegeben, man war am Anfang sehr skeptisch. Wieso soll die Stadt Luzern für den Zentralschweizerischen Spitzensport ein unentgeltliches Baurecht abgeben? Unentgeltlich, jetzt in der Zeit von knappen Finanzen und Sparpaket? Unentgeltlich – gut, in Nachverhandlungen konnte dann doch noch ein bescheidener Beitrag ausgehandelt werden.

In Anbetracht aller Fakten hat die FDP-Fraktion versucht, eine Auslegeordnung zu machen. Kosten für die Stadt: Ein Baurecht auf einem Grundstück, das in der öffentlichen Zone liegt, d.h. das Land könnte man gar nicht verkaufen, der eingesetzte Baurechtszins im B+A ist eher als fiktiv anzusehen.

Gewinn für die Stadt: Der Kanton und Private investieren. Das bedeutet Wertschöpfung für die Stadt und Arbeitsplätze. Weiter ergibt sich für die Stadt Reputation als Ausbildungs- und Sportstadt. Wir gewinnen auch im Zusammenhang mit dem Bau für die Leichtathleten eine einfache Gegentribüne. Die Allmend kommt zu einem Geräteraum, der offenbar noch gefehlt hat. Und das Quartier erhält einen Quartiertreffpunkt mit einer öffentlich zugänglichen Cafeteria.

Nach dem Abwägen von Kosten und Gewinn ist die FDP-Fraktion zum Schluss gekommen, dass sie auf den B+A eintreten und zustimmen wird.

Sport begeistert – lassen wir uns doch auch begeistern!

Joseph Schärli: Mit dem Projekt Pilatus Akademie wollen die Initianten talentierte Sportler/innen und musische Talente fördern. Das Projekt soll auf der Allmend-Parzelle neu 3939 realisiert werden. Das Grundstück ist Eigentum der Stadt und soll für das Projekt der Stiftung im Baurecht zur Verfügung gestellt werden. Für die vorgesehene Zweckbestimmung ist das der ideale Standort, weil sich dort mit den bestehenden Sport- und Freizeitanlagen gute Synergien entwickeln lassen. Das Grundstück im heutigen Zustand an dem Standort bedeutet für die Stadt keinen eigentlichen Wert, da eine andere Nutzung sehr schwierig ist.

Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb die Abgabe der Parzelle – es ist eigentlich ein Non-Valeur für die Stadt – im Baurecht für die Realisierung des Projekts. Dass das Projekt auch für die Quartierbewohner/innen und die Öffentlichkeit zugänglich sein soll, bedeutet ein zusätzlicher Pluspunkt. Auch der Kanton mit seinem namhaften Beitrag zeigt auf, dass das Projekt eine entsprechende Bedeutung hat, einen Stellenwert als Zentrums- und Zentralschweizer Projekt.

Die Initianten und die Investoren sind bereit, das erhebliche Risiko einzugehen. Dafür möchte die SVP-Fraktion ihre Anerkennung und ihren Dank aussprechen. Es wird damit ein Mehrwert für unsere Stadt und die ganze Zentralschweiz geschaffen.

Mit dem B+A und der nachträglichen Leistungsvereinbarung ist die SVP-Fraktion einverstanden. Sie dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden, die bei dem Geschäft involviert sind, für die erbrachte Leistung, und hofft auf ein gutes Resultat, das genau das bringt, was man realisieren will.

Namens der SVP-Fraktion beantragt der Sprechende Eintreten, Zustimmung zum Baurechtsvertrag und positive und zustimmende Kenntnisnahme vom StB 491 vom 30. 5. 2012.

Albert Schwarzenbach: Die Allmend hat ihr Gesicht in den letzten Jahren völlig verändert. Mit der swisspor-Arena, den Hochhäusern, dem Sportgebäude mit Hallenbad, der Schiessanlage, den neuen Messehallen und der Zentralbahn hat die Stadt nach dem KKL einen zweiten städtebaulichen Akzent gesetzt, auf den wir stolz sein können.

Jetzt folgt noch ein Nachtrag, ein Sportcampus für Nachwuchssportler, insbesondere für junge Spieler des FCL. Die Stiftung Pilatus Akademie will den Neubau erstellen, darin soll die FREI'S Talent School untergebracht werden und es entstehen auch Wohnräume im Sinn eines Internats. Auch die Leichtathletik, wie zum Beispiel das internationale Meeting, kann davon profitieren.

Die Stiftung geht ins Risiko, denn der Boden ist belastet und muss saniert werden, weil das der Zielhang des früheren Schiessstandes ist. Das führt dazu, dass der Aufwand höher sein wird, als ursprünglich budgetiert.

Die CVP-Fraktion steht dem Vorhaben positiv gegenüber. Allerdings hat sie, mit anderen zusammen in der Kommission verlangt, dass die Leistungen der Stadt auch anerkannt und honoriert werden müssen. Zwar konnte man bei den Nachverhandlungen mit dem Partner keinen Baurechtszins vereinbaren aber immerhin einen pauschalen Kostendeckungsbetrag von monatlich 1000 Franken. Allzu viel ist das allerdings nicht, wenn man den zugebenermassen hypothetischen Baurechtszins von rund 60'000 Franken daneben legt.

Es ist auch nicht so viel, wenn man bedenkt, dass potente Partner hinter dem Projekt stehen

und die Stadt finanziell schon sehr viel zu den Sportanlagen auf der Allmend beigetragen hat. Ohne die öffentliche Hand wäre das ganze Allmend-Grossprojekt nicht möglich gewesen und wir würden heute auch nicht über die Pilatus-Akademie miteinander diskutieren. Dies sollen die Leute von der Stiftung auch so sehen, sie sollen es begreifen und die Stadt sollte ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Die CVP-Fraktion hat als zweites auch darauf geschaut und sich eingesetzt, dass die Quartierbevölkerung bei dem Projekt einbezogen wird. Dies geschieht jetzt mit einer öffentlichen Cafeteria und der Bereitschaft, den geplanten Mehrzwecksaal für Quartieranlässe zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.

„Zu günstigen Konditionen“ ist die Protokollnotiz, die in der Kommission verabschiedet wurde und hinter dieser steht die CVP-Fraktion natürlich. Die Protokollbemerkung hat ja auch noch eine gewisse Wirkung, weil das Betriebskonzept im Moment noch nicht besteht und man darauf noch Einfluss nehmen kann.

Die CVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr auch zustimmen.

Katharina Hubacher: Schon wieder ein Bau auf der Allmend. Das so genannte Turnerhaus musste vor einigen Jahren abgerissen werden, weil es aus baulichen Gründen gefährlich wurde, sich dort aufzuhalten. In der Zwischenzeit sind grosse Bauten auf der Allmend entstanden. Der Platz des Turnerhauses blieb frei. Nun kommt eine private Gesellschaft, die Stiftung Pilatus Akademie, die auf diesem Baugrund ein Ausbildungshaus für die Förderung von sportlichen und auch ein Stück weit von musischen Talenten erstellen will.

Entstehen sollen Schulräume, Büroräume der Schule, ein Internat für einen Teil der Schüler/innen, sowie Wohnungen für die Betreuungspersonen und eine öffentlich zugängliche Cafeteria.

Dazu stellt sich für die G/JG-Fraktion die Frage: Ist es sinnvoll, in diesem Teil der Allmend nochmals einen grossen Bau aufzustellen? Im B+A haben wir dazu keine Aussagen. Es wurde in der Kommission versichert, dass die meisten Schüler/innen, die diese Schule besuchen werden, heute schon vor Ort trainieren, somit wäre es keine grosse Mehrbelastung.

Die Forderungen, die der Stadtrat an den Bau und an das Vorhaben gestellt hat, die städtebaulich gute Lösung, die mit einem Studienauftrag ermittelt wurde, die Entsorgung der Altlasten und deren Finanzierung durch den Baurechtsnehmer, werden von der G/JG-Fraktion unterstützt. Die Emissionen der umliegenden Anlagen müssen geduldet werden. Der Lagerraum, der für Leichtathleten erstellt werden muss, ebenso wie der Aussenraum als Gegentribüne für das Leichtathletikstadion, werden als folgerichtige Sache begrüsst. Es wurde auch gefordert, dass die Cafeteria als Begegnungsraum für die Quartierbevölkerung zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden muss. Die Protokollbemerkung wird von der GPK so eingebracht.

Die zusätzliche Leistungsvereinbarung von 1000 Franken pro Monat, die der Stadtrat nach der ersten Lesung in der GPK noch ausgehandelt hat, bedeutet eine kleine Verbesserung des ursprünglichen B+A. Der vereinbarte Betrag entspricht in seiner Bescheidenheit aber nicht einem wirklichen Baurechtzins.

Die G/JG-Fraktion ist sich auch nicht so sicher, inwiefern diese Schule für die Stadt Luzern

wirklich einen wichtigen Standortvorteil bringt. Auch die Fragen zum Nutzungsdruck auf der Allmend bleiben bestehen, inklusive des zusätzlichen Verkehrsaufkommens auf dem Zihlmattweg, wo man sich auch nicht sicher ist, ob dieser einfach so negiert werden kann. Im B+A konnte man zu diesen Punkten nichts lesen.

Man merkt, die G/JG-Fraktion ist nicht wirklich von diesem B+A begeistert. Einige Mitglieder werden ihm zustimmen, andere sich eher enthalten, weil es keine wirklich überzeugende Geschichte ist. Von dort her ist man dem Ergebnis gegenüber offen.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion dankt für den B+A. Sie konnte der Diskussion und dem Werdegang mit den Nachverhandlungen folgen und ist mit dem Resultat zufrieden.

Auch die GLP-Fraktion sieht ein, dass bei Profit-Organisationen nicht nur geschenkt werden soll. Sie sieht aber auch die Vorteile dieses Projektes für die Stadt, und unterstützt es.

Die Vorteile sind schon mehrmals erwähnt worden:

- Vor allem findet die GLP-Fraktion gut, dass die Stadt kein Risiko mehr eingeht, von wegen der Altlasten (alter Schiessstand)
- Die Sportnutzung gehört zur Allmend, weil man das Grundstück nicht anders nutzen kann
- Wo früher eine Tribüne war, kommt wieder eine Tribüne für Leichtathletik-Anlässe
- Die Projektidee sowie Wohn- und Schulräume für Sporttalente und FCL-Nachwuchshoffnungen sind für eine Sportstadt sympathisch und passen in dieses Wohn- und Sportgebiet.
- Mit einer Cafeteria gewinnt dieses Quartiers an Attraktivität für alle Luzern/innen

Das Resultat der Nachverhandlungen mit einem Beitrag von der Stadt, finden wir angebracht. Die GLP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung.

Andreas Wüest: Die Vorteile des Baus sind jetzt einigermaßen deutlich herausgestrichen worden. In der SP/JUSO-Fraktion trägt eine Minderheit das mit.

Der Sprechende möchte aber die Mehrheit der Fraktion zu Wort kommen lassen, die der Auffassung ist, dass man dem B+A so nicht zustimmen kann resp. der Abgabe des Landes im Bau-recht. Und zwar gibt es dazu mehrere Gründe:

Musik- und Sportförderung geniesst bei der SP/JUSO-Fraktion wirklich einen hohen Stellenwert. Sie setzt sich immer wieder z. B. für Musikschulen und für eine gute Sportinfrastruktur ein. Man weiss, es besteht in der Stadt Luzern ein Mangel an Turnhallen, was man vielleicht auch einmal in Angriff nehmen sollte. In solchen Zeiten, wo man wirklich Mittel bewusst verknappt – vor allem auch seitens der bürgerlichen Parteien wie der SVP, der auch Walter Stierli angehört –, wo man die Preise in den Musikschulen erhöht, wo man Stunden streicht, sei es beim Schwimmen oder auch im Schulsport; in einer solchen Zeit kann die SP/JUSO-Fraktion einem solchen Projekt einfach nicht mehr zustimmen. Das kommt auch in einer Art dem PPP entgegen, vielleicht mit unserem Beitrag, der etwas geringer ist. Wobei der Kanton soll ja da auch noch finanziell eingebunden werden. So eine Art PPP, wie wir es auf der Allmend schon erlebt haben, wo man gesehen hat, dass plötzlich wieder 100'000 Franken Nebenkosten für

das Hallenbad entstanden sind, die die Stadt tragen muss, und wo das Geld für andere Sachen fehlt.

Darum, die SP/JUSO-Fraktion sagt weiterhin zum Breitensport Ja, aber zu subventioniertem Spitzensport in diesem Fall, wenn man nicht in die Breite investieren kann, muss sie Nein sagen.

Dazu kommt noch ein weiterer Aspekt: Auf der Allmend – Katharina Hubacher hat es auch erwähnt – haben wir jetzt sehr viel gebaut, wir haben auch mit den Hochhäusern verdichtet. Die SP/JUSO-Fraktion denkt, eigentlich ist es wichtig, dass man jetzt einmal sagt, bei dem Bebauungsstand sollte man es belassen. Ansonsten riskieren wir möglicherweise, dass weitere Begehrlichkeiten kommen und dass der Raum noch einmal zusätzlich verdichtet werden muss. Da erstaunt es die S/JUSO-Fraktion auch ein Stück weit, warum man vonseiten der Projekt-Initianten eigentlich nicht schon etwas vorausschauender hätte handeln können und in den Wohnhochhäusern die Räume für die Schule hätte einrichten können. Sie haben wirklich eine sehr grosszügige Mantelnutzung für das Stadion bekommen. Da wäre etwas zu machen gewesen.

Noch zu guter Letzt, die SP/JUSO-Fraktion ist etwas skeptisch, was das Verkehrsaufkommen betrifft. Grundsätzlich weiss man noch nicht, wie sich das mit der Migros, dem Migros-Fitnesscenter, dem Hallenbad entwickelt. Die SP/JUSO-Fraktion hat immer wieder gefordert, das ganze Verkehrsaufkommen muss überprüft und überwacht werden. Jetzt kommt man mit einem neuen Gebäude dort hinten. Zugegebenermassen wird das vermutlich nicht ein Riesen-Verkehrsaufkommen provozieren, aber ob man die gesetzten Ziele auf der Allmend noch erreichen kann, wird erst die Zukunft zeigen.

Über die 1000 Franken, die wir da monatlich bekommen, will die SP/JUSO-Fraktion nicht gross debattieren. Aus ihrer Sicht könnte man das eigentlich ganz sein lassen. Das Entgegenkommen ist wirklich nicht besonders gross, wenn man bedenkt, was Albert Schwarzenbach in Bezug auf die potenten Geldgeber gesagt hat, die da im Hintergrund stecken.

Fazit: Die genannten Punkte führen bei der SP/JUSO-Fraktion bei einer Mehrheit zu einer ablehnenden Haltung. Eine Minderheit tritt jedoch auf den B+A ein und wird ihm auch zustimmen. Die positiven Punkte mit der Tribüne und der Quartiereinbindung sind schon erwähnt worden.

Baudirektor Kurt Bieder dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme des B+A. Es hat da und dort selbstverständlich eine gewisse Skepsis mitgeschwungen. Es ist jetzt Sache der Initianten, der Baurechtsnehmerin die Skepsis durch den Tatbeweis zu zerstreuen. Der Sprechende ist zuversichtlich, dass das gelingen wird. Der Stadtrat glaubt an die Idee.

Es ist in der Tat so – Non-Valeur ist etwas hart formuliert –, das Land ist so eingezont, Sport- und Freizeitzone, da kann man wirklich nichts Kommerzielles machen. So ist die Ausgangssituation. Und wenn man dann für das so viel erhält, auf Risiko derjenigen, die das dann realisieren, ist das auch für die Stadt eine gute Situation, findet der Sprechende. Es ist natürlich eine unternehmerische Leistung, dass dort auf eigenes Risiko zu realisieren. Es kostet mindestens 8 Mio. – das Wettbewerbsergebnis muss jetzt noch kostenoptimiert werden, weil man

etwas darüber liegt. Da braucht es schon noch Leute, die sich entsprechend anstrengen müssen.

Das Raumplanerische konnten wir in der Kommission miteinander diskutieren. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass man den Kompromiss auf der Allmend gefunden hat. Dreiviertel vom Zihlmattweg südlich gegen Horw und von der Horwer Strasse westlich bleiben frei und in dem Viertel, wo die Pilatus Akademie entsteht, wird verdichtet. Das ist ein weiterer Beitrag an die Verdichtung. Wir haben das Gefühl, dass wir raumplanerisch stabil geblieben sind, und das Ganze so zu verantworten ist.

Das Verkehrsaufkommen muss man nach Meinung des Baudirektors nicht dramatisieren. Es sind vor allem junge Leute, die dort auch in der Nähe ihre Trainingsanlagen haben. Das ist an und für sich geschickt, dass man dort wo man wohnt, trainiert und arbeitet – das sind ja Talente, die sehr viel trainieren – dass das ganz nah beieinander liegt. Deshalb sind die Mobilitätsbedürfnisse in diesem Fall sehr tief.

Alles in allem findet der Stadtrat das eine gute Sache. Es ist ein PPP-Projekt, das die Stadt eigentlich nichts kostet und man doch gewisse Leistungen bekommt. Von dort her ist der Sprechende froh, wenn das Parlament das so mittragen kann.

Detail

Zur Leistungsvereinbarung StB 491

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Zu Seite 2 (2.3) der Leistungsvereinbarung beantragt die GPK eine Protokollbemerkung. Bei 2.3 lautet der zweite Satz: *„Das Gebäude soll Räume für die Allgemeinheit beinhalten, sodass künftig beispielsweise Quartierveranstaltungen dort stattfinden können.“*

Die GPK beantragt eine Ergänzung des Satzes wie folgt: *„Das Gebäude soll Räume für die Allgemeinheit beinhalten, sodass künftig beispielsweise Quartierveranstaltungen zu günstigen Konditionen dort stattfinden können.“*

Die Protokollbemerkung der GPK wird überwiesen.

Zum Antrag, Seite 19

Dem Baurechtsvertrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 16 vom 4. April 2012 betreffend

Baurechtsvertrag Pilatus Akademie

Ehemaliges Turnerhaus Allmend,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 58 Abs. 3 Ziff. 3 und Art. 69 lit. b Ziff. 12 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Dem Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Luzern und der Stiftung Pilatus Akademie betreffend das Baurechtsgrundstück 3939, Grundbuch Luzern, linkes Ufer, wird zugestimmt.

Dringliches Postulat 343, Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 25. Juni 2012: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich - Zusammenarbeit mit der Kirche“

Dringliche Motion 340, Theres Vinatzer, Dominik Durrer, René Meier und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 15. Juni 2012: „Ausbau der Betreuungsplätze im Schulbereich“

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Das dringliche Postulat und die dringliche Motion werden wie eingangs beschlossen zusammen behandelt. **Der Stadtrat lehnt das Postulat ab und nimmt die Motion teilweise entgegen. Damit ist Diskussion gegeben.**

Theres Vinatzer dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme zur Motion. Man ist aber enttäuscht, dass diese nur teilweise entgegengenommen werden soll. Vor allem ist man enttäuscht, weil der Stadtrat sich nicht für die geforderten kurzfristigen Massnahmen einsetzen will. So lässt dieser viele Eltern, die ohne Betreuungsplatz wirklich in Not sind, im Regen stehen.

Die Aussagen in der stadträtlichen Antwort zur Interpellation Nr. 335 sind alarmierend! Auf das Schuljahr 2012/2013 fehlen insgesamt 230 Betreuungsplätze (30 Frühmorgenplätze, 110 Mittagstischplätze und 90 Nachmittagsselemente) oder, um dem Stadtpräsidenten Urs W. Studer Rechnung zu tragen, Betreuungsmodule! Davon betroffen sind 180 Familien. Für 110 Familien kann gar kein Angebot zur Verfügung gestellt werden. 70 Familien erhalten lediglich ein Teilangebot.

Ein Ausbau auf das kommende Schuljahr ist nicht geplant, obwohl die Stadt dazu verpflichtet wäre, auf den 1. Januar 2013 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Begründet wird dies mit der aktuellen prekären Finanzlage der Stadt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist einer der Leitsätze der städtischen Familien- und Jugendpolitik. Die Einführung der Betreuungsgutscheine hatte klar zum Ziel den Betreuungsanteil in der Stadt Luzern zu erhöhen und Familien ein Nebeneinander von Familienarbeit und externer Arbeit zu ermöglichen – und dies ist auch gelungen.

Im Vorschulbereich konnte die Kinderbetreuung, dank grossen Anstrengungen und mit dem Instrument der Betreuungsgutscheine in den letzten Jahren von 19% auf 27% erhöht wer-

den. Damit liegt man zwar immer noch unter den Werten der Vergleichsstädte, kommt aber immerhin in deren Nähe. Im Schulbereich liegt man aktuell bei einem mageren Betreuungsanteil von 19%. Wenn man nun im Schulbereich mit der Kinderbetreuung nicht nachzieht, macht man die erreichten Erfolge der Kinderbetreuung im Vorschulalter zunichte.

Fehlende Betreuungsplätze stellen Eltern vor unglaubliche Probleme, vor allem solche, die bisher einen Betreuungsplatz gehabt hatten und Alleinerziehende.

Wohin sollen berufstätige Eltern ihre Kinder geben, wenn kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht und Verwandte nicht vor Ort sind, welche die Betreuung übernehmen könnten? Verschiedene verzweifelte Eltern haben sich mit einem Hilferuf an die Motionäre gewendet. Gestern wurde zudem bekannt, dass Eltern Unterschriften für eine Volksmotion sammeln, welche genau das Anliegen thematisiert.

Aber nicht nur den betroffenen Eltern sondern auch der Stadt erwachsen nicht zu unterschätzende Nachteile:

- Nebst dem knappen günstigen Wohnraum führen fehlende Betreuungsplätze zu einem weiteren Attraktivitätsverlust für Familien.
- Die angestrebte und notwendige Verjüngung der Stadtbevölkerung wird so erschwert
- Standortnachteil für die Ansiedlung von Firmen
- Der mittel- bis langfristige finanzielle Nutzen durch den Verbleib der Eltern im Arbeitsprozess fällt weg.
- Die Pro-Kopf-Beiträge, die vom Kanton zur Verfügung gestellt werden, können bei fehlendem Angebot nicht bezogen werden.

Für die SP/JUSO-Fraktion steht fest, dass gehandelt werden muss und auf das kommende Schuljahr zusätzliche Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist es unverständlich, weshalb der entsprechende B+A, der einen koordinierten, gezielten Ausbau ermöglicht hätte, immer wieder zurückgestellt worden ist, und man deshalb nun gezwungen ist, kurz vor den Sommerferien nach Notlösungen zu suchen.

Mit dieser Motion wird der Stadtrat aufgefordert, den Ausbau sofort bedarfsgerecht in Angriff zu nehmen:

Auf den Start des Schuljahrs 2012/2013 sollen mit kurzfristigen, flexiblen Massnahmen für alle Kinder und Eltern verträgliche Lösungen gesucht werden.

Kurzfristig – und nur als Überbrückung gedacht – sollen dazu alle zur Verfügung stehenden Ressourcen genutzt werden. Dabei ist auch Kreativität gefragt.

Im Wesemlin sind die Eltern bereits selbst aktiv geworden und haben ein privates Angebot auf die Beine gestellt. Auch die Fachstelle Kinder Jugend Familie hat auf Anfrage ihre Unterstützung signalisiert. Eine andere Möglichkeit wäre z.B. eine „Kinderbetreuungsborse“, die von der Schule initiiert und koordiniert werden müsste. Die Idee wäre, dass sich Eltern, die einen Betreuungsplatz suchen, treffen und sich allenfalls gegenseitig aushelfen könnten.

Eine weitere Möglichkeit könnte die intensivierte Zusammenarbeit mit der katholischen und reformierten Kirche sein, wie sie die G/JG-Fraktion in ihrem Postulat 343 fordert. Die SP/JUSO-Fraktion wird daher auch dieses Postulat unterstützen.

Solche Massnahmen können jedoch nur als Not- und Übergangslösungen angesehen werden.

Mittelfristig soll die Schule die Umsetzung der additiven Tagesschule zügig an die Hand nehmen.

Es wird daher auch gefordert, dass im B+A zur Kinderbetreuung im Herbst bedarfsgerechte Lösungen vorgeschlagen werden müssen. Das bedeutet, dass für alle Kinder und Eltern, die ihren Bedarf anmelden, die Betreuung gesichert ist.

Edith Lanfranconi-Laube: Wie Theres Vinatzer gesagt hat, der gesellschaftliche Wandel und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eigentlich der Hintergrund der Betreuungsangebote, die man haben sollte und die gefordert werden. Die Rahmenbedingungen sind erkannt und der Kanton macht Vorgaben, die man spätestens ab Januar 2013 erfüllen sollte. Wie die Fakten in der Stadt sind, wissen wir jetzt aus den diversen Vorstössen. Wie die genauen Zahlen berechnet werden, steht nicht im Vordergrund. Für jede Familie, die keine Lösung findet, ist es nicht gut, wenn man nichts anderes hat. Es gibt immer Leute, die sich mit Nachbarn oder Verwandten behelfen können, andere haben diese Möglichkeit nicht.

Wir wissen, der B+A, wo man aufzeigen will, wie das mit den Betreuungsplätzen geht, ist geplant. Er kommt aber leider erst spät. Wir wissen auch, dass die Finanzen nicht viel zulassen.

Aber jetzt geht es darum, Lösungen zu suchen und zu finden, und zwar ganz schnell. Und für einmal scheint das auch wirklich möglich zu sein. Die Leute, die die Betreuungsplätze suchen, sind sehr motiviert. Sie haben Ideen, machen Angebote. Es ist eine Flexibilität da, man macht Vorschläge aus der Bevölkerung, u. a. die mögliche Zusammenarbeit mit der Kirche, wozu das Postulat eingereicht wurde. Die G/JG-Fraktion hätte das in Zusammenarbeit mit der SP/JUSO-Fraktion gemacht. Die Zeit hatte aber nicht mehr gereicht, um das Postulat dringlich einzureichen. Es ist klar, dass wir miteinander an einem Strick ziehen.

Das gäbe die Gelegenheit, um gute Lösungen zu finden. Man muss die Leute zusammenbringen. Das könnte die Stadt machen und das kostet nicht wer weiss wie viel Geld. Es geht nicht darum Leute, frisch anzustellen. In der stadträtlichen Antwort heisst es, die Räume sind nicht das Problem, sondern das Personal und die Finanzen. Finanzen braucht man für das Personal und den Betrieb. Es sind eine Menge Möglichkeiten – im Sinne einer Börse o.ä. – vorhanden. Man müsste aber zusammenkommen und miteinander überlegen, was ist jetzt möglich. Die Sprechende ist ganz sicher, es gäbe sehr viel mehr Lösungen als jetzt auf dem Tisch sind.

Es wäre noch wichtig zu wissen, was mit den Pro-Kopf-Beiträgen ist. Wie man von Theres Vinatzer gehört hat, können diese nicht bezogen werden, wenn keine Angebote vorhanden sind. Aber in der Antwort auf die Interpellation hiess es, die Pro-Kopf-Beiträge werden vollumfänglich vom Kanton geleistet. Und wenn man diese hat, könnte man sie doch zumindest nutzen, um Lösungen zu finden. Falls die Sprechende das falsch verstanden hat, wäre sie froh um eine Klärung.

So oder so, die G/JG-Fraktion ist überzeugt, dass es Lösungen gibt, die man jetzt angehen könnte. Es ist schön, wenn der Stadtrat das begrüsst, dass man Überbrückungsangebote macht. Aber die G/JG-Fraktion erwartet etwas mehr als nur das zu begrüssen, es braucht Unterstützung. Das muss nicht heissen, dass der Stadtrat das von A bis Z übernehmen muss und schnell eine Finanzierung auf die Beine stellen soll. Es ist klar, dass das nicht geht. Aber zu-

sammenkommen und miteinander Lösungen suchen wäre möglich. Darum wird die G/JG-Fraktion am Postulat festhalten.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion ist mit dem Stadtrat einverstanden, dass die finanziellen Mittel beschränkt sind. Und doch analog zum vorhergehenden Votum der G/JG-Fraktion muss das Finanzielle ja nicht immer das einzige Kriterium sein, um etwas zurückzuweisen. Die Herleitung zum Postulat überzeugt die GLP-Fraktion. Nur ist sie bezüglich der Schlussforderung nicht der gleichen Meinung wie der Stadtrat. Die Türen sollten offen bleiben, und eine gemeinsame Diskussion eröffnet doch manchmal Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Die Motion 340 hingegen verlangt sehr allgemein Massnahmen für alle Kinder und bedarfsgerechte Lösungen bis zum September 2012. Diese Forderungen können nie erfüllt werden. Die GLP-Fraktion ist entschieden gegen staatlich organisierte 100%-Rundumversorgung. Was heisst denn bedarfsgerecht, was heisst denn für alle Kinder? Es ist klar, das Angebot schafft Nachfrage und wird somit immer hinterherhinken. Wo ist die Grenze? Die Frage betreffend Synergien mit der Kirche ist aber interessant und sicher prüfenswert. Das Fazit der GLP-Fraktion ist, das Problem ist erkannt. Man arbeitet auch in der Stadtverwaltung daran. Der Stadtrat ist beim Erarbeiten von Lösungen. Die GLP-Fraktion unterstützt somit im Gegensatz zum Stadtrat das Postulat 343 und ist für die teilweise Entgegennahme der Motion 340.

Andrea Mathis-Imhof: Die Antworten auf die dringliche Motion und das dringliche Postulat sind für die CVP-Fraktion einleuchtend, wenn auch nicht nur befriedigend. Die CVP-Fraktion sieht, dass die Stadt aufgrund fehlender finanzieller Mittel momentan keine kurzfristigen Massnahmen ergreifen kann. Denn diese müssten weitergeführt werden und der finanzielle Handlungsspielraum der nächsten Jahre ist ja vom Grossen Stadtrat erst noch zu definieren. Allerdings hat sich die Stadt mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit stark gemacht.

Mit dem Eintritt in den Kindergarten und die Schule erfährt diese Betreuung für viele Familien plötzlich einen Knick. Dies führt bei den Eltern zu Problemen bei der Organisation der Kinderbetreuung. Die CVP-Fraktion denkt, dass wenn genauer geplant worden wäre, der erhöhte Bedarf von Betreuungsplätzen im Schulalter früher hätte erkannt werden sollen, evt. mittels einer Bedarfserhebung im Verlauf des letzten Herbst. Eltern, welche ihre Kinder in einer Kita betreuen liessen, möchten ein gleichwertiges Angebot beim Schuleintritt.

Die meisten, die heute hier im Ratssaal sitzen, können am Morgen ihre Wohnung verlassen, ohne sich darum kümmern zu müssen, wer wo ihre Kinder betreut. Als junge Mutter weiss ich wie wichtig es ist, seine Kinder gut betreut zu wissen. Fehlt eine gute Betreuung, geht man seiner Arbeit nur halbherzig nach.

Die CVP-Fraktion bittet den Stadtrat, den Ausbau mit dem B+A im September voranzutreiben, wie er das verspricht, und mit den vorhandenen knappen finanziellen Mitteln den Ausbau der bestehenden Angebote vorzunehmen. Gespannt erwartet man den B+A.

Die kurzfristigen Massnahmen, z. B. Kinder der ersten Schuljahre in einer Kita weiterbetreuen zu lassen, erachtet man als sinnvoll. Leider gibt es aber auch so nicht genügend Plätze. Kurz-

fristige Lösungen, wie die von Edith Lanfranconi vorgeschlagene „Tauschbörse“, sieht man auch als eine Möglichkeit. Diese sollte aber relativ kostenneutral sein.

Die Sprechende weiss, dass für die Planung eines neuen Schuljahres sehr viel beachtet werden muss. Dazu hätte sie eine Bitte, die nicht unbedingt mit dem Postulat oder der Motion zu tun hat. Schön wäre es, wenn neben Zahlen und Reglementen ebenfalls ein gesunder Menschenverstand und ein gewisser Ermessensspielraum herrschen würde. Oder wie kann es sein, dass ein 4-jähriges Kind, welches neben einem Kindergarten wohnt, nicht dort hin kann. Es kann auch nicht in den 10 Minuten entfernten Kindergarten gehen, sondern muss in einen Kindergarten, welcher 20 Minuten entfernt und nur über eine dicht befahrene Strasse zu erreichen ist. Begründungen sind, dass der Bruder des Mädchens in den nächsten Kindergarten geht und der 10 Minuten entfernte Kindergarten ist voll. Dass die Familie aber erst um Viertel vor eins zu Mittag essen kann, weil die Mutter das Kind immer begleiten muss, und der ältere Bub morgens 20 Minuten vor der Tür des Kindergartens warten muss und am Mittag vor der Haustür, ist den Verantwortlichen von der Schulleitung egal. Das ist nur ein Fall, den Andrea Mathis-Imhof persönlich kennt. Eine bessere und frühzeitigere Kommunikation würde zu einem entspannteren Verhältnis zwischen Eltern und Schule beitragen. So wäre nicht das negative Bild von der Schule schon von Anfang an festgefahren. Eltern vom Gegenteil zu überzeugen, dass unsere Schulen gut sind, ist schwierig, wenn man schon am Anfang mit negativen Erlebnissen konfrontiert wird.

Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab und ist für eine teilweise Überweisung der Motion.

Laura Grüter Bachmann: Das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung ist wirklich eine wichtige Rahmenbedingung für eine attraktive Wohn- und Arbeitsstadt und für unsere Lebensqualität in der Stadt. Im Vorschulalter hat sich mit den Betreuungsgutschriften die Situation stark verbessert. Umso bedauerlicher ist es, dass viele Betreuungsplätze nach dem Eintritt in die Primarschule fehlen und dann der Übergang nicht funktioniert. Ein genügendes Betreuungsangebot hat hohe Priorität und darum ist alles daranzusetzen, rasch Lösungen zu finden.

Wie man in der Antwort des Stadtrats lesen konnte und wie es auch sonst klar ist, ist die finanzielle Situation schwierig, aber gerade darum sind kreative und auch private Lösungen möglichst zu unterstützen. Und zwar nicht nur mit der Anerkennung, dass es eine gute Sache ist, sondern nach Meinung der Sprechenden – dazu gibt es aber keine einheitliche Meinung in der FDP-Fraktion – sind diese auch finanziell zu unterstützen. Denkbar ist für Laura Grüter Bachmann auch, dass man eine Lösung mit der Kirche prüft, wie das im Postulat von Edith Lanfranconi-Laube und Stefanie Wyss vorgeschlagen wird. Darum ist zumindest ein Teil der Fraktion der Meinung, das Postulat ist zu überweisen.

Weil die finanzielle Situation schwierig ist, und man kreative Lösungen suchen muss, geht auch die FDP-Fraktion davon aus, dass das nicht bis nach den Sommerferien möglich ist. Es ist aber das Ziel, dass die Probleme wirklich so rasch wie möglich ernsthaft angegangen werden, auch mit dem nötigen Druck, und darum ist die FDP-Fraktion für eine teilweise Überweisung der Motion und für die Überweisung des Postulats, wobei dazu keine einheitliche Meinung in der Fraktion vorherrscht.

So wie **Marcel Lingg** Theres Vinatzer verstanden hat, ist sie zwar von der Antwort zur Motion enttäuscht, aber sie ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden. Auch die SVP-Fraktion kann mit einer teilweisen Überweisung leben. Formell wäre es eigentlich gar nicht mehr nötig gewesen, dass man jetzt eine Motion einreicht, die das fordert, was die teilweise Überweisung jetzt bringt. Der Stadtrat hat ja bereits an der Ratssitzung vom 24. Mai gesagt, bei der Beantwortung der Interpellation 335, dass er beabsichtigt, den entsprechenden B+A im September dem Rat vorzulegen. Also ist das Argument, das jetzt mit einer teilweisen Überweisung der Motion erfüllt wird, bereits erfüllt gewesen.

Wobei man sollte sich nicht in Hoffnungen wiegen wegen des zukünftigen B+A. Darüber wird im Rat hart diskutiert werden. Der Sprechende weist daraufhin: Im Herbst werden wir nicht nur diesen B+A im Rat diskutieren, sondern auch das Sparpaket.

Da muss der Sprechende eine Klammer auf tun oder einen Link zum heutigen Morgen machen, zum Thema Industriestrasse. So lange die politische Linke alles torpediert, was irgendwie neues Steuersubstrat generiert, so lange diese Politik von den Linken im Rat betrieben wird, wird es einfach immer schwieriger, das Angebot und die Leistungen auch in der Stadt Luzern zu finanzieren und zu erbringen. Gerade das Beispiel mit den Betreuungsplätzen ist letztendlich auch ein Musterbeispiel, das darunter leiden muss, wenn man die finanziellen Mittel in der Stadt nicht mehr hat bzw. eben nicht einmal bereit ist, Ja zu etwas zu sagen, damit man wieder zusätzliche finanzielle Mittel erhält.

Es ist nach Ansicht der SVP-Fraktion Augenwischerei, wenn man meint, man könnte mit der vollständigen Überweisung der Motion, oder mit dem Postulat kurzfristige Massnahmen umsetzen. Der Stadtrat umschreibt das richtig: Es braucht entsprechendes Personal, Fachpersonal, da kann man nicht einfach Leute von einer Jobbörse holen. Wir haben das auch schon im Rat diskutiert, es braucht gewisse berufliche Voraussetzungen und es braucht Räumlichkeiten. Die Stadt sagt, die Räumlichkeiten sind vorhanden, aber letztendlich müssen die Räumlichkeiten auch bedarfsgerecht eingerichtet werden. Es ist nach Meinung der SVP-Fraktion nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern auch die Logistik muss natürlich dann stimmen, wenn man innerhalb von 6 Wochen die entsprechenden zusätzlichen Plätze zur Verfügung stellen will. Das einzige, was man gemäss der SVP überlegen kann, ist, ob man vielleicht ein Auge oder zwei zudrücken könnte und eine leichte Überbelegung übergangsmässig akzeptieren würde. In dem Sinn wie erwähnt kann die SVP-Fraktion zu der teilweisen Überweisung der Motion stehen, lehnt aber das dringliche Postulat ab.

Dominik Durrer: Um mögliche Missverständnisse aus dem Weg zu räumen: **Die SP/JUSO-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung der Motion fest.** Sie ist nicht für eine teilweise Überweisung.

Marcel Lingg hat das konsequenterweise auch so erkannt. Die erste Forderung betrifft nämlich den Inhalt – das führt der Stadtrat auch aus – des kommenden B+A. Dass man diesen Teil entgegennimmt, ist völlig unbestritten. Dagegen kann niemand etwas haben. Der SP/JUSO-Fraktion geht es darum – und das ist der zweite Teil der Forderung –, mit kurzfristigen, flexiblen Massnahmen für Kinder und Eltern verträgliche Lösungen auf den Schulstart 2012/2013 zu

finden. Sie sieht auch nicht ein, wieso man mit der Kirche auf diesen Zeitpunkt schon Lösungen finden könnte, aber andere Möglichkeiten aus dem Vorstoss ausschliessen will. Die erste Forderung aus dem Vorstoss ist so offen, dass man mit allen möglichen Institutionen, Räumlichkeiten, Personen, bestehenden Angeboten in einer kurzfristigen Art und Weise Lösungen finden kann.

Der Sprechende war sehr beruhigt, als er die Einschätzung der Situation der Sprecherin des liberalen Originals gehört hat, bei dem, was von den Grünliberalen, Jules Gut, kam – Vollzeitbetreuung und dann anscheinend auch noch staatlich organisiert –, da hatte man das Gefühl, man sei in einer SVP-Fraktionssitzung gelandet.

Die bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist gesetzlich vorgeschrieben! Das ist kein linksextremes Anliegen, sondern kantonal festgeschrieben. Bedarfsgerecht heisst, dass die Eltern, die ihren Bedarf anmelden, das Recht auf einen Platz haben. Dagegen kann man nicht antreten und der Sprechende geht davon aus, dass das falsch verstanden wurde, sonst hätte das wohl anders getönt.

Die SP/JUSO-Fraktion hält an der Überweisung der Motion fest und fordert auch die Leute, die das Postulat überweisen wollen, auf, auch die Motion zu überweisen, weil der enthaltene Katalog von möglichen Hilfeleistungen für Eltern, die jetzt in Not geraten sind, noch viel breiter gefasst ist, als dass es nur mit Unterstützung der Kirche funktioniert.

Jules Gut: Geschätzter Fraktionssprecher der SP, die GLP-Fraktion dankt für die Klarstellung. Vielleicht liegt es daran, dass der Sprechende gerade den WOZ-Bericht über die Grünliberalen gelesen hat, weil in der WOZ wird die GLP schon mit der SVP verglichen. Wenn die SP/JUSO-Fraktion an der vollständigen Überweisung der Motion festhält, wird die GLP-Fraktion die Motion ablehnen.

Edith Lanfranconi-Laube hat das befürchtet, Jules Gut, und fände das sehr sehr schade. Sie möchte noch einmal bekräftigen, was Dominik Durrer gesagt hat. Die Motion macht den Fächer noch mehr auf und das Postulat macht konkret **einen** Vorschlag. Die Sprechende findet, man muss alle Register ziehen und alles probieren. Niemandem fällt ein Zacken aus der Krone, wenn er die Motion unterstützt. Man will Lösungen suchen und finden!

Stadtpräsident Urs W. Studer: Sie haben jetzt die beiden Vorstösse, die Motion und das Postulat diskutiert und es ist sehr viel Richtiges vor dem Hintergrund der schwierigen Situation, in der sich die Stadt gerade befindet, ausgeführt worden.

Etwas Wichtiges, nach Dafürhalten des Sprechenden, wurde schon in der letzten Diskussion gesagt, nämlich dass das gesetzlich normierte Angebot des Kantons bzw. dessen Verpflichtung aller 87 Kommunen zu entsprechenden Einrichtungen, das schafft natürlich auch den Bedarf, die Nachfrage. Es ist wie eine Art Lehrstück, wie das ökonomisch eben läuft.

Als Zweites sagt der Sprechende denen, die fordern, es muss jetzt sofort auf das nächste Schuljahr etwas realisiert werden: Das Schuljahr 2011/12 endet in genau 26 Tagen, nachdem heute der 5. Juli ist. Das neue Schuljahr 2012/13 fängt am 1. August an, mitten in der Schulferienzeit. Man sieht schon allein daran, dass es verhältnismässig schwierig sein dürfte, Personal

in einer Zeit wie jetzt zu rekrutieren. Der Sprechende teilt den entsprechenden Hinweis von Marcel Lingg.

Jetzt könnte man noch sagen, das sind halt ein bisschen Siebenschläfer in der Bildungsdirektion, weil sie gar nicht realisiert haben, wie viel Kinder eigentlich in den Kitas im Alter zwischen 1 bis 4 Jahre betreut werden, und nicht davon ausgegangen sind, dass all die Kinder, die in den Kitas betreut werden, nachher im Schulalter auch eine Betreuung haben müssen oder beansprucht werden. Dazu erklärt der Stadtpräsident Urs W. Studer: Im Kindertagesstättenbereich ist die Situation eine völlig andere, weil dort keine staatliche Verpflichtung und auch keine Wohnsitzpflicht für die zu Betreuenden besteht. Mit anderen Worten, wir haben auf Stadtgebiet eine gute Lösung mit den Betreuungsgutscheinen und diese führt natürlich dazu, dass das entsprechende Angebot die Nachfrage schafft. Mit den Betreuungsgutscheinen, die auch bedürftigen oder weniger gutsituierten Eltern ermöglicht, ihre Kinder betreuen zu lassen und daneben einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ist die Situation so, dass einfach von Privaten eine Betreuungseinrichtungen ins Leben gerufen werden kann. Alle zwei Monate geht eine neue Kindertagesstätte auf, weil die Privatwirtschaftlich und die Gesellschaft erkannt haben, dass das in heutiger Zeit ein Business ist. Die Kitas müssen vom Stadtrat eine Bewilligung haben und es wird geprüft, ob gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Dann kann man mit der Arbeit beginnen. Man muss auch nicht auf einen bestimmten Schuljahresbeginn Rücksicht nehmen. Eine Kita kann man im Dezember ebenso neu eröffnen wie im Februar.

Selbstverständlich – und das ist dem Sprechenden ein Anliegen – werden wir alles unternehmen, damit wir irgendwie noch Kompromisse finden können, sei es in Räumlichkeiten der Kirchgemeinden, sei es in dem Sinn in Kindertagesstätten, die beispielsweise bestimmte Kinder schon betreut haben und diese noch weiter betreuen, wenn sie ins Schulalter übertreten. Diesbezüglich könnte man u. U. sogar noch Betreuungsgutscheine beanspruchen. Dort haben wir, glaubt der Sprechende, rein finanziell noch etwas Luft. Aber wir werden erst mit dem B+A, der dann mit dem neu zusammengesetzten Parlament diskutiert wird, sagen können, wo wir zuallererst im Schulbereich, dort haben wir uns auf das Modell additive Tagesschule geeinigt, probieren, das Angebot zu realisieren.

Zuletzt noch etwas, was an einem öffentlichen Ort wie hier schwierig auszudrücken ist: Als es die gesetzliche Verpflichtung noch nicht gegeben hat, vor etwa 5 Jahren, hat natürlich noch jedes Elternhaus, jeder Erziehungsberechtigte, der das Gefühl hatte, mein Kind braucht eine Betreuung über die Mittagszeit, am frühen Morgen oder vielleicht sogar nach Schulschluss, zwischen 16 und 18 Uhr, sich selber organisieren müssen. Man konnte auch nicht sagen, weil die Grosseltern oder andere Verwandten nicht in der Nähe wohnen, klappt das nicht. Die Situation im Stadtgebiet ist die, dass eigentlich in jedem Quartier Familien mit Kindern wohnen, auch mit Schulkindern, und diese sind nicht gehindert, wenn im gleichen Haus oder im Nachbarhaus eine Familie mit Kindern lebt, dort einmal vorzusprechen und nachzufragen, ob diese das eigene Kinder ein- oder zweimal in der Woche mitbetreuen würde. Das war früher absolut Standard im Bereich der Nachbarschaftshilfe und das hat nicht zwingend die Grossmutter sein müssen oder die Tante bzw. der Onkel.

Aber diese Haltung ist heute weitestgehend verloren gegangen und man hat einfach den

Anspruch, weil der Kanton das übrigens erst für das Jahr 2013 gesetzlich bindend festgelegt hat, dass ein bedarfsgerechtes Angebot, was wir zugebenermassen bedauerlicherweise zurzeit nicht ganz erfüllen, umgehend innerhalb der nächsten 4 Wochen zu realisieren ist. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder: Verlangen Sie vom Stadtrat und der entsprechenden Verwaltung nichts Unmögliches, völlig losgelöst vom Problem, das Marcel Lingg angesprochen hat; nämlich dass das Parlament im Spätherbst dieses Jahres vor dem Hintergrund der Budgetsituation noch darüber befinden muss, brauchen wir die Mittel zwingend mit Bezug auf das Budget 2013 und die folgenden Jahre, weil das einfach zu Luzern gehört wie der Wasserturm und die Kapellbrücke.

Philipp Federer: Lieber Bildungsdirektor, die Standards haben sich verändert, die Grossfamilien auch. Viele sind bei Patchworkfamilien angelangt. Wir haben bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Der Sprechende fragt sich: Ist das einklagbar? Wenn Eltern einen Platz brauchen, weil der Bedarf da ist, den Platz aber nicht bekommen können und die gesetzliche Verpflichtung gegeben ist. Heisst das jetzt null Verpflichtung für die Stadt, lieber Urs W. Studer, oder Schadenersatzforderung für die Familie?

Edith Lanfranconi-Laube: Wenn Stadtpräsident Urs W. Studer von Personal rekrutieren redet, merkt man, dass das Anliegen der beiden Vorstösse nicht ganz angekommen ist. Es ist der Sprechenden auch klar, dass man nicht innerhalb von 26 Tagen genügend Personal rekrutieren kann, das die Betreuung übernehmen würde.

Es geht um flexible Lösungen. Bei der Motion heisst es: „*kurzfristige, flexible Massnahmen zu finden*“. Die Zusammenarbeit mit der Kirche wäre eine Möglichkeit. Die Leute sind aktiv und die Stadt sollte etwas mehr tun als nur begrüssen, sie sollte das unterstützen. Das könnte die Stadt machen, ohne dass es viel kostet. Sie sollte zeigen, wir sind gewillt, wir haben den gesetzlichen Auftrag. Es gibt Grosseltern, die sich leisten können, die Betreuung zu machen. Die einen werden pensioniert, die anderen beispielsweise geben ihre politische Laufbahn auf, damit sie Zeit für ihre Grosskinder haben. Die Sprechende weiss von Familien, die obwohl Grosseltern vorhanden sind, trotzdem Bedarf haben.

Dass man die Kontinuität weiterführen sollte, ist etwas anderes. Jetzt ginge es darum, die Massnahmen zu unterstützen, die Leute zusammenzubringen und zu schauen, was man tun kann. Die Sprechende ist sicher, das muss nicht der Bildungsdirektor persönlich sein, es gibt Leute in der Verwaltung, die ein Zusammentreffen, um Lösungen zu finden, super moderieren könnten.

Bei der Kirche gibt es schon einen Mittagstisch, es sind also Leute vor Ort. Da könnte man überlegen, ob das ausbaubar ist. Vielleicht ergibt sich sogar Freiwilligenarbeit, was aber nicht primär ist. Wichtig ist, Lösungen zu finden.

Theres Vinatzer: Stadtpräsident Urs W. Studer begründet mit Recht, dass das alles jetzt sehr kurzfristig ist. Die Sprechende findet aber tatsächlich, dass die Bildungsdirektion das verschlafen hat. Mit dem Start der Betreuungsgutscheine hatte man wirklich ganz klar zum Ziel, den Betreuungsanteil zu steigern, und man ist bestrebt, das Ziel zu erreichen. Also hat man ei-

gentlich schon beim Start gewusst, dass die Situation eintreffen wird und man hätte genug Zeit gehabt. Defakto liegt es wahrscheinlich einfach an den Finanzen, dass man das jetzt nicht umsetzt.

Die Motion, um es noch einmal zu erwähnen, vor allem auch in die Richtung der GLP-Fraktion, ist wirklich ein pragmatischer Weg. Man fordert nicht Hunderttausende von Franken kurzfristig bis nach den Sommerferien. Man fordert konkret gar kein Geld, sondern Engagement. Man fordert, dass die Verantwortung wahrgenommen wird und die Eltern unterstützt werden mit sehr vielen möglichen Massnahmen, die man offen lässt, wo man Vorschläge macht. Die Sprechende bittet darum, das ernst zu nehmen. Die Probleme der Leute sind enorm.

Katharina Hubacher nimmt ein Argument auf, das beim Votum von Stadtpräsident Urs W. Studer ein bisschen durchgeschimmert hat. Die Nachfrage ist vorhanden, weil der Kanton die Vorgaben gibt. Sonst hätte man diese gar nicht und vor 5 Jahren war die Welt sowieso besser, weil die Nachbarin noch nach den Kindern geschaut hat.

Das stimmt so nicht. Es war immer schon ein Problem mit der Betreuung. Wir wissen, dass es nicht immer freiwillig ist, ob man arbeiten geht oder nicht, und dass man dann eine zuverlässige Betreuung für die Kinder braucht. Die G/JG-Fraktion hat auch immer gefordert, dass die Kinder nicht zuhause allein warten sollen, bis die Mutter oder der Vater heimkommt. Das ist eine alte Forderung und von dort her findet die Sprechende, dass man für die jetzige Situation kurzfristige Lösungen braucht, wo man, wie die Kollegin schon erwähnt hat, wahrscheinlich ganz unkonventionelle Massnahmen umsetzen muss und dafür braucht man die Unterstützung der Stadt. Das andere ist eine längerfristige Angelegenheit, die man aber wirklich prioritär behandeln muss.

Luzia Mumentahler-Stofer wollte eigentlich zu dem Thema nichts sagen, aber es hat sie gekitzelt, weil man schon bei der letzten Diskussion über die Kinderbetreuung nur von den Kosten geredet hat. Aber man hat auch Ertrag. Wenn die Eltern arbeiten gehen können, hat man einen Steuerertrag und Einnahmen. Am Anfang ist das zugegebenermassen vielleicht ein bisschen ein Null-Summenspiel. Wenn Alleinerziehende nicht arbeiten können, weil sie ihre Kinder nicht unterbringen können, müssen diese zum Sozialamt, was wieder Kosten verursacht. Die Sprechende bittet, das in die Beurteilung miteinzubeziehen.

Zum Pro Kopf-Beitrag vom Kanton: Bekommen wir diesen und wie hoch ist er?

Andrea Mathis-Imhof hätte gerne eine Antwort auf die gute Idee von Marcel Lingg, die Mittagstische übergangsmässig überzubelegen. Sie hat das Gefühl, lieber isst mein Kind in einem Schulhausgang an einem provisorischen Tisch als eine Tüte Pommes Chips zuhause allein vor dem Fernseher.

Jules Gut weiss nicht genau, ob alle von der gleichen Motion reden, Edith Lanfranconi-Laube. In der Motion steht: „...sofort alle Kinder und Eltern einen Betreuungsplatz erhalten.“ Darum weigert sich ja der Stadtrat gegen die vollständige Überweisung, weil er das nicht sicherstel-

len kann. Wenn man es ganz genau liest, müsste man wissen, ob auch noch ein Betreuungsplatz für die Eltern gefordert ist, aber das ist etwas anderes.

Der Sprechende kann es nicht anders auslegen, wenn man beim Suchen nach einem Kompromiss ist, Theres Vinatzer. Die SP/JUSO-Fraktion sucht einen pragmatischen Weg, das wäre aus Sicht der GLP-Fraktion die teilweise Überweisung. Eine Mehrheit aus SP, Grüne und Junge Grüne, teilweise FDP möchten es fertigbringen, eine gute Lösung zu finden. Es muss aber nicht immer alles sein. Die GLP-Fraktion kann nicht dazu stehen, dass man per sofort für alle Kinder innerhalb von 4 Wochen etwas auf die Beine stellen muss.

Theres Vinatzer konkretisiert die Forderung. Jules Gut, in der Motion steht tatsächlich geschrieben: *„Wir fordern den Stadtrat daher auf, den Ausbau bedarfsgerecht in Angriff zu nehmen:....“* Und dann kommt, was wir darunter verstehen. Da heisst es ganz klar: *Auf den Start des Schuljahres 2012/13 sind mit kurzfristigen, flexiblen Massnahmen für alle Kinder und Eltern verträgliche Lösungen zu finden.* Es wird nicht konkret gesagt, wie diese Lösungen aussehen müssen, sondern man will dass diese kurzfristig und flexibel sind und dass man eben verträgliche Lösungen sucht.

Markus Helfenstein: Zu Theres Vinatzer: Das ist genau die Illusion. Die Forderung in einer Motion zu überweisen, also bitte, das geht doch nicht. Stimmt der teilweisen Überweisung zu, denn sonst wird die Motion eben abgelehnt.

Der Sprechende unterstützt das Votum von Stadtpräsident Urs W. Studer. Dieser hat von Eigeninitiative gesprochen. Man redet immer von starken, lebendigen Quartieren, von durchmischter Gesellschaft. Dann sollten doch diese Leute motiviert werden, in ihrem Quartier zu suchen. Auch das ist ein Weg. Und wenn Theres Vinatzer von mageren 19% Betreuungsplätzen spricht, fragt sich der Sprechende, was wäre denn ideal, 50%, 70% oder müssen alle Kinder durch den Staat auswärts betreut werden? Markus Helfenstein versteht das nicht. Den Appell von Stadtpräsident Urs W. Studer bezüglich Eigeninitiative kann man unterstützen. Es kann nicht sein, dass man immer nach dem Staat ruft, um seine Probleme gelöst zu bekommen.

Dominik Durrer könnte sich vorstellen, dass zu diesem Schlusssatz, Markus Helfenstein, in der Familienpartei CVP doch auch noch unterschiedliche Haltungen bestehen.

Zur Forderung in der Motion betont der Sprechende noch einmal, Jules Gut, es heisst:

„...sofort bedarfsgerecht in Angriff zu nehmen.“ Und unten steht: *„...kurzfristige, flexible Massnahmen, verträglich Lösungen für Kinder und Eltern.“*

Als junger Vater stellt sich Dominik Durrer genau solche Lösungen vor wie das Andrea Mathis-Imhof vorhin gesagt hat. Eine verträgliche Lösung ist, dass man die Anzahl in dieser Notsituation ausreizt bzw. überschreitet. Genau das sind solche Lösungen, die die SP/JUSO-Fraktion sucht, wo man probiert, dem Stadtrat den Auftrag und die Verantwortung zu geben, genau solche Lösungen in Angriff zu nehmen.

Theres Vinatzer: Ganz kurz wegen der teilweisen Überweisung: Eine teilweise Überweisung bedeutet im Prinzip einfach den Status Quo. Das bringt gar nichts. Eine teilweise Überweisung heisst einfach, dass der B+A im September kommt und dann die langfristige Lösung aufgezeigt wird. Das kommt sowieso und das wird auch als super und toll angesehen, weil es dringend nötig ist. Aber das hilft den Eltern nicht, die nach den Sommerferien ohne Betreuungsplatz dastehen.

Edith Lanfranconi-Laube: Wir hätten gerne wenn möglich noch die Antwort zu den Pro-Kopf-Beiträgen.

Gemäss Informationsstand von **Stadtpräsident Urs W. Studer** sind die Pro-Kopf-Beiträge heute und jetzt nicht gefährdet. Das heisst, wir bekommen wie alle Kommunen, die solche Betreuungsplätze im Schulbereich anbieten, die Pro-Kopf-Beiträge ausgezahlt. Und zwar für alle Kinder, die einen entsprechenden Platz haben. Wie hoch der Beitrag pro Kind ist, kann der Sprechende im Moment nicht quantifizieren.

Zum Votum von Philipp Federer: Dem oder den Erziehungsberechtigten, die allenfalls gestützt auf den Anspruch die Stadt Luzern einklagen wollen, wünscht der Sprechende viel Glück. Er würde behaupten, kaum ist der Prozess über zwei Instanzen entschieden, haben wir erklecklich mehr Betreuungsplätze als heute. Übrigens der zeitliche Beginn für den Anspruch ist der 1.1. 2013, also nicht heute.

Vielleicht noch als Letztes: Zu den kreativen Lösungen und der Überbelegung von einzelnen Mittagstischen kann Stadtpräsident Urs W. Studer versichern, dass er in täglichem Kontakt mit dem Rektorat und mit den entsprechenden verantwortlichen Leuten steht, ebenso mit der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie. Er kann aber keine Garantie geben, dass keiner der 78'000 Einwohner/innen mehr sagt, dass er vollumfänglich zufrieden ist, weil die Situation auch für ihn optimal gelöst ist. Es kann sein, Andrea Mathis-Imhof, dass man einen Betreuungsplatz erhält, aber dieser ist dann vielleicht nicht gerade dort, wo das Kind wohnt bzw. in die Schule geht.

Edith Lanfranconi-Laube: Danke für die Antwort. Aber die Frage dahinter war eigentlich, erhält man den Pro-Kopf-Beitrag auch, wenn beispielsweise eine Elterngruppe, flexibel etwas auf die Beine stellt und kein Personal mit Vertrag hätte?

Stadtpräsident Urs W. Studer müsste das abklären.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Da die Motionäre an der vollständigen Überweisung der Motion festhalten, stimmen wir nur noch über die Motion als Ganzes ab.

**Die Motion 340 wird mit 24 : 20 Stimmen vollumfänglich an den Stadtrat überwiesen.
Das Postulat 343 wird an den Stadtrat überwiesen.**

**9. Postulat 296, Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012:
Ein Mega-Kreisel für Luzern**

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen. Damit ist Diskussion gegeben.

Nico van der Heiden dankt dem Stadtrat, dass er das Postulat teilweise entgegennimmt. Das ist mega oder zumindest teilweise mega. Der Sprechende kann die Argumentation nachvollziehen. Man könnte noch darüber streiten, ob der Stadtrat das Postulat nicht hätte vollständig entgegennehmen und einen Teil schon abschreiben sollen. Einen Teil hat er ja in dem Sinn schon geprüft und die Postulanten fordern ja genau die Prüfung. Die Argumentation mit Vor- und Nachteilen ist also nachvollziehbar.

Im Vorfeld möchte der Sprechende nicht viel sagen. Wichtig ist ihm, dass es nicht unbedingt ein linkes Verkehrsanliegen ist, die Verkehrsführung alternativ zu prüfen. Es gibt Vor- und Nachteile von einem solchen Kreisel und die Idee dieses Postulats war genau, dass man von Seiten kompetenter Leute aufzeigen soll, was die Vor- und Nachteile sind, damit man in einem späteren Schritt sauber sagen kann, dass man zustimmen würde. Insofern möchte Nico van der Heiden seine Kollegen/innen bitten, den Abklärungen zuzustimmen.

Christian Hochstrasser: In der Stadt Luzern haben wir ein kleineres bzw. ein grösseres Verkehrsproblem. Das wissen wir alle. Dafür braucht es ab und zu mutige Schritte und kreative Ideen. Diese kann man mit dem Mega-Kreisel oder mit dem kleineren Kreisel zumindest prüfen. Es geht u. a. um die Verteilung der gegebenen Verkehrsfläche. Das ist in der Stadt durch den engen Raum einfach gegeben.

Wir haben ein Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität, das gewisse Rahmenbedingungen setzt. Was nicht zuletzt noch wichtig ist, auch aus Sicht der G/JG-Fraktion, es gibt motorisierten Individualverkehr in der Stadt, der nötig und wichtig ist, und auch der hat den Anspruch, dass der Verkehrsfluss entsprechend gegeben ist. Dass man in der Stadt vorwärts kommt, sei es für die Zulieferung, sei es als Transport für Leute, die schlecht zu Fuss sind, sei es für Taxis oder Notfallfahrzeuge usw.

Eine Prüfung ist aus Sicht der G/JG-Fraktion auf jeden Fall sinnvoll und soll auch im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts Agglomeration gemacht werden. Wenn sich das nicht als gute Idee bewähren sollte, kann man das auch beurteilen, wenn das Gesamtverkehrskonzept vorliegt.

Marcel Lingg: Im Gegensatz zu den Postulanten ist die SVP-Fraktion nicht nur gegen die teilweise Überweisung, **sondern sie beantragt, das Postulat ganz abzulehnen.** An sich hat sie nichts dagegen, wenn man bei der Verkehrspolitik die Diskussion mit Visionen anregt, aber irgendwann wird eine Vision zur Utopie und dann muss man auch den Mut haben oder rechtzeitig hinstehen und sagen, Abbruch der Übung. Für die SVP-Fraktion ist es im Moment

tatsächlich so, sie will die Übung Mega-Kreisel ad acta legen, also abbrechen.

Es heisst da Mega-Kreisel. Für die SVP-Fraktion ist es nicht ein Kreisel im verkehrstechnischen Sinn, sondern eigentlich ein grossräumiges Einbahnsystem. Es überrascht sie etwas, dass der Vorstoss auch immer wieder von Linksparteien so vehement vertreten wird. Der Stadtrat erwähnt es in der Antwort selber. Das Kreiselsystem hat vor allem grössere Nachteile für die Velofahrer und für Fussgänger. Die Tatsache, dass die schwächsten Teilnehmer die Benachteiligten bei diesem System sind, ist eigentlich Argument genug, Nein zu der Übung zu sagen. Ein Automobilist müsste vielleicht einen längeren Kreis drehen, aber letztendlich sitzt er im Trockenen und ist in dem Sinn weniger gestraft. Für die Velofahrer, die Fussgänger und vermutlich auch für den ÖV, der ebenfalls massive Einschränkungen bei so einem Einbahnsystem

haben wird, will die SVP-Fraktion den Abbruch der Übung, also komplette Ablehnung des Postulats

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion hat die Antwort des Stadtrats lange diskutiert und ist immer noch sehr kritisch, weil die Vorteile, soweit sie das beurteilen kann, nicht so gross sind. Der Verkehrsfluss müsste fast gigantisch gut werden, um einen grossen Nutzen ausweisen zu können. Die GLP-Fraktion bezweifelt aber, ob das im Interesse der Initianten und einer nachhaltigen städtischen Mobilität ist.

Man könnte am ehesten noch den Megakreisel prüfen, das ist auch geplant. Dort ist sympathisch, dass der Verkehr aus dem Neustadtquartier ferngehalten wird.

Bei der teilweisen Überweisung soll der Kleinkreisel über die Hirschmattstrasse geleitet werden. Da sieht die GLP-Fraktion diverse Nachteile:

- Der Busverkehr müsste in einer Richtung gänzlich auf die Zentralstrasse verlegt werden. Das heisst Umsteigen an der Kantonalbank Richtung Tribschen und Richtung Kriens/Emmen. Ein Teil ist dann gar nicht mehr möglich, nur über den überfüllten Bahnhofplatz, den man ja eigentlich entlasten will.
- Die Hirschmattstrasse ist erst gerade neu gestaltet worden. Die GLP-Fraktion findet auch, sie ist beruhigt worden, und stellt ein gutes Beispiel von erreichter Lebensqualität dar. Jetzt will man dort noch mehr Verkehr drüberleiten.
- Für die GLP-Fraktion ist die Hirschmattstrasse die Hauptader des Lebens des Neustadtquartiers. Es gibt Wohnungen und schöne Läden an der Strasse. Gerade da durch den ganzen Verkehr zu leiten, der zur Hälfte zum Bahnhof fährt, ist fraglich.

Zum Schluss: Weil die GLP-Fraktion aber immer Ergebnisoffenheit postuliert und das auch vom Parlament erwartet, wehrt sie sich in diesem Fall nicht gegen eine Prüfung/Bestätigung ihrer Bedenken und wird der teilweisen Überweisung zustimmen.

Markus Helfenstein: Das Postulat rennt offene Türen ein. Der Handlungsbedarf ist unbestritten wie man von fast allen gehört hat. Das Projekt Gesamtverkehrskonzept Agglomeration Luzern wird zusammen mit dem Kanton, LuzernPlus und dem Verkehrsverbund angegangen, das ist das richtige Vorgehen. Es ist ein Element aus dem Agglomerationsprogramm Luzern und wir haben gestern alle „grosse Post“ in diesem Zusammenhang bekommen.

Die CVP-Fraktion hat Sympathien für das Anliegen, vor allem was die Verbesserung für den ÖV anbelangt. Die Busstaus am Pilatusplatz und am Bahnhof sind täglich während den Stosszeiten zu beobachten. Ein Megakreisel ist bereits schon einmal geprüft worden und die Ergebnisse liegen vor. Aus verschiedenen Gründen erachtet man die grosse Variante als nicht sinnvoll. Beispielsweise aufgrund der Nachteile für Velofahrer und Fussgänger. Obwohl sich die Velofahrer manchmal wenig um die Verkehrsregeln kümmern, wenn man das mal so stehen lassen darf.

Der Stadtrat ist bereit, die Variante mit dem kleineren Radius im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts zu prüfen. Auch eine Option für neue Haltestellen für den ÖV lässt man offen. Das ist auch richtig. Die CVP-Fraktion will aber erst den Bericht über das Gesamtverkehrskonzept abwarten. Es ist nicht zielführend, wenn der Rat bereits heute zu viel Vorgaben macht. Mit der teilweisen Überweisung sind wir darum einverstanden. Falls die Postulanten an der vollständigen Überweisung festhalten, lehnt die CVP-Fraktion das Postulat ab.

Daniel Wettstein: Es sind da zwei rot-rot-grün-grüne Vorschläge – ein bisschen aus der Wahlkampfzeit, wie die FDP-Fraktion feststellt – einer davon für den Megakreisel. Offenbar hat der Vorschlag des Gewerbeverbands aus dem Jahr 2004, der 2005 geprüft worden ist, ja schon nicht funktioniert.

Gegen die Prüfung des anderen Vorschlags, des kleineren Kreisels, hat die FDP-Fraktion nichts. Das sollte im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts gemacht werden und darum ist die FDP-Fraktion auch für die teilweise Entgegennahme.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst ist froh, wenn das Parlament den Stadtrat ergebnisoffen prüfen lässt. Das als letztes Wort zur Thematik des Verkehrs. Die Sprechende entschuldigt sich, falls sie den Präsidenten der FDP-Fraktion allenfalls eingeschüchtert hat.

Nico van der Heiden ist mit der teilweisen Überweisung einverstanden.

Das Postulat 296 wird teilweise an den Stadtrat überwiesen.

10. Interpellation 273, Daniel Wettstein, vom 23. Dezember 2011: Werden die Christbaumverkäufer aus der Stadt getrieben?

Daniel Wettstein beantragt Diskussion. Dem wird stattgegeben.

Daniel Wettstein: Wir haben zwar 26°C draussen, aber, damit wir wissen, wovon wir sprechen: Es geht um Christbäume, um die heilige Zeit. Der Sprechende als Chef der Weihnachtsbeleuchtung Luzern müsste vielleicht zwar in den Ausstand treten, erlaubt sich aber trotzdem etwas zu Thema zu sagen.

Daniel Wettstein dankt zuerst einmal für die Antwort des Stadtrats. Diese ist formell richtig, aber sie ist etwas sehr defensiv ausgefallen. Beim Sprechenden ist der Eindruck entstanden,

dass die zuständigen Stellen und der Stadtrat nicht wirklich Interesse an einer Fortführung dieses Markts haben. In dem Sinn hätte er – darum hat er die Interpellation eingereicht – etwas mehr Kreativität erwartet. Einzelne Händler haben sich ja mit einem Brief an die Stadt gewendet und Vorschläge gemacht.

Es gibt den einen oder anderen Hinweis, den der Sprechende nicht so ganz schlüssig gefunden hat. Dass die Händler natürlich nicht alle aus Luzern sind, ist klar. Die Christbäume muss man dort produzieren, wo das möglich ist, deshalb kommen sie auch z.T. aus dem Aargau. Als Zweites der Quadratmeterpreis, das stimmt, das sind 1,50 Franken, da gibt es nichts zu diskutieren, aber das ist für eine normale Nutzung. Sogar am teuren Standort Bellevue, das ist der heilige Platz in Zürich, wird ein Spezialpreis berechnet, damit die Verkäufer dort ihre Christbäume aufstellen können.

Das Problem ist natürlich, wie man heute gehört hat, nicht zentral für die Stadt. Der Sprechende persönlich und wahrscheinlich auch noch ein paar andere Einwohner in der Stadt Luzern würden es aber vielleicht bedauern, wenn der Markt weg ist. Und wenn er dann weg ist, ist es eben leider zu spät. Mehr kann Daniel Wettstein nicht dazu beitragen. Es bleibt eben jetzt abzuwarten. Sicher kann man sein, dass er dazu schaut, dass am 28. November 2012 in der Stadt die Lämpchen wieder weihnachtsmässig angezündet werden.

Edith Lanfranconi-Laube ist selber keine grosse Verfechterin von Christbaumkäufen. Der einzige, den sie je von dort hatte, war ein Gratisexemplar als der Verkauf beendet wurde. Sonst geht sie lieber in den Wald und stellt eine Kerze auf. Dazu muss man keinen Baum fällen. Es geht hier aber nicht primär um ihre eigene Befindlichkeit, sondern wieder um die Nutzung des öffentlichen Raums. Dafür haben wir jetzt das Reglement und da ist das leider teurer. Die Sprechende versteht, dass das die Händler nicht so gern sehen. Aber sie glaubt, da man vorhin auch kreative Lösungen gefordert hat, wenn man den Verkauf etwas zeitlich einschränkt und das Ganze dann für den Einzelnen ein bisschen günstiger kommt, dass es dann nicht ein „Aus“ für den Christbaumverkauf geben muss. Das würde die G/JG-Fraktion eigentlich gut finden. Die Sprechende hat das Gefühl, es würde ausreichen mit den Tagen ab 19. Dezember. Die G/JG-Fraktion fände es keine sinnvolle Lösung, wenn man den Markt räumlich ausdehnen würde. Ob allenfalls – da weiss man nicht, wie das bei den Leuten ankommt – die Händler die Erhöhung der Bodenpreise moderat auf den Käufer abwälzen könnten, wäre auch überlegenswert.

Die G/JG-Fraktion hofft auch und ist dafür, dass der Christbaummarkt bleiben kann. Sie glaubt nicht, dass es wegen der Erhöhung ein „Aus“ gibt.

Albert Schwarzenbach: Der Christbaummarkt am Schweizerhofquai gehört ein bisschen zum weihnachtlichen Bild von Luzern und er verbreitet, wie es im Vorstoss steht, eine vorweihnachtliche Stimmung. Jetzt besteht eine gewisse Gefahr, zumindest glauben das einige Verkäufer, weil sie sagen, mit dem neuen Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grunds seien die Preise stark in die Höhe gestiegen. Die Antwort des Stadtrats beleuchtet und erhellt das Ganze etwas und wir sehen jetzt, was nach dem geltenden Reglement möglich ist und was nicht.

Wenn man die Tarife reduzieren wollte, müsste man das Reglement anpassen. In der Antwort wird gesagt, dass für 2012 bereits schriftliche Anfragen eingetroffen sind. Genau dort will die CVP-Fraktion einhaken. Wenn die Händler mit den neuen Preisen leben können, werden wir auch 2012 einen Christbaummarkt erleben, der den Namen verdient.

Möglicherweise gibt es ja die Lücken, die im letzten Jahr entstanden sind, dann nicht mehr. Denn sie sind ja offenbar kurzfristig zustande gekommen.

Nach dem Christbaummarkt 2012 ziehen wir Bilanz. Sollte sich dann zeigen, dass es kein Erfolg war, kommen wir auf das Thema zurück und dann müsste man klären, ob die Stadt Luzern den Christbaummarkt überhaupt braucht, an welchem Platz er sein sollte und unter welchen Bedingungen. Vielleicht löst sich ja das Problem, wenn man den Markt kürzen würde, nur noch 5 Tage. Dann würde der Tarif auch sinken. Vielleicht gibt es auch einen anderen möglicherweise besseren Standort. Warten wir am besten den Dezember 2012 ab und sehen dann weiter. Und wir haben schon das Thema für die nächste Legislaturperiode.

René Meier weiss nicht, ob das symbolisch ist, wenn man Ende der Legislaturperiode über Christbäume spricht. Saisongerecht ist es auf jeden Fall nicht. Der Sprechende hofft, dass die Kerzen, von denen Daniel Wettstein gesprochen hat, nicht die Grabkerzen für die zugrundegegangenen Christbaumverkäufer sind. Man muss ja festhalten, dass der Grosse Stadtrat das Reglement vor 1½ Jahren verabschiedet hat. Also wir haben ein Reglement mit Gebührenordnung, das seit Januar 2011 in Kraft ist. Man wollte die Gebührenerhöhung und offensichtlich ist diese im schweizweiten Vergleich auch noch vertretbar. Darum gibt es aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion keine Gründe, das Reglement und die Gebührenordnung nach kaum einem Jahr wieder zu ändern.

Jörg Krähenbühl: Der Christbaummarkt am Schweizerhofquai entspricht einer langen Tradition. Er wird auch von der SVP-Fraktion geschätzt. Am 28. Oktober 2010 hat der Grosse Stadtrat das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes verabschiedet.

Die SVP-Fraktion spricht sich grossmehrheitlich gegen eine Sonderregelung für Christbaumverkäufer aus. Eine Anpassung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes erachtet sie deshalb als nicht notwendig.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion bedankt sich für die schlüssigen Antworten. Auch sie schliesst sich der Meinung des Stadtrates an, dass die Kosten für die Standmiete sicher nicht die entscheidende Grösse für das Überleben eines Händlers ist.

Die heutigen Kosten von 1.50 pro Tag und m² sind aus Sicht der GLP-Fraktion richtig und keine übertriebene Forderung.

Eigentlich wollte man der Stadtverwaltung ein Kompliment machen, weil sie durchaus eigene und kreative Lösungsvorschläge einbringt und etwas dazu beitragen möchte, dass man den Markt erhalten kann und wünscht Frohe Weihnachten.

Damit ist die Interpellation 273 erledigt.

Verabschiedung der abtretenden Parlamentsmitglieder und Stadträte

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: An meiner ersten Grossstadtratssitzung war Bruno Heutschy an dieser Stelle und erzählte mit glänzenden Augen von seinem Amtsjahr. Ich möchte es nicht so weit kommen lassen, sondern einfach sagen, dass es für mich ein super Jahr war. Es gab die eine oder andere Herausforderung, tolle Erlebnisse, und es machte auch Spass, den Rat mit euch als Mitglieder zu führen. An dieser Stelle möchte ich für den fairen Umgang untereinander danken. Das hat es mir einfach gemacht, die Sitzungen mehr oder weniger effizient über die Runden zu bringen. Ich möchte mich aber auch bei Toni Göpfert, Hans Büchli und bei Evelyne Perkmann ganz herzlich bedanken und beim ganzen Team der Stadtkanzlei für dessen tatkräftige Unterstützung.

Damit zu den Verabschiedungen. Ich möchte so vorgehen, dass ich mit den Amtsjüngsten beginne, zurückgehe bis zu den Amtältesten im Parlament und dann zur Exekutive übergehe.

Manuela Jost

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Ihr Leben hat sich verändert, als sie am 14. Juni 2009 zur Grossstadträtin gewählt wurde. Das war nämlich der Startpunkt zu einer rasanten politischen Karriere. Nach der Vereidigung im Januar 2010 hat sie die Herausforderung gepackt; sie wurde als neues Ratsmitglied voll ins kalte Wasser geworfen und musste ohne Erfahrung eine Fraktion leiten. Ich finde, sie hat das ganz gut gemacht; nur der GPK-Sitz wollte einfach nicht kommen. Themenspezifisch ist Manuela Jost schwierig einzuordnen. Sie hat im Rat und auch mit verschiedensten Vorstössen viele verschiedene Themen vertreten. Auch wenn sie Mitglied der Bildungskommission wie auch Mitglied der Spezialkommission Teilrevision der Gemeindeordnung gewesen ist, hat sie sich nie nur auf diese Themen fokussiert. Das ist auch eine sehr gute Voraussetzung für ihre neue Aufgabe: Sie wird die Seite wechseln: Ab September amtest du als Baudirektorin. Ich freue mich darauf und wünsche dir alles Gute.

Nina Laky

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Ebenfalls im Januar 2010 vereidigt wurde Nina Laky. Sie ist mit 24 das jüngste Mitglied des Grossen Stadtrates. Sie hat sich engagiert und konsequent für junge Themen eingesetzt: Jugendarbeit, Alternativkultur, Kulturhäuser Südpol und Treibhaus waren ihr ein grosses Anliegen. Ihr Voten waren erfrischend, manchmal auch etwas schnell, aber immer auf eine peppige Art. Danke und alles Gute für die Zukunft.

Andrea Mathys-Imhof

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Auch Andrea Mathys-Imhof ist im Januar 2010 vereidigt worden, nachdem sie im Einwohnerrat Littau schon aktiv gewesen war. Sie war im ganzen Jahr 2010 auch Stimmzählerin und Mitglied der Sozialkommission. Seit dem Januar 2011 ist sie Mitglied der Bildungskommission, wo sie ihr Know-how als Lehrerin immer super einbringen konnte. Ihre Voten im Rat waren durch ihre Erfahrungen als junge Mutter geprägt, und ich glaube, es war für den ganzen Rat Gewinn bringend. Das wird uns in Zukunft fehlen. Sie

ist couragiert aufgetreten und manchmal auch aus der Fraktion ausgeschert; das habe ich super gefunden.

Ernst Zimmermann, Markus Helfenstein, René Baumann

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Sie wurden auch im Januar 2010 nach der Fusion vereidigt, gehören aber fast zu den Amtsältesten, weil alle schon etliche Jahre im Einwohnerrat Littau aktiv waren. Für mich wirkten sie manchmal wie Lausbuben aus der hintersten Reihe mit einem Ausschlag nach vorne. Sie haben sich nie auf das Glatteis führen lassen, denn dort bewegen sie sich, wie ich mit eigenen Augen sehen konnte, filigran.

Ernst Zimmermann

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Ernst Zimmermann ist seit Januar 2010 Präsident der Baukommission. Er hat diese Aufgabe sehr ernst genommen, hat sie mit Bedacht und Kompetenz ausgeführt und so zu einer angenehmen und diskussionsfreudigen Atmosphäre in der Kommission beigetragen. Seine Berichte aus der Kommission und seine Voten waren ruhig und unaufgeregt. Das hat mir gefallen. Aufgefallen ist mir, dass er der Mann mit der schönsten Krawatte in diesem Rat ist.

Markus Helfenstein

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Markus Helfenstein war Mitglied der Spezialkommission Starke Stadtregion, Mitglied der Spezialkommission Teilrevision der Gemeindeordnung, und war auch einmal GPK-Präsident im Einwohnerrat Littau. Markus Helfenstein kann hart in der Sache sein. Er hat sich gerne in Diskussionen eingeschaltet und immer engagiert mitdiskutiert. Obwohl ich nicht immer der gleichen Meinung war, finde ich es gut, dass sich Leute engagiert einschalten. Das ist super. Danke und alles Gute.

René Baumann

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: René Baumann ist seit der Fusion in diesem Rat, er war der letzte Einwohnerratspräsident von Littau. Hier war er vom Januar 2010 bis jetzt Mitglied der Sozialkommission, und er war auch Mitglied der Spezialkommission Teilrevision Gemeindeordnung. René Baumann hat sich nicht gescheut, mal eine andere Meinung zu vertreten als seine Fraktion. Und immer wieder hat man gespürt, wie sehr sein Herz für Littau schlägt; das habe ich auch super gefunden. Herzlichen Dank und alles Gute.

Josef Wicki

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Auch Josef Wicki ist am 7. Januar 2010 in diesen Rat eingetreten. Er war an der ersten Sitzung dieser noch laufenden Legislatur nicht anwesend. Interessant ist, dass er als ehemaliger Gemeindepräsident von Littau schon vereidigt war und dies weiterhin gegolten hat. Josef Wicki hat sich in seinen Voten häufig pointiert für Littau eingesetzt. In letzter Zeit ist er aber immer ruhiger geworden. Das ist extrem schade, weil ich den-

ke, dass er einer ist, der viel zu sagen hätte. Danke für den Einsatz für die Stadt Luzern und alles Gute.

Martin Merki

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Martin Merki ist im Oktober 2009 vereidigt worden. Er war Nachfolger von Viktor Rüegg, der vor Legislaturende zurückgetreten war. Ich würde es als Ehre bezeichnen, dass er für zwei oder drei Sitzungen neben der Fraktion der Grünen sitzen durfte. Geschadet hat ihm das sicher nicht. Martin Merki ist seit Januar 2010 Mitglied der Baukommission und auch Mitglied der städtischen Verkehrskommission. Vom Juli 2010 bis heute war er auch Chef der FDP-Fraktion. Ich habe ihn als umsichtigen und aktiven Fraktionschef wahrgenommen, der sich vor allem im Hintergrund sehr für die Sache engagiert hat, damit die Geschäfte von Links bis Rechts durchgekommen sind. Wenn er sich für etwas eingesetzt hat, dann richtig. Er bleibt uns erhalten: Er wird den Grossen Stadtrat verlassen und die Seite wechseln, weil er ab September als Sozialdirektor amten wird. Alles Gute!

Lucas Halter

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Lucas Halter ist am 4. September 2008 vereidigt worden. Ab Dezember 2008 bis Dezember 2011 war er Mitglied der GPK, im letzten Jahr hat er auch als deren Vizepräsident geamtet. Im Dezember 2011 trat er aus beruflichen Gründen aus der GPK zurück. Er hat in seiner ganzen Karriere als Grossstadtrat keinen einzigen Vorstoss geschrieben. Ich habe das als Zeichen genommen dafür, dass er offenbar mit der städtischen Politik sehr zufrieden ist. Danke und alles Gute.

Werner Schmid

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Werner Schmid ist am 8. Februar 2007 vereidigt worden. Im Amtsjahr 2007/2008 war er Stimmenzähler-Stellvertreter, und er war auch ein Jahr lang Mitglied der Sozialkommission. Er war Mitglied der Spezialkommission Fusion Littau-Luzern und auch Mitglied der Spezialkommission Teilrevision Gemeindeordnung. Vom Dezember 2008 bis im Dezember 2011 war er Fraktionschef der SVP, und seit dem Januar 2010 auch Mitglied der Baukommission. Als Fraktionschef hat er die SVP-Fraktion wieder etwas geöffnet. Ihm als umgänglichen Typ war es wichtig, es mit den Kollegen im Rat gut zu haben. Es ist dann um ihn auf die „alten“ Tage hin etwas ruhiger geworden. Das hat aber natürlich nichts mit dem Alter zu tun, sondern mit der Doppelbelastung von Kantonsrats- und Grossstadtratsmandat. Werner, du trittst zurück, um dich voll dem Kantonsratsmandat zu widmen. Dazu wünsche ich dir alles Gute. Herzlichen Dank.

Edith Lanfranconi-Laube

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Edith Lanfranconi-Laube ist im Januar 2006 vereidigt worden. Vom Juni 2006 bis Dezember 2009 war sie Mitglied der GPK und im Amtsjahr 2007/2008 Stimmenzählerin. Seit Januar 2011 ist sie Mitglied der Bildungskommission und seit dem Januar 2010 auch Fraktionschefin der Jungen Grünen und Grünen. Als Fraktionschefin ist sie mir

immer ein Vorbild gewesen. Sie setzt sich engagiert und auf eine sympathische Art für ihre Anliegen ein. Sie doppelt nach, wenn es nötig ist; das war auch heute wieder zu sehen. Ich trete ihre Nachfolge als Fraktionschefin an, und das wird nicht einfach sein. Sie hat mir einmal gesagt, dass sie, die ehemalige Englischlehrerin, wenn sie zurücktritt, einen Englischkurs für den Rat anbieten werde. Interessierte können sich also melden. Alles Gute für die Zukunft und Danke.

Verena Zellweger-Heggli

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: „Ihr Fels an der Reuss“ – das war Verenas Wahlslogan bei den Nationalratswahlen und auch bei den letzten Grossstadtratswahlen. Ich finde das treffend, habe ich doch Verena immer als sicheren Wert in der CVP-Fraktion empfunden. Sie wurde im September 2003 vereidigt. Im Amtsjahr 2004/2005 war sie Stimmenzählerin. Ab Juni 2004 bis November 2008 war sie Mitglied der Sozialkommission, während drei Jahren war sie auch deren Vizepräsidentin.

Vielleicht ist es das, was mich dazu verleitet hat Verena als Sozialpolitikerin zu bezeichnen. Bei längerem Überlegen habe ich aber gemerkt, dass das überhaupt nicht stimmt. Sie hat sich beispielsweise für Tempo 30 eingesetzt und im Kultur- und Sportbereich Akzente gesetzt. Die Atomausstiegsfrage ist ihr ein grosses Anliegen, sowie auch Sicherheitsfragen und Polizei. Vielleicht war das der Aufhänger, dass sie mir zu meiner Wahl zur Ratspräsidentin vor einem Jahr eine Quetschente mit der Aufschrift: „*Ein Jahr lang Korintha Sheriff*“ schenkte. Ich hoffe, Verena hat dieses Jahr nicht als Polizeischule erlebt. Danke für die Arbeit und alles Gute.

Philipp Federer

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Philipp Federer ist im Mai 2003 vereidigt worden. Er ist damit einer der alten Hasen und Füchse in diesem Rat. Er hat mich immer mit seiner Genauigkeit und seinem Sinn für das Detail beeindruckt. Wenn es im Budget oder in der Rechnung eine Fehler versteckt gehabt hätte, Philipp hätte ihn gefunden. Und auch das Geschäftsreglement hat er bestens gekannt. Bei Unsicherheiten hat er es jeweils schnell zur Hand gehabt. Als ich Vizepräsidentin war, dachte ich, dass er mir weit voraus ist, aber in meinem Präsidialjahr hat er es dann doch fast nie in die Hand genommen.

Philipp Federer ist ein unermüdlicher Schaffer. Er hat sich hartnäckig und konsequent für eine linke Politik eingesetzt. Vor allem Verkehrsthemen waren ihm ein Anliegen, aber auch die Bedürfnisse der Kleinsten und der Familien. Nebst unzähligen Vorstössen war er etliche Jahre Götti des Kinderparlaments. Seiner „Fiche“ kann ich weiter entnehmen, dass er in den Amtsjahren 2003/2004 und 2004/2005 jeweils Stimmenzähler-Stellvertreter war. 2003 wurde er in die Verkehrskommission gewählt, und er war auch Mitglied der Spezialkommission Fusion Littau-Luzern. Seit dem 7. Januar 2010 war er Mitglied der GPK. Herzlichen Dank für deine Arbeit und alles Gute für die Zukunft.

Philipp Federer möchte etwas sagen, auch wenn sonst niemand etwas gesagt hat. Bei einzelnen Verabschiedungen ist es ja gelegentlich so, dass, wer geht, noch etwas sagt. Man erlaube mir, dem Rat noch etwas mitzugeben.

Am ersten Tag haben alle Parlamentarier/innen entweder ein Gelübde abgelegt oder einen Eid. Dabei geht es darum, die Rechte des Volkes zu achten und das Allgemeinwohl und die Grundrechte zu respektieren. Genau so sollte es sein. Wir haben nicht der Partei und keinem Wahlpäckli gelobt oder geschworen, sondern auf die Freiheit und das Wohlergehen des Volkes. Ich bitte das zu beachten, genau so, wie es der Regierungstatthalter am 7. Januar 2010 hier erklärte.

Als Zweites möchte ich dem Rat mitgeben: Wird dürfen nicht den Egoismus fördern. In der Politik ist es gefährlich, dass man das je nachdem macht. Unser Augenmerk sollte auf der Solidarität liegen. Wie bei der Entschuldung der Pensionskasse, die eine Angelegenheit der Angestellten, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und der Rentner ist. Alle helfen mit. Genauso verhält es sich auch bei der Energiepolitik. Eine nachhaltige Neuausrichtung setzt nicht auf eine Minderheit, auf den Gutmenschen, der den fünffachen Preis zahlt. Eine Neuausrichtung muss, wenn sie erfolgreich sein will, alle beinhalten. Das heisst: Alle zahlen 5 bis 10 Prozent mehr, dafür wird der Ausstieg zu einem solidarischen Projekt, indem die Verschwender bestraft und jene, die sorgfältig damit umgehen, belohnt werden und die Gutmenschen nicht zum Verleiden bewegt werden. Begriffe wie Eigenverantwortung und Freiwilligkeit sind hier häufig zu hören. Das sind keine Alternativen, wie in der Schule das Wandtafelputzen, das Leeren der Abfallkübel, das Aufstuhlen: Es gibt kein eigenverantwortliches Wandtafelputzen und es gibt kein freiwilliges Hinaufstuhlen. Es gilt als Klasse gemeinsam und solidarisch zu handeln.

Ich bin lange gerne in diesem Rat gewesen. Gefreut haben mich manchmal ganz kleine Sachen. In einer Interpellation habe ich erwähnt, ob eine Bushaltestelle nicht besser weiter oben wäre. So ist es dann gekommen, dabei habe ich das nicht gefordert, nur erwähnt. Es gab aber auch Tiefpunkte, die mich beschäftigten, z. B. die Vorverurteilung, ich hätte das Kommissionsgeheimnis verletzt. Das war für mich kein schöner Moment.

Geschätzte Ratsmitglieder, bleibt bitte wach, überlegt, was unsere Aufgabe ist. Wie können wir das Allgemeinwohl stärken, uns dafür einsetzen? Wie können wir die solidarischen Elemente fördern und die egoistischen zurückbinden? Dafür wünsche ich alles Gute!

Pius Suter

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Pius Suter ist im November 2002 vereidigt worden. Er war Mitglied der Spezialkommission Strukturelle Entlastung KKL / Seeclub-Gebäude und seit September 2003 Mitglied der GPK. Aus dieser trat er im August 2011 aus beruflichen Gründen zurück. Pius Suter war eines jener Ratsmitglieder, die mich immer wieder überraschen konnten. Es konnte in einer belebten Diskussion im Rat mit Links gegen Rechts aufstehen und ein unaufgeregtes Votum halten. Super! Es gab aber auch andere Fälle, wo er dann wieder gerne „giftig“ war und gerne provozierte. Danke vielmals für die Arbeit und alles Gute.

Rolf Krummenacher

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Rolf Krummenacher ist der Parlamentarier mit der reichsten Erfahrung. Er wurde am 1. September 2000 vereidigt, nachdem er schon im Grossen Bürgerrat gewesen war. Von 2000 bis 2004 war er Mitglied der GPK. Er war auch Mitglied der Spezial-

kommission Strukturelle Entlastung KKL / Seeclub-Gebäude, der Spezialkommission Liegenschaftenpolitik, der Spezialkommission Fusion Littau-Luzern und von 2004 bis 2009 Mitglied und Präsident der Sozialkommission. Seit dem Januar 2010 war er wieder Mitglied der GPK. Mit der Umsetzung seiner grossen Erfahrung und Routine und seinen fachlichen Kompetenzen hat er häufig als Brückenbauer gewirkt. Seine Voten waren nicht selten lehrreich, und als linke und grüne Politikerin habe ich seine Offenheit gegenüber sozialen und ökologischen Themen sehr geschätzt. Mit pragmatischen Vorschlägen hat er auch ab und zu eine oder einen seiner bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen überzeugen können. Sein Amtsjahr als Ratspräsident 2010/2011 hat er mit Elan und grosser Kompetenz vollbracht. Ich bin gerne seine Vizepräsidentin gewesen. Eine Zentrumsstadt mit Lebensqualität – das war das Credo von Rolf Krummenacher. Ich glaube, das ist Luzern, auch wenn immer wieder daran gearbeitet werden muss. Herzlichen Dank für deinen Beitrag dazu und alles Gute.

Stadtpräsident Urs W. Studer

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Bei der Exekutive beginne ich beim Amtältesten: Urs W. Studer ist seit 1996 Stadtpräsident. In den ersten vier Jahren war er Direktor der allgemeinen Verwaltung und Polizeidirektor, seit 2000 ist er Bildungsdirektor. Er sei warmherzig, pflichtbewusst, ausgleichend, fordernd, verantwortungsvoll und könne auch schlechte Nachrichten vertragen. Ein Stadtvater halt. Das haben seine engsten Mitarbeiter über ihn gesagt, als ich sie danach fragte. Und alles so positiv – kann das überhaupt sein, habe ich nachgefragt. Dann fügten sie hinzu, manchmal mache er lange Sätze, aber nur weil er genau sein wolle. In seiner 16-jährigen Karriere als Stadtpräsident und Bildungsdirektor hat Urs W. Studer einiges mitgeprägt und Meilensteine gesetzt. In der Kultur war es sicher die KKL-Eröffnung, die dann auch zum vielgelobten, aber auch immer wieder diskutierten Kulturkompromiss geführt hat. Auch die Salle Modulable hat in der Kulturdirektion zu grossen Diskussionen geführt. Urs war immer offen gegenüber dieser Diskussion und hat damit eine Auslegeordnung über die ganze Kulturpolitik der Stadt Luzern, aber auch im Kanton Luzern ermöglicht, was schlussendlich zur Formulierung der neuen Kulturagenda führte, die jetzt in der Vernehmlassung war.

In der Bildungsdirektion sind diverse Umstrukturierungen angestanden, beispielsweise eine Reorganisation der Volksschule. Da hat die Zusammenarbeit mit der Schulpflege sehr gut funktioniert. Die Einführung der Integrativen Förderung und auch der additiven Tagesschule sowie der Bildungskommission waren weitere solche Meilensteine.

Als Stadtpräsident war Urs W. Studer der Repräsentant. Er hat die Marke Luzern, diesen Brand, beeinflusst und auch gepflegt. Ich habe ihn vor allem im letzten Jahr immer als sympathischen und unaufgeregten Repräsentanten der Stadt Luzern erlebt mit einem legendären Lachen – ein richtiger Stadtvater eben. Ganz herzlichen Dank und alles Gute für die Zukunft.

Stadtpräsident Urs W. Studer: Der Moment, hier etwas zu sagen, ist gut, und zwar deshalb, weil ich die verhältnismässig grosse Verantwortung und kapitale Fremdbestimmung bezüglich Termine bald einmal vollkommen abgeben werde. Ich darf auch versprechen, dass ich

keine politischen Ratschläge mehr erteilen werde, also weder Leserbriefe verfassen noch irgend etwas anderes.

Wer mich aber gut kennt, weiss, dass der Moment heute für mich auch eine Art Wehmut bedeutet. Wehmut einerseits deshalb, weil ich gerne politisiere, gerne politische Spuren hinterlassen habe, aber auch deshalb, weil ich mich mit dieser Stadt identifiziere, und nicht nur mit der Stadt, sondern mit den Menschen dieser Stadt Luzern, die sich ihrerseits trotz unterschiedlicher Auffassungen und Herkunft mit dieser Stadt identifizieren.

Es ist nicht der Moment, jenen, die weiter diesem Rat angehören werden, irgendwelche Tipps zu geben, auch nicht jenen, die ausscheiden. Sondern ich sage etwas, das mir meine Mutter mitgegeben hat: Beim Abschied muss man immer etwas voraus sein. Weil immer wieder die Frage an mich herangetragen wird, was ich inskünftig tun werde, möchte ich aus einem 1978 in der Weltwoche erschienen Gedicht eines unbekannten Autors zitieren:

*Lerne auf die Seite treten,
eh' man Dich zur Seite schiebt,
Gehe, eh' man ungebeten,
lächelnd Dir den Abschied gibt.*

*Lerne ohne Groll zu sehen,
andere an Deiner Stell',
ihre Zeit wird auch vergehen,
wieder andre folgen schnell.*

*Lern' die größte Kunst auf Erden,
macht es Dir auch schwere Pein:
Lerne mit dem Älterwerden
langsam wieder nichts zu sein.*

Baudirektor Kurt Bieder

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Kurt Bieder, der seit 2000 Baudirektor ist, hat ein beeindruckendes Palmarès: Langensandbrücke, diverse Schulhaussanierungen und -neubauten, Tieflegung der Zentralbahn, Allmend allgemein mit dem neuen Hallenbad, der Swissporarena und den Wohntürmen, neue Messehalle. Das sind nur einige Beispiele von Bauten, die Kurt in seiner Ära als Baudirektor realisiert hat.

Mit diesen Projekten hast du viel gearbeitet, dich aber auch immer wieder exponiert. Es gab auch schwierige Momente, als Leute auf dich geschossen haben, aber du hast das immer souverän überstanden. Zumindest hat das gegen aussen den Eindruck gemacht.

In diesem Rat hat er öfter gesagt: Das haben wir zusammen entwickelt, das haben wir zusammen abgemacht, und das Vorliegende ist nur die logische Konsequenz davon. Er hat dann jeweils etwas vergessen, dass es in diesem Rat auch Mehrheitsbeschlüsse gibt, bei denen die eine Seite knapp unterliegt.

Kurt, du bist momentan in einer Mediationsausbildung und wirst in Zukunft auch als Mediator tätig sein. Vielleicht werden auch solche Konflikte vorkommen, die du dann auf einer anderen Seite begleiten wirst, vielleicht auch einmal bei diesem Rat. Auf jeden Fall bin ich

sicher, dass du die Politik weiterverfolgen wirst, nicht zuletzt wegen der BZO, die ja eigentlich dein Baby ist, in das du viel Herzblut gesteckt hast.

Im Rat und auch in der Kommission habe ich Kurt immer als leidenschaftlichen Politiker erlebt. Er hat flammende Voten gehalten, hat sich herausfordern lassen, ist der Diskussion nicht davon gelaufen, sondern hat immer mitdiskutiert. Gegen Ende seiner Amtszeit hat er sich ab und zu auch gegen seine Partei gestellt, hat Verantwortung übernommen und beispielsweise von Anfang an gesagt, die Steuererhöhung wird durchgezogen, die brauchen wir, damit die Qualität der Stadt gehalten werden kann; die Lebensqualität, welche diese Stadt auch verdient hat. Das ist nicht selbstverständlich, sondern sehr bemerkenswert. Ganz herzlichen Dank, Kurt, und alles Gute für die Zukunft.

Baudirektor Kurt Bieder: Vielen Dank für die anerkennenden Worte. Ich möchte dreimal Danke sagen. Zuerst meinen Kollegen im Stadtrat. Dass so viel gelungen ist – ich glaube, es ist viel gelungen –, hat damit zu tun, dass wir uns im Stadtrat nicht nur gut verstanden haben, sondern eine Zusammensetzung hatten, die für jeden eine Herausforderung war.

Im Grunde wurde durch die Zusammensetzung immer sehr mediativ gehandelt. Wenn man im Stadtrat eine Vorlage durchbringen wollte, musste man überzeugen, denn jedes Mitglied hat aufgrund seiner politischen Herkunft die Bedürfnisse der Kreise, die sie bzw. er vertritt, im Stadtrat eingebracht. Das war eine Herausforderung. Wenn man bestehen wollte, musste man sich im Stadtrat durchsetzen und allen gerecht werden. Das ist wohl ein wesentlicher Punkt, dass wir in den letzten Jahren viel erreicht haben. Den Ausgangspunkt hatte das, als noch Franz Müller dabei war und jetzt mit Stefan Roth und der Kollegin und den Kollegen. Das war etwas ganz Tolles. Ich bin jetzt noch sehr nahe dran; wenn ich einmal älter bin, werde ich das wohl sehr verklärt erzählen. Aber das habe ich an der Kollegin und dem Kollegen sehr geschätzt, und ich danke ihnen ganz herzlich.

Den zweiten Dank möchte ich an die Verwaltung der Stadt Luzern richten, die unglaublich gute Leistungen erbringt, fast ausnahmslos. Der Stadtrat in der künftigen Zusammensetzung und auch das Parlament tun gut daran, wenn sie das respektieren und auch immer wieder zum Ausdruck bringen. Es ist enorm, was da geleistet wird, und wenn heute auf eine recht gute Erfolgsquote zurückgeschaut werden kann, ist das vor allem auch der grosse Verdienst der Verwaltung.

Der dritte Dank geht an euch, die Mitglieder des Grossen Stadtrates. Ich weiss, ich habe hie und da genervt, aber ich habe immer versucht, authentisch zu bleiben und bin deshalb hartnäckig gewesen und habe halt auch mal genervt. Aber ich wollte mich bleiben, inhaltlich und auch persönlich. Was vom Stadtrat ausgegangen ist und von der Verwaltung bearbeitet worden ist, hat sehr häufig Mehrheiten gefunden, und es stimmt natürlich, dass das nicht immer einstimmig war; das ist auch gar nicht möglich. In diesem Sinne ganz herzlichen Dank an euch, dass ihr uns ernst genommen habt und dass wir das miteinander erleben durften und ich wünsche allen alles Gute für die Zukunft. Ich werde es ähnlich halten wie Urs Studer: Ihr werdet nie einen Leserbrief von mir sehen, denn ich werde mich vollständig aus der Politik zurückziehen. Ich mache diesen Schnitt, denn ich habe ein paar andere Sachen vor. Alles Gute.

Sozialdirektor Ruedi Meier

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Ruedi Meier ist seit 2000 Stadtrat und Sozialdirektor.

Er hat die Lebensqualität der Stadt Luzern stetig verbessert. Er ist ein Sozialpolitiker, der vernetzt hat und im Verbund aufgetreten ist. Als Präsident der Sozialdirektoren im Städteverband hat er für gute Zusammenarbeit der Städte untereinander gesorgt. In der Stadt Luzern hat er an verschiedenen Orten Akzente gesetzt. In der Familienpolitik vor allem bei den Betreuungspätzen, er hat die FAZ ausgebaut und auch für die Schulsozialarbeit gesorgt. Er hat immer auch zu den Menschen am Rand der Gesellschaft geschaut und hat das Fixerstübli, das keine einfache Sache war, oder auch die Gassechuchi installiert.

Bei den obligatorischen Aufgaben der Stadt, beispielsweise der wirtschaftlichen Sozialhilfe, hat Ruedi für eine gute Qualität für die Betroffenen und die Mitarbeiter/innen gesorgt. Die Quartier- und Stadtteilpolitik ist noch jung, aber es ist toll, dass du das an die Hand genommen hast.

Ruedi Meier ist aber nicht nur ein Sozialpolitiker. Er konnte beispielsweise als grüner Stadtrat den Bürgerlichen überzeugend sein Verständnis einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik vermitteln. Als Netzwerker und Pragmatiker war er immer offen für andere Meinungen, hat diese abgeholt und mit den Beteiligten von Anfang an einen Konsens gefunden. Ganz herzlichen Dank für deine geleistete Arbeit und auch dir alles Gute in der Zukunft.

Sozialdirektor Ruedi Meier: Es ist wunderschön, von so einer brillanten Präsidentin verabschiedet werden, die zur eigenen Partei gehört und auch noch das eigene Kind sein könnte. Das ist natürlich der richtige Moment, von der ziemlich langjährigen Politkarriere zurückzutreten. Ich möchte Ihnen recht herzlich danken für die konstruktiven Diskussionen, die in diesem Rat geführt wurden, auch für die Auseinandersetzungen und das Engagement und auch für die Freude. Und ich möchte allen auch danken für den Humor, der auch eine Rolle spielt. Denn eine ganz wesentliche Komponente in einem Ratsbetrieb ist, dass man wieder miteinander lachen kann. Luzern ist zwar eine grosse Adresse, aber zu klein, als dass man nur im eigenen grünen, freisinnigen oder SVP-Saft schmoren kann, sondern man muss Fäden in alle Milieus spannen und so einander weiter bringen. Deshalb rufe ich auf zu Offenheit und Beweglichkeit, vor allem auch zu Humor, aber bitte nicht zu Arroganz oder Zynismus, denn das ist im Politgeschäft nicht gut. Das sind Messerstiche, und die tun nicht gut.

Wenn ich in den Saal hineinschaue, kommt mir natürlich meine langjährige Polittätigkeit in den Sinn. Ich bin 1975 da eingezogen als 23-jähriger Schulpfleger. 60 Mitglieder hatte die Schulpflege damals. Bildungsdirektor und Stadtpräsident war Hans Rudolf Meyer, der sich laufend über die Geschäfte briefen liess, weil er sie nicht gelesen hatte, da er an anderen Orten war. Die Stimmung war etwas speziell. Heute ist sie, auch wenn es harte Diskussionen gibt, anders, unkomplizierter. Ich werde diesen Saal und die dampfende Atmosphäre etwas vermissen, dieses unglaubliche Feeling; zu Bürgerparlamentsbetrieben gehören auch etwas Wärme und Schweiss, das braucht es.

Ich bleibe euch etwas erhalten als ein Player im Bereich des Gemeinnützigen Wohnraums. Die Erwartungen, die diesbezüglich formuliert werden – Markus Helfenstein und Markus Mächler gehören da auch dazu – sind hoch. Ich werde also allenfalls wieder hierher kommen, aber

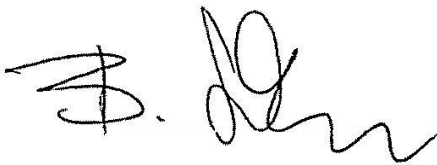
nicht, um zu korrigieren oder das Heft wieder in die Hand zu nehmen, sondern einfach als interessierter Zuhörer, der eine Aufgabe hat in dieser Stadt.

Sonst werde ich mich politisch zurückhalten, ausser an der Fasnacht. Da wird es relativ bald ein Sujet geben mit dem Komitee „Rettet die Stadt Luzern“, zusammengesetzt aus alt Stadträten. Aber Spass beiseite: Ich danke euch für die langjährige Zusammenarbeit, für das konstruktive Klima und viel Glück in der kommenden Zeit, die auch keine einfache sein wird. Ich habe Freunde gefunden in dieser stadträtlichen Tätigkeit und ich glaube, wir werden nicht nur an der Fasnacht zusammensitzen, sondern auch zwischendurch etwas unternehmen.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch schliesst die Sitzung und weist auf den nachfolgenden Apéro hin.

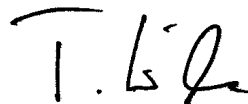
Schluss der Sitzung: 16.15 Uhr
Luzern, den 22. August 2012

Die Protokollführerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'B. Scherbaum'.

Brigitte Scherbaum

Eingesehen von:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'T. Göpfert'.

Toni Göpfert, Stadtschreiber